

Stenographisches Protokoll

74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 30. Mai 1973

Tagesordnung

1. Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
2. Änderung des Wählerevidenzgesetzes 1970 und der Nationalrats-Wahlordnung 1971
3. Bericht betreffend Aufhebung des § 60 Abs. A der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages durch den Verfassungsgerichtshof
4. Bericht über die wichtigsten Ergebnisse der XXVII. Generalversammlung der Vereinten Nationen
5. Bericht über die 17. Generalkonferenz der UNESCO
6. Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XXIV. Sitzungsperiode
7. Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Troll (zweiter Bericht)
8. Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Troll (zweiter Bericht)

Inhalt

Tagesordnung

Ergänzung der Tagesordnung (S. 6820)

Fragestunde (42.)

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Thalhammer (1012/M), Steiner (1014/M), Dr. Schmidt (1020/M, 1034/M), Glaser (1015/M, 1057/M), Pay (1025/M), Tödling (1022/M), Zeillinger (1028/M), Schieder (1026/M), Meißl (1049/M), Ing. Gradinger (956/M), Robert Weisz (1058/M), Dr. Ermacora (1030/M), Dr. Broesigke (1055/M), Egg (1050/M) und Dr. Pelikan (1006/M) (S. 6806)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 6819)

Verhandlungen

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (631 d. B.): Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (740 d. B.)

Berichterstatter: DDr. Hesele (S. 6821)
Genehmigung (S. 6821)

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (706 d. B.): Änderung des Wählerevidenzgesetzes 1970 und der Nationalrats-Wahlordnung 1971 (741 d. B.)

Berichterstatter: Ing. Hobl (S. 6821)

Redner: Hahn (S. 6822)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6823)

Bericht des Verfassungsausschusses über den Bericht des Bundeskanzlers (III-82) betreffend Aufhebung des § 60 Abs. A der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages durch den Verfassungsgerichtshof (742 d. B.)

Berichterstatter: Gratz (S. 6823)

Redner: Ing. Gradinger (S. 6824), Doktor Kohlmaier (S. 6825), Dr. Heinz Fischer (S. 6828), Dr. Ermacora (S. 6830), Dr. Prader (S. 6831), Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 6836) und Graf (S. 6837)

Kenntnisnahme (S. 6839)

Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (III-78) über die wichtigsten Ergebnisse der XXVII. Generalversammlung der Vereinten Nationen (744 d. B.)

Berichterstatter: DDr. Hesele (S. 6839)

Redner: Dr. Fiedler (S. 6840), Lanc (S. 6842), Dr. Schmidt (S. 6845) und Bundesminister Dr. Kirchschräger (S. 6848)

Kenntnisnahme (S. 6850)

Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (III-79) über die 17. Generalkonferenz der UNESCO (745 d. B.)

Berichterstatter: Heinz (S. 6850)

Redner: Dr. Karasek (S. 6850)

Kenntnisnahme (S. 6855)

Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates (III-80) über die XXIV. Sitzungsperiode (746 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Bauer (S. 6855)

Redner: Dr. Withalm (S. 6855), Czernetz (S. 6857), Peter (S. 6863), Dr. Karasek (S. 6866), Schieder (S. 6871), Dr. Ermacora (S. 6873), Heinz (S. 6875) und Bundesminister Dr. Kirchschräger (S. 6876)

Kenntnisnahme (S. 6877)

Zweiter Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Troll (784 d. B.)

Berichterstatter: Thalhammer (S. 6878)

Annahme des Ausschlußantrages (S. 6878)

Zweiter Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen der Bundespolizeidirektion Wien um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Troll (785 d. B.)

Berichterstatter: Thalhammer (S. 6878)

Annahme des Ausschlußantrages (S. 6879)

Eingebracht wurden**Bericht**

über die vorgesehenen Maßnahmen zur Durchführung der Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuches im Bereich der vorbeugenden Maßnahmen und des Strafvollzuges einschließlich der Bewährungshilfe, BM f. Justiz (III-95) (S. 6820)

Anfragen der Abgeordneten

Melter, Dr. Stix und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Mensa der Universität Innsbruck — Nachforderungen an Umsatzsteuer (1298/J)

Dr. Bauer, Suppan und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend UNO-Kontingent auf Cypern (1299/J)

Dr. Kaufmann, Dr. Pelikan und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Subvention für die Inszenierung „Der Hofmeister“ (1300/J)

Regensburger, Ofenböck und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Forderungen der katholischen Lehrerschaft Österreichs (1301/J)

Hahn, Dr. Bauer, Dr. Fiedler und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Veröffentlichung von Studien über die Auswirkung der geplanten Bundesstraßenprojekte „Wiental“ (B 1) und „Donaukanalschnellstraße“ (S 2) (1302/J)

Suppan, Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Überwachung von Objekten durch Sicherheitsorgane (1303/J)

Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Fehlplanung des Talüberganges Lunz am See (1304/J)

Dipl.-Vw. Josseck, Peter und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend die Errichtung einer 110 KV-Leitung von Steeg nach Bad Aussee (1305/J)

Dr. Stix, Melter und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Verzögerung des Ausbaues der Universität Innsbruck (1306/J)

DDr. König, Dr. Blenk und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Untersuchung des Aufsichtsrates der SGAE gegen einen der Geschäftsführer (1307/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Dr. Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident **Dr. Maleta:** Die Sitzung ist eröffnet.

Fragestunde

Präsident **Dr. Maleta:** Wir gelangen zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt — um 9 Uhr 2 Minuten — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident **Dr. Maleta:** 1. Anfrage: Abgeordneter **Thalhammer (SPO)** an den Bundesminister für Bauten und Technik.

1012/M

Ist der Architektenwettbewerb für den Ausbau der Bundeserziehungsanstalt Schloß Traunsee in Auftrag gegeben?

Präsident **Dr. Maleta:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik **Moser:** Herr Abgeordneter! Das Amt der oberösterreichischen Landesregierung wurde mit Erlaß vom 8. März des heurigen Jahres angewiesen, die Unterlagen für die Ausschreibung eines allgemeinen österreichischen baukünstlerischen Wettbewerbes für die Neubauten der

Bundeserziehungsanstalt Altmünster, Schloß Traunsee, auszuarbeiten. Ich rechne damit, daß die Unterlagen in Kürze meinem Ministerium vorgelegt werden, sodaß die Veröffentlichung der Ausschreibung voraussichtlich im Sommer dieses Jahres wird erfolgen können.

Präsident **Dr. Maleta:** Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Thalhammer:** Herr Bundesminister! Sind Sie in der Lage mitzuteilen, ob die Ausschreibung und die Vorbereitung der Ausschreibung auf Grund des seinerzeit erarbeiteten Raum- und Funktionsprogramms der Schule gemacht wird?

Präsident **Dr. Maleta:** Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Ich kann es Ihnen nicht im Detail sagen, aber die Unterlagen stützen sich natürlich auf ein erarbeitetes Raum- und Funktionsprogramm.

Präsident **Dr. Maleta:** Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Thalhammer:** Herr Minister! Der Ausbau dieser Schule wurde seinerzeit vom Unterrichtsministerium in die besondere Dringlichkeitsstufe aufgenommen. Die Situation ist jetzt so, daß von drei Bewerbern zwei abgewiesen werden müssen, also nur jeder dritte in die Schule aufgenommen wird. Wird die Kenntnis dieser Situation, sehr geehrter Herr Minister, dazu beitragen, daß auch vom Bundesministerium für Bauten und Technik

Thalhammer

alles unternommen wird, um sowohl die Ausschreibung, aber auch später dann die Inangriffnahme der Arbeiten zu beschleunigen?

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Mir ist die Raumnot an dieser Schule durchaus bekannt. Die Dringlichkeitsreihung der Bauvorhaben wird nicht vom Bautenministerium, sondern vom Unterrichtsministerium vorgenommen. Das Unterrichtsministerium kennt die triste Situation, und ich kann Ihnen sagen, daß seitens des Bautenministeriums alles unternommen wird, um so rasch wie möglich die Erarbeitung der Pläne voranzutreiben und die Ausschreibungen so schnell wie möglich auch durchzuführen.

Präsident Dr. Maleta: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Verkehr

Präsident Dr. Maleta: 2. Anfrage: Abgeordneter Steiner (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

1014/M

Welche Pläne bestehen seitens Ihres Ministeriums hinsichtlich des Ausbaues beziehungsweise der Verlegung des Flughafens Salzburg-Maxglan?

Präsident Dr. Maleta: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Verkehr Frühbauer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Da nach der Gesetzeslage meinem Ministerium keine Planungsaufgaben für Flughäfen zustehen, liegen Pläne im Ministerium zum Ausbau nicht vor. Es ist aber ein Antrag aus dem Jahre 1966 seitens der Flughafenbetriebsgesellschaft um Bewilligung einer Pistenverlängerung anhängig. Von meinem Amtsvorgänger wurde seinerzeit ein Bescheid und eine Bewilligung erlassen, die vom Verwaltungsgerichtshof aus formalen Gründen aufgehoben worden ist. Inzwischen ist zusätzlich ein lärm-medizinisches Gutachten eingeholt worden, und das Ermittlungsverfahren wird nunmehr fortgesetzt.

Präsident Dr. Maleta: Zusatzfrage.

Abgeordneter Steiner: Herr Bundesminister! Ich habe diese Anfrage deswegen gestellt, weil der Herr Finanzminister, Ihr Ministerkollege, im Finanzausschuß anlässlich der Beratung über das Haftungsübernahmegesetz bezüglich des Flughafens Schwechat auf eine Anfrage unserer Fraktion, wie es mit den westlichen Flughäfen Österreichs sei, zum Ausdruck brachte, daß etwa Salzburg und Hörsching keine Zukunft mehr besitzen und er persönlich der Auffassung sei, daß hier ein zentraler, international völlig funktionsfähiger

Flughafen zwischen Salzburg und Linz entstehen solle. Da der Finanzminister diesbezüglich sicherlich eine sehr kompetente Persönlichkeit ist, habe ich mir erlaubt, zu fragen, ob diese Auffassung auch Ihre Auffassung beziehungsweise die der Bundesregierung ist.

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Frühbauer: Die Österreichische Raumordnungskonferenz hat Untersuchungen angestellt, inwieweit eine Möglichkeit bestünde, an Stelle der Flughäfen Salzburg und Linz-Hörsching einen Zentralflughafen für diese beiden Landeshauptstädte zu schaffen. Das Ergebnis der Expertengespräche auf dieser Ebene war, daß es keinen geeigneten Standort für einen solchen Flughafen gibt. Einem solchen Plan steht auch noch entgegen, daß die Landesregierung in Oberösterreich der Meinung war, daß Hörsching weiter ausgebaut werden und als Flughafen bleiben soll. Soweit ich informiert bin, beabsichtigt auch die Landesregierung von Salzburg, den Auftrag zu erteilen, einen Standort innerhalb Salzburgs zu finden.

Präsident Dr. Maleta: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Steiner: Damit, Herr Bundesminister, haben Sie hier eigentlich die Auffassung des Herrn Finanzministers bestätigt. Nachdem Sie sich aber als nicht zuständig erklären, darf ich doch fragen, ob Sie mit dafür Sorge tragen werden, daß der bestehende Flughafen Salzburg mit einer Pistenverlängerung wenigstens auf das internationale Niveau ausgebaut wird.

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Frühbauer: Die zuständigen Beamten meines Ministeriums bemühen sich, die Voraussetzungen zu schaffen, daß der Ausbau, der gemäß dem Antrag der Flughafenbetriebsgesellschaft erfolgen soll, auch rechtlich möglich wird und ehe baldigst diese internationalen Maße für den bedeutsamen Flughafen in Salzburg erreicht werden.

Präsident Dr. Maleta: 3. Anfrage: Abgeordneter Dr. Schmidt (FPÖ) an den Herrn Verkehrsminister.

1020/M

Ansichts der Bedenken, die in letzter Zeit gegen die Errichtung einer Nord-Süd-Piste des Flughafens Schwechat laut geworden sind, frage ich Sie, Herr Bundesminister, ob auch Alternativprojekte geprüft wurden.

Präsident Dr. Maleta: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Frühbauer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie ich zur vorausgehenden Frage schon ausgeführt habe, ist nach der Gesetzeslage, sowohl nach der Bundesver-

6808

Nationalrat XIII. GP — 74. Sitzung — 30. Mai 1973

Bundesminister Frühbauer

fassung wie auch nach dem Luftfahrtgesetz, eine Kompetenz zur Planung von Flughäfen in meinem Ressort nicht gegeben. Wir sind lediglich Flughafenbewilligungs- und Aufsichtsbehörde.

Im Zuge des Bewilligungsverfahrens für den Antrag, der 1964 von der Flughafen Wien Betriebsgesellschaft eingebracht worden ist, wurde selbstverständlich eine Reihe von Varianten, die innerhalb des Antrages gelegen sind, geprüft.

Präsident Dr. Maleta: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Schmidt: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Dennoch, glaube ich, sind Sie die ganzen Jahre hindurch mit den planenden Stellen sehr in Kontakt gewesen. Angesichts der Tatsache, daß die geplante Einflugschneise nach Wien-Schwechat über ein Gebiet geht, das zum hochwertigen Stadtentwicklungsgebiet der Bundeshauptstadt gehört, und sich außerdem auch noch über ein Erholungsgebiet — die geplante Donauinsel und die Lobau — erstrecken wird, möchte ich Sie fragen, ob Sie darüber in Kenntnis sind, ob nachteilige Auswirkungen für dieses Gebiet zur Begutachtung standen und was diese Begutachtungen ergeben haben.

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Frühbauer: Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens wurden selbstverständlich eine Reihe von Gutachten eingeholt, und zwar sowohl durch Gutachter, die von der Flughafen Wien Betriebsgesellschaft bestellt wurden, als auch durch Gutachter, die vom Verkehrsministerium bestellt worden sind.

Diese Gutachten haben ergeben, daß die Befürchtungen, die heute vorgebracht werden, sowohl hinsichtlich einer Lärmbelästigung wie auch der Gefahr einer Verseuchung von Wasserschutzgebieten in dem Ausmaß, wie es die Gegner dieser Pistenbewilligung zum Ausdruck bringen, nicht begründet sind.

Das Ziel dieser zweiten Piste ist, erstens den Flughafen Wien-Schwechat den internationalen Notwendigkeiten gemäß auszubauen und zweitens das dichtbesiedelte Gebiet, das jetzt ständig überflogen werden muß, etwas zu entlasten.

Präsident Dr. Maleta: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Schmidt: Herr Bundesminister! Die derzeitige internationale Planung von Flughäfen ist nun auf jenem Stand, daß man bestrebt ist, Flughäfen so anzulegen, daß womöglich Ballungsgebiete durch das Überfliegen nicht oder sehr wenig berührt werden. Das ist leider auch bei der Anlage der neuen Piste in Schwchat nicht der Fall.

Ich möchte fragen: Sind Projekte in Ausarbeitung oder in Planung, die die Anlage eines neuen Flughafens etwa nördlich von Wien in der Gegend von Stockerau zum Inhalt haben?

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Frühbauer: Ich habe schon ausgeführt, daß es nicht meine Aufgabe ist und daß ich auch nicht zuständig bin, Planungen für neue Flughäfen durchzuführen, sondern daß ich lediglich über Anträge zu befinden habe. Eine solche Überlegung müßte also von der Flughafen Wien Betriebsgesellschaft ausgehen oder einem anderen Interessenten, der als Flugplatzhalter auftreten will.

Im übrigen darf ich darauf aufmerksam machen, daß es heute fast unmöglich ist, einen neuen Standort für Flugplätze zu erreichen. Ich habe auch schon Protestschreiben aus dem Gebiet von Stockerau erhalten, die gerade deshalb, weil die Schreiber befürchten, es könnte dieses Gebiet in der jetzigen Diskussion für einen neuen Flughafenstandort aussersehen werden, zum Ausdruck bringen, daß bereits Überlegungen vorhanden sind, eine Schutzgemeinschaft zu bilden und dagegen aufzutreten.

Präsident Dr. Maleta: 4. Anfrage: Abgeordneter Glaser (ÖVP) an den Herrn Verkehrsminister.

1015/M

Welche Maßnahmen werden Sie, Herr Minister, veranlassen, um den immer mehr um sich greifenden anonymen Telephonterror (Mord-, Bombendrohungen, Verleumdungen et cetera) zumindest einzudämmen?

Präsident Dr. Maleta: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Frühbauer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Nach den Bestimmungen des Fernmeldegesetzes und der Fernsprechnung ist jeder Mißbrauch von Teilnehmereinrichtungen, worunter auch Anrufe der genannten Art fallen, unzulässig, und die Post- und Telegraphenverwaltung ist berechtigt, einen solchen Fernsprechananschluß zu sperren beziehungsweise fristlos aufzulassen.

Eine Überwachung kann nur erfolgen, wenn es einen Antrag eines Fernsprechteilnehmers gibt, oder nur über gerichtlichen Auftrag.

Präsident Dr. Maleta: Zusatzfrage.

Abgeordneter Glaser: Herr Bundesminister! Die derzeitige Situation ist doch vielfach so: Es gibt Zeitgenossen, die entweder ihren Spaß daran finden oder die vielleicht auch aus verbrecherischen Absichten heute einen Flughafen, morgen einen Bahnhof oder eine Schule

Glaser

oder ein Hotel anrufen und mitteilen, daß dort in Kürze eine Bombe explodieren wird. Daraufhin gibt es einen Großeinsatz aller verfügbaren Sicherheitskräfte und so weiter, aber es ist nicht möglich, den Anrufer zu eruieren.

Es gibt zwar — Sie haben das angeführt — die Möglichkeit, daß ein Teilnehmer, der wiederholt auf diese Art und Weise bedroht oder zumindest belästigt wird, sein Telephon so schalten läßt, daß eine Fangtaste eingebaut wird, aber die Praxis zeigt, wie gesagt, daß das fast nicht möglich ist.

Meine konkrete Frage an Sie geht dahin: Sind Sie bereit, etwa einen Forschungsauftrag an die zuständigen technischen Lehrkanzeln zu geben, der vielleicht erreichen könnte, mit einfachen Methoden das Zusammenfallen von Fernsprechverbindungen zu verhindern? Ich glaube, ich habe mich klar genug ausgedrückt: unter „Verhindern des Zusammenfallens“ meine ich, daß die Verbindungen in dem Augenblick, in dem ein Teilnehmer auflegt, auch weiterhin bestehen bleiben können.

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister **Frühbauer**: Die Problematik besteht, wie Sie richtig sagen, darin, daß es derzeit technisch nicht möglich ist, alle Fernsprechteilnehmer — das sind immerhin über 1,200.000 in Österreich — so auszurüsten, daß sie in der Lage sind, bei einem Anruf, der eine Drohung oder eine Mystifikation darstellt, die Leitung zu blockieren, um dann auch feststellen zu können, woher der Anruf kommt. Zur Zeit ist wohl für die Polizei die Möglichkeit gegeben, durch die Einrichtung der Fangtaste den Anrufer feststellen zu können. Es besteht diese Möglichkeit auch für jene Teilnehmer, wo so etwas öfter vorkommt.

Ich weiß nicht, ob technisch überhaupt in Aussicht genommen werden kann, eine Einrichtung zu finden, die es jedem Fernsprechteilnehmer in Österreich ermöglicht, von sich aus ein Festhalten eines anderen Fernsprechteilnehmers zu erreichen. Ich bin aber gerne bereit, der Post- und Telegraphenverwaltung die Weisung zu erteilen, eine diesbezügliche Rücksprache mit den Firmen durchzuführen, ob es eine solche technische Möglichkeit geben könnte.

Präsident Dr. **Maleta**: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Glaser**: Herr Bundesminister! Wir wissen wohl alle zusammen nicht, welche technischen Entwicklungen noch möglich sind und welche nicht möglich sind.

Ich wiederhole nur konkret meine Frage: Ist es nicht möglich, auch einen Forschungsauftrag in dieser Richtung ergehen zu lassen?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister **Frühbauer**: Ich werde mit der hiefür zuständigen Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Rücksprache pflegen.

Präsident Dr. **Maleta**: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Präsident Dr. **Maleta**: 5. Anfrage: Abgeordneter **Pay** (*SPO*) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

1025/M

Sind Pressemeldungen richtig, wonach Überlegungen angestellt werden, für bestimmte Aufgaben im Bundesheer weibliche Bedienstete einzusetzen?

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Landesverteidigung **Lütgendorf**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es wird derzeit in meinem Ressort die Frage geprüft, inwieweit gewisse Dienste, die nicht notwendigerweise von Soldaten durchgeführt werden müssen, von weiblichen Bediensteten wahrgenommen werden könnten. Im wesentlichen ist daran gedacht, diese Bediensteten im Rahmen des Kanzleidienstes, des Sanitätsdienstes, der Datenverarbeitung, des Fernmeldebetriebes, des Wirtschaftsdienstes oder ähnlicher Aufgaben einzusetzen, wobei die Verwendung sowohl in einem Vertragsbedienstetenverhältnis als auch in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis möglich wäre.

Präsident Dr. **Maleta**: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Pay**: Herr Bundesminister! Es ist also auf keinen Fall daran gedacht, daß es zu einer zwangsweisen Verwendung von weiblichem Personal im Bundesheer kommen kann.

Ich darf Sie, Herr Bundesminister, nun fragen, da es bereits weibliche Bedienstete gibt: Wie waren die Auswirkungen bei der Verwendung von weiblichen Bediensteten im Bundesheer? Hat das bereits zu einer Entlastung des Kaderpersonals geführt? Ich denke vor allem an den Bereich der territorialen Verteidigung und an den Kanzleidienst.

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf**: Die weiblichen Bediensteten im Rahmen des Bundesheeres und der Heeresverwaltung erfüllen ihre Aufgaben zur größten Zufriedenheit. Das war ja auch mit ein Grund zur Überlegung, ob man diesen Aufgabenkreis nicht noch auch auf andere Gebiete erweitern könnte. Es besteht hier die Absicht, wie ich gesagt habe, eine gewisse Erweiterung vorzunehmen.

Präsident Dr. Maleta: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Pay: Herr Bundesminister! In den Heeren der westlichen Demokratien gibt es bereits im großen Ausmaß weibliche Bedienstete. Ich denke hier an die neutrale Schweiz und an die Bundesrepublik. Gibt es bestimmte Erfahrungswerte über die Tätigkeit dieser Bediensteten in diesen Armeen? Ich denke also — ich sage das noch einmal — an die Schweiz und an die deutsche Bundeswehr.

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Ich darf Ihnen, Herr Abgeordneter, sagen, daß in fast allen Armeen weibliche Bedienstete, teils in Uniform und teils ohne Uniform, beschäftigt werden, und zwar auch in Staaten des Warschauer Paktes.

Die Erfahrungen, die in den von Ihnen angezogenen Staaten Westeuropas gemacht worden sind, sind ausgesprochen gute. Es melden sich in diesen Staaten verhältnismäßig viele — vor allem junge — Mädchen zu derartigen Diensten (*Abg. Dr. Bauer: Vielleicht ist dann das Problem der Landesverteidigung gelöst!*), und zwar deshalb, weil sie eine gediegene Ausbildung bekommen, die sie dann später im zivilen Bereich nutzbringend verwerten können.

Präsident Dr. Maleta: 6. Anfrage: Abgeordneter Tödling (*ÖVP*) an den Herrn Verteidigungsminister.

1022/M

Wie viele „Längerdienende“ haben sich für die Bereitschaftstruppe auf Grund der Werbroschüre „Wir brauchen Sie“ schon gemeldet?

Präsident Dr. Maleta: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Informationsbroschüre „Wir brauchen Sie“ wird ab März 1973 an die Wehrpflichtigen anlässlich ihrer Stellung verteilt. Bisher haben bereits zirka 1300 Wehrpflichtige die der Informationsbroschüre beigeflossene Antwortkarte eingesendet und damit ihr Interesse an der Bereitschaftstruppe bekundet. Wie viele hiervon eine Meldung zum freiwillig verlängerten Grundwehrdienst beziehungsweise zum Grundwehrdienst in der Dauer von acht Monaten abgeben werden, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilen, weil diese Wehrpflichtigen den Grundwehrdienst noch nicht angetreten haben.

Präsident Dr. Maleta: Zusatzfrage.

Abgeordneter Tödling: Herr Bundesminister! Noch gibt es nur eine „Postkarten-Bereitschaftstruppe“. Wie Sie richtig sagten, haben sich die Leute noch nicht entschlossen.

Herr Bundesminister! Das, was in dieser Broschüre gezeigt wird, weist erhebliche Mängel auf. Hierüber wurden Sie schon befragt, und einige Fragen sind noch unterwegs. Ich denke etwa an die Zweckmäßigkeit etwa des Barettts oder an die Qualität des Stoffes, der für die Anzüge verwendet wurde. Das nur am Rande.

Herr Bundesminister! Nachdem diese Broschüre kein Impressum trägt, möchte ich doch fragen, wer denn dafür verantwortlich ist.

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Herr Abgeordneter! Zuerst möchte ich zurückweisen, daß wir nur eine „Postkarten-Bereitschaftstruppe“ haben. Es handelt sich hier um einen ganz anderen Personenkreis, und zwar um junge Leute, die erst zum Grundwehrdienst herantreten.

Was Ihre Frage bezüglich des Impressums auf dieser reinen Werbroschüre anlangt, so ist das, weil es sich um eine rein interne Publikation oder schriftliche Veröffentlichung handelt, nicht notwendig. Auch nach dem Pressegesetz ist ein Ministerium bei einer derartigen internen Aussendung nicht verpflichtet, daß es ein eigenes Impressum drucken läßt.

Präsident Dr. Maleta: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Tödling: Herr Bundesminister! Eine andere Frage. Sie haben für das Vorhandensein der Bereitschaftstruppe schon zwei Termine genannt: einmal den Juli 1972 und einmal das Jahresende 1972. Ich möchte Sie fragen: Gibt es für das Jahr 1973 eine zeitliche Prophezeiung Ihrerseits über den Zeitpunkt, wann diese Bereitschaftstruppe stehen wird?

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich glaube, daß wir manchmal aneinander vorbeireden. (*Abg. Tödling: Das ist nicht unbedingt meine Schuld, Herr Minister! — Heiterkeit.*)

Als Bereitschaftstruppe kann ein Heereskörper oder können mehrere Heereskörper im gesamten Umfang angesprochen werden. Als Bereitschaftstruppe können auch einzelne Bataillone angesprochen werden. Ich glaube, daß gerade die Übungen in den letzten Wochen wieder einmal gezeigt haben, daß diese Bereitschaftstruppe sehr deutliche Impulse gibt und auch tatsächlich eine Präsenz darstellt. (*Abg. Tödling: Schade, daß ich keine dritte Zusatzfrage habe!*)

Präsident Dr. **Maleta**: Die hätte ich nicht zugelassen, weil schon die zweite Zusatzfrage nicht mehr im Zusammenhang mit der ersten war. Der Herr Minister hätte darauf gar nicht antworten brauchen. (*Zwischenrufe.*)

7. Anfrage: Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ) an den Herrn Verteidigungsminister.

1028/M

Da die derzeit beim Bundesheer verwendeten Tarnanzüge schwere Mängel hinsichtlich ihrer Imprägnierung aufweisen, frage ich Sie, Herr Bundesminister, bis wann mit der Beistellung von Tarnanzügen, die den tatsächlichen Erfordernissen entsprechen, gerechnet werden kann.

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der beim Bundesheer derzeit verwendete Tarnanzug besteht aus einem Stoff, der gegen Feuchtigkeit imprägniert ist. Allerdings ist bei einer solchen Imprägnierung darauf zu achten, daß eine Atmungsaktivität des Stoffes erhalten bleibt. Imprägnierte Stoffe mit einer geringen Atmungsaktivität würden nämlich eine übermäßige Schweißbildung hervorrufen. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß alle imprägnierten Stoffe bei längerer Verwendung gewissen Abnutzungen unterliegen, die auch eine Verringerung der Imprägnierungswirkung zur Folge haben. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Knick- und Reibstellen des Tarnanzuges.

Abgesehen von diesen Umständen handelt es sich bei den Tarnanzügen um durchaus brauchbare militärische Bekleidungsgegenstände.

Im Bestreben, die Ausrüstung des Bundesheeres ständig zu verbessern, werden gegenwärtig Erprobungen mit neuartigen Imprägnierungsmitteln durchgeführt. Überdies erfolgt derzeit ein Truppenversuch mit einem neuen Tarn- und Kampfanzug. Sollte die Erprobung hinsichtlich des neuen Kampf- und Tarnanzuges zu positiven Ergebnissen führen, so ist eine sukzessive Neuausstattung des Bundesheeres mit diesen Tarn- und Kampfanzügen in Aussicht genommen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich darauf hinweisen, daß der Schutz der Soldaten des Bundesheeres gegen Regen in bekleidungs- und ausrüstungsmäßiger Hinsicht gewährleistet ist. Jeder Soldat verfügt über einen absolut wetterfesten Regenumhang und daneben über eine Zeltplane, die als zusätzlicher Regenschutz verwendet werden kann.

Präsident Dr. **Maleta**: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Zeillinger**: Ich erlaube mir, den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam zu

machen, daß ich jetzt keine Zusatzfrage stellen müßte, weil die Antwort des Ministers auch nicht ganz im Zusammenhang mit meiner Frage steht.

Ich habe nämlich eine Terminfrage gestellt und nicht einen Vortrag von Ihnen, Herr Minister, über die Imprägnierung erwartet. Eine Terminfrage deswegen, weil Ihnen bekannt ist, Herr Minister, daß — ich möchte gleich sagen, ich bin kein Fachmann, und ich stütze mich zum Teil auf Meldungen in sozialistischen Zeitungen — die gegenwärtigen Tarnanzüge infrarot strahlen, sodaß — wie etwa diese Zeitung hier sagt — die Soldaten mit den Tarnanzügen wie „Gespenster im Nachthemd“ aussehen. Tatsächlich — davon habe ich mich persönlich überzeugt — ist es so: Wenn man Infrarotnachtsichtgeräte einsetzt, dann sieht man: Es sind diese Soldaten nicht getarnt, sondern enttarnt.

Ich darf Sie angesichts dieses Umstandes — da ich nicht zweifle, daß Ihnen das bekannt ist — fragen: Wann kriegen die Soldaten Tarnanzüge, mit denen sie getarnt sind und nicht enttarnt werden?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf**: Herr Abgeordneter! Ich muß doch sagen, daß Ihre Anfrage nicht klar gestellt war. Sie drückt nämlich nicht aus, ob es sich um eine Imprägnierung gegen Feuchtigkeit, gegen Infrarotaufklärungsmittel, gegen Brand oder gegen Kampfstoff gehandelt hat.

Zu Ihrer konkreten Frage darf ich Ihnen sagen, daß zum Zeitpunkt der Einführung dieses Tarnanzuges in erster Linie daran gedacht war, einmal durch eine entsprechende Farbgebung den Soldaten im Gelände möglichst unkenntlich zu machen, und zweitens sollte dieser Tarnanzug auch einen gewissen Schutz gegen Feuchtigkeit bieten. Das war also der seinerzeitige Auftrag an die Industrie, gegeben vor vielleicht über 10 Jahren oder 12 Jahren, einen derartigen Tarnanzug zu erzeugen.

Derzeit — wie gesagt — laufen aber Versuche, um gerade den Infraremissionswert des Tarnanzuges auszuschalten. Wir hoffen, daß es möglich sein wird, einen günstigen Remissionswert zu erzielen, der auch in der Nacht bei Anleuchtung den Soldaten in diesem neuen Tarn- und Kampfanzug unkenntlich beläßt.

Präsident Dr. **Maleta**: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Zeillinger**: Ich weiß nicht, ob dem Herrn Präsidenten aufgefallen ist, daß wir auch aneinander vorbeireden, weil die Frage „Bis wann?“ in der zweiten Zusatzfrage noch immer nicht beantwortet ist. Herr Minister!

6812

Nationalrat XIII. GP — 74. Sitzung — 30. Mai 1973

Zellinger

Nach der Geschäftsordnung ist es mir überlassen, was ich frage. Ich habe nach der Imprägnierung gefragt, und Sie haben nur einen Teilbereich der Imprägnierung beantwortet. Es ist Ihre Sache, wenn Sie unter Imprägnierung nur den Regenschutz verstehen und offenbar vergessen haben, daß andere Komponenten, wie etwa die Infrarotbestrahlung, ebenfalls zum Fachbereich der Imprägnierung gehören.

Ich muß nach wie vor auf meine erste Frage zurückkommen. Es tut mir leid, es sind beide Zusatzfragen danebengegangen, Herr Präsident, weil die Frage „Bis wann?“ noch immer nicht beantwortet ist.

Herr Minister! All das, was Sie jetzt hier vorgetragen haben, ist nichts Neues. Sehr viele andere Armeen haben brauchbare Tarnanzüge, viele, die wir hier sitzen, haben sie auch schon getragen. Wir haben auch schon Zeltplanen gehabt, durch die Wasser nicht durchgegangen ist, Tarnanzüge, die nicht infrarote Strahlen reflektiert haben. Und es ist seit Jahren bekannt, daß die gegenwärtigen Tarnanzüge nicht dem entsprechen, was Sie selber jetzt als notwendig bezeichnet haben.

Noch einmal also meine Frage: Da Sie seit Jahren wissen — vorher schon als General und nicht jetzt erst als Minister —, daß die gegenwärtigen Tarnanzüge in verschiedenen Richtungen nicht dem entsprechen, was man von einem Tarnanzug erwarten kann, da darüber hinaus ja aus der Vergangenheit genügend Stoffe bekannt sind — Herr Minister, Sie waren genauso im Krieg wie viele andere —, aus anderen Armeen, frage ich Sie noch einmal: Wann werden Sie veranlassen — das war meine erste Frage —, daß das österreichische Bundesheer Tarnanzüge bekommt, die den Erwartungen an die Imprägnierung in jeder Hinsicht — also auch in bezug auf infrarote Strahlung oder auch Giftstoffe — entsprechen? „Wann“ ist die Frage. „Wann“ ist eine Zeitfrage. Herr Minister! Ich bitte Sie, die Zeitfrage zu beantworten.

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf**: In meiner Fragebeantwortung habe ich bereits erklärt, daß derzeit ein Truppenversuch mit einem neuen Tarnanzug läuft. Bekanntlich muß ein solcher Versuch auf die Dauer von etwa einem Jahr durchgeführt werden. Auf Ihre konkrete Frage eine konkrete Antwort: In einem Jahr kann ich Ihnen sagen (*Abg. Melter*: Sie fangen jetzt erst an?), ob dieser Truppenversuch positiv oder negativ ausgefallen ist.

Präsident Dr. **Maleta**: 8. Anfrage: Abgeordneter **Schieder** (SPÖ) an den Herrn Verteidigungsminister.

1026/M

Wie weit sind die Vorbereitungen einer Novellierung der Allgemeinen Dienstvorschriften im Bundesheer gediehen?

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auf Ihre Frage, wie weit die Vorbereitungen einer Novellierung der Allgemeinen Dienstvorschriften für das Bundesheer gediehen sind, darf ich Ihnen mitteilen, daß die Arbeiten an dem diesbezüglichen Entwurf vor dem Abschluß stehen. Ich hoffe, den Entwurf in Kürze an die interessierten Stellen zur Begutachtung versenden zu können. Da ich an einem baldigen Inkrafttreten interessiert bin, werde ich bemüht sein, die Novelle ehestmöglich der Bundesregierung vorzulegen und in weiterer Folge die Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates zu erwirken.

Präsident Dr. **Maleta**: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Schieder**: Herr Bundesminister! Sie haben einmal das Versprechen abgegeben, daß bei der Neufassung der ADV auch die Jugendorganisationen, die sehr viele Wünsche aus ihren Erfahrungen auf diesem Gebiet haben, befaßt werden. Werden Sie dieses Versprechen halten?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf**: Ich habe den Auftrag gegeben, daß der Entwurf zu der ADV-Novelle auch dem Österreichischen Bundesjugendring zuzuleiten ist.

Präsident Dr. **Maleta**: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Schieder**: Herr Bundesminister! Bis wann wird dann mit einer neuen ADV zu rechnen sein?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf**: Ich hoffe, daß es möglich sein wird, daß wir mit Wirkung vom 1. Jänner 1974 diese novellierte ADV bereits in Kraft setzen können, vorausgesetzt, daß bis zu diesem Zeitpunkt der Hauptausschuß diese Materie behandelt hat.

Präsident Dr. **Maleta**: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Präsident Dr. **Maleta**: 9. Anfrage: Abgeordneter **Meißl** (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

1049/M

Wird bereits an einer gänzlichen Neuregelung bezüglich des Systems für die Abgabe von verbilligtem Dieselöl für die Landwirtschaft gearbeitet?

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. **Weihls**: Herr Abgeordneter Meißl! Sie wissen, daß in einem Gespräch im Bundeskanzleramt am 18. Mai zwischen dem Herrn Bundeskanzler und den Vertretern der Bauernverbände die Frage des gefärbten Dieselöles behandelt wurde. In diesem Sinne werden weiter Überlegungen angestellt werden.

Präsident Dr. **Maleta**: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Meißl**: Herr Bundesminister! Es ist mir dies sehr wohl bekannt, da ich im Rahmen der Freiheitlichen Bauernschaft selbst Teilnehmer an diesen Gesprächen bin. Wenn ich es richtig aufgefaßt habe, wurde dort die Bereitschaft bekundet, die Frage vorweg konkret zu prüfen, sodaß vielleicht doch im nächsten Jahr mit der Einführung oder der Möglichkeit einer Abgabe eines gefärbten Dieselöles zu rechnen ist.

Herr Bundesminister! Darf ich Sie jetzt konkret fragen: Treffen Sie Vorbereitungen in Ihrem Ressort, um die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Abgabe des gefärbten Dieselöles möglich ist?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weihls**: Herr Abgeordneter! Ich bin für eine solche Vorbereitung überhaupt nicht zuständig. Ich kann nur mitwirken und bei den derzeit anfallenden Überlegungen meine guten Dienste anbieten.

Präsident Dr. **Maleta**: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Meißl**: Herr Bundesminister! Es mag eine Frage der Zuständigkeit sein. Ich glaube aber, daß es im Rahmen Ihres Ressorts notwendig ist, daß Sie die entsprechenden Anstöße geben.

Herr Bundesminister! Bei diesen Gesprächen wurde auch darüber gesprochen, daß eine teilweise Abgeltung der Treibstoffhöhung „Dieselpreis für die Landwirtschaft“ erfolgen soll. In diesem Zusammenhang wurde auch von uns vorgebracht, daß man eine andere Bewertung vornehmen sollte, und zwar in dem Sinne, daß das Verhältnis Traktor zur landwirtschaftlichen Nutzfläche zugunsten der landwirtschaftlichen Nutzfläche verbessert werden sollte. Werden Sie eine solche Anregung noch für das heurige Jahr berücksichtigen?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weihls**: Herr Abgeordneter Meißl! Ich darf bemerken, daß gerade bei dem derzeitigen System auch die landwirtschaftliche Nutzfläche sehr berücksichtigt ist und daß dabei diejenigen, die eine

kleinere Fläche zu bewirtschaften haben, etwas mehr bekommen als jene, die eine größere Fläche haben.

Eine Neuregelung, wie Sie sie sich vorstellen, würde eine Auszahlung der Treibstoffverbilligung für das Jahr 1973 unmöglich machen.

Präsident Dr. **Maleta**: Danke, Herr Minister.

Der Abgeordnete Mitterer ist nicht im Saal, infolgedessen wird die 10. Anfrage schriftlich beantwortet.

Bundeskanzleramt

Präsident Dr. **Maleta**: 11. Anfrage: Abgeordneter Ing. Gradinger (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler.

956/M

Entsprechen Pressemeldungen, denen zufolge Sie, Herr Bundeskanzler, bei Ihrem Besuch in Ungarn vor kurzer Zeit auch über Erleichterungen hinsichtlich der menschlichen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn verhandelt haben, den Tatsachen?

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Herr Abgeordneter! Es ist richtig, daß bei den Beratungen in Budapest auch Fragen behandelt wurden, die außerhalb der rein wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen lagen. Es gehört nämlich die Verbesserung der menschlichen Beziehungen ebenso zu dem Gesamtkomplex der Beziehungen zwischen Ländern, wie das für die vorerwähnten Fragen gilt.

Ein Beispiel dafür war das Ersuchen meinerseits, daß die damals zu erwartenden Zehntausenden Schlachtenbummler anlässlich des Fußballmatches in Budapest mit einer raschen Abfertigung rechnen können. Das wurde zugesagt und hat sich auch tatsächlich bewährt. Das ist ein Aspekt dieser Frage.

Ein zweiter wäre vielleicht auch der, daß die Grenzübergänge erleichtert werden sollen, zumindest dadurch, daß neue Grenzübergangsstellen geschaffen werden.

Ein drittes Beispiel dafür war das Ersuchen der Gemeinde Klingenbach, daß man auf ungarischer Seite entgegenkommen bei der Zurverfügungstellung des berühmten Klingenbacher Meßbuches zeige.

Präsident Dr. **Maleta**: Zusatzfrage.

Abgeordneter Ing. **Gradinger**: Betreffend zusätzliche Grenzübergänge hätte ich noch eine zusätzliche Frage.

Herr Bundeskanzler! Wenn also zusätzliche Grenzübergänge geschaffen werden sollen, weiß man schon konkret, wo solche zusätzliche Grenzübergänge errichtet werden sollen?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Ich habe die Anregungen, die mir mitgegeben wurden, geltend gemacht, zum Beispiel auch einen neuen Grenzübergang bei Schachendorf zu schaffen und außerdem die Grenzabfertigungsstelle Nickelsdorf zu verlegen. Das waren die zwei ganz konkreten Beispiele.

Präsident Dr. **Maleta**: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Ing. **Gradinger**: In der Berichtserstattung ist erwähnt worden, daß man zum damaligen Zeitpunkt und überhaupt von den Beziehungen Österreichs zu Ungarn von einer aufgelockerten Atmosphäre sprechen kann.

War es in dieser Atmosphäre möglich, auch das Thema Fallenlassen des Visazwanges mit all den Unannehmlichkeiten, die damit verbunden sind: lange Wartezeiten, zwei Lichtbilder und so weiter, anzuschneiden, beziehungsweise was haben die ungarischen Regierungsstellen dazu für eine Stellungnahme eingenommen?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Es ist richtig, Herr Abgeordneter Ing. Gradinger, daß diese Fragen eine nicht unwesentliche Rolle in den Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Fock gespielt haben.

Ich habe von österreichischer Seite angeregt, ähnlich wie wir es jetzt mit Polen haben, auf den Visazwang zu verzichten. Hier wurde von ungarischer Seite eingewendet, daß es sich hier nicht um eine formaljuristische Frage handle, sondern ganz einfach um das Problem, ob man dann in Ungarn in der Lage sein wird, diesen Massenzustrom an Touristen auch zu bewältigen. Es hätte wenig Sinn, so meinte der Ministerpräsident, wenn man weit aufmachen und sich dann zeigen würde, daß die Menschen, die dorthin zu Besuch kommen, enttäuscht wieder wegfahren. Er halte mehr von einer sukzessiven Erleichterung der Visaerteilung, und man könne sich am Schluß dieser Entwicklung, wenn eine Synchronentwicklung des Tourismus in Ungarn damit Hand in Hand gehen werde, die volle Lösung dieser Frage, also die Beseitigung des Visazwanges, vorstellen.

Präsident Dr. **Maleta**: 12. Anfrage: Abgeordneter Robert Weisz (SPÖ) an den Herrn Bundeskanzler.

1058/M

Wie hat sich die Zahl der systemisierten Personenkraftwagen des Bundes seit 1970 entwickelt?

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte, Herr Kanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Herr Abgeordneter! Im Jahre 1970 gab es systemisierte Fahrzeuge in der Zahl von 577, 1971 576, 1972 525 und 1973 451. Es hat sich also eine sukzessive Reduktion ergeben, wobei ich bemerken muß, daß bei einer solchen Reduktion auch Bedacht darauf zu nehmen ist, daß nicht Chauffeure zum Beispiel überflüssig werden. Wir müssen ja daran denken, die Chauffeure, die da sind, zu beschäftigen. Es ist aber keine Frage, daß in dem Maße, in dem Chauffeure in Pension gehen, auch getrachtet wird, die zugehörigen Dienstwagen einzusparen.

Präsident Dr. **Maleta**: 13. Anfrage: Abgeordneter Dr. Schmidt (FPÖ) an den Herrn Kanzler.

1034/M

Wurde jene Inserataktion, mit der man — unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Haltung der Bundesregierung — für die Errichtung des Zoologischen Institutes im Sternwartepark geworben hat, von der Bundesregierung veranlaßt?

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte, Herr Kanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Diese Information, die in keiner Weise für irgendeine Stellungnahme plädiert hat, erfolgte im Auftrag der Bundesregierung durch den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung und den Bundeskanzler.

Präsident Dr. **Maleta**: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Schmidt**: Herr Bundeskanzler! Sie gestatten doch, daß ich anderer Meinung bin, wenn Sie sagen, daß diese Inseratenaktion in keiner Weise eine Parteinahme darstellt. In diesem Inserat wird erstens festgestellt, daß die Bundesregierung für die Errichtung des Zoologischen Instituts im Sternwartegelände eintritt, und es werden nur Meinungen zitiert, die sich für den Bau dieses Instituts einsetzen.

Darf ich Sie fragen, Herr Bundeskanzler: Wieviel hat eigentlich dieses Inserat gekostet, wieviel Geld hat also die Bundesregierung ausgegeben, um festzustellen, daß die Mehrheit der befragten Bevölkerung nicht der Meinung der Bundesregierung ist? (*Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.*)

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Es ist meiner Meinung nach die Pflicht der Bundesregierung, über einen solchen Sachverhalt ihre Stellungnahme zu präzisieren. Das ist in dieser Mitteilung im Annoncenweg geschehen.

Allerdings ist sie unvollständig gewesen. Ich hätte auch noch mitteilen müssen, daß seitens der FPÖ und seitens des Herrn Abge-

Bundeskanzler Dr. Kreisky

ordneten Scrinzi seinerzeit auch eine sehr positive Haltung zum Sternwartepark und zur Verbauung dort erfolgt ist. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe.*)

Auch die Herren der ÖVP; es war ja eine ÖVP-Regierung, die das beschlossen hat. (*Beifall bei der SPÖ. — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. **Maleta**: Am Wort ist der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Was die Kosten betrifft, so wird es sich um rund 200.000 S handeln für alle Anzeigen. (*Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP. — Abg. Zeillinger: Das ist nicht wahr, was Sie gesagt haben! Das ist eine bewußte Unwahrheit! Wir waren für den Bau des Zoologischen Institutes, aber nicht dort, wo Sie wollen!*)

Präsident Dr. **Maleta**: Ich bitte, jetzt keine Zwischenreden zu halten. Jetzt ist der Herr Bundeskanzler am Wort. (*Abg. Zeillinger: Der Herr Bundeskanzler darf auch nicht die Unwahrheit sagen!*) Das haben Sie bereits festgestellt. Es sind daher Wiederholungen nicht notwendig. (*Abg. Zeillinger: Wenn ich die Unwahrheit spreche, habe ich mich zu entschuldigen! — Weitere Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Ich bitte, jetzt ist der Herr Bundeskanzler am Wort. (*Ruf bei der FPÖ: Der Abgeordnete Schmidt ist am Wort!*) Vorläufig der Herr Bundeskanzler, und dem Herrn Abgeordneten Schmidt steht noch eine Zusatzfrage zu. (*Abg. Dr. Schmidt: Komme ich jetzt dran?*) Entschuldigen Sie.

Bitte, Herr Abgeordneter, zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Schmidt**: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Ich erinnere mich genau, daß Sie, als Sie noch Abgeordneter der Oppositionspartei waren, seinerzeit sehr heftig dagegen aufgetreten sind, daß die damalige Alleinregierung der ÖVP mit öffentlichen Mitteln die Inseratenaktionen finanzierte und die Tätigkeit der Bundesregierung der Bevölkerung zur Kenntnis brachte.

Ich möchte Sie fragen: Messen Sie jetzt, nachdem Sie Bundeskanzler sind, hier mit anderen Maßstäben?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Ich messe keineswegs mit anderen Maßstäben. Ich habe damals in der Opposition den Standpunkt vertreten, daß es nicht Sache einer Regierung sein kann, Propaganda für ihre Politik auf Kosten der Steuerzahler zu machen. Es ist aber eine erklärte Pflicht der Regierung, objektive Information und Sachverhaltsdarstellungen zu geben (*ironische Heiterkeit bei der*

ÖVP — Beifall bei der SPÖ), wie sie durch die Mitteilung an die Öffentlichkeit erfolgt sind, welche Haltung die Bundesregierung hier im Anschluß an die seinerzeit eingenommene Haltung der Regierung Klaus eingenommen hat, und zweitens, welche Haltung der Akademische Senat und die Österreichische Hochschülerschaft eingenommen haben. Das war eine reine Informationspflicht, der die Bundesregierung entsprochen hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. **Maleta**: Danke, Herr Bundeskanzler.

Die 14. Anfrage wurde zurückgezogen.

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Präsident Dr. **Maleta**: 15. Anfrage: Abgeordneter Dr. Ermacora (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

1030/M

Liegen Berichte vor, wonach sich die zypriotische Regierung bei den Vereinten Nationen über den Herrn Bundesminister Lütgendorf deshalb beschwert hat, weil er bei seinem jüngsten Besuch auf Zypern Handlungen gesetzt hat, die allen bisherigen Gepflogenheiten von Besuchern von UN-Truppen auf Zypern widersprochen haben?

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Kirchschläger**: Herr Abgeordneter! Es liegt kein Bericht darüber vor, daß sich die zypriotische Regierung bei den Vereinten Nationen über den Herrn Bundesminister Lütgendorf beschwert habe; wohl aber liegt ein Bericht darüber vor, daß der Vertreter Zyperns bei den Vereinten Nationen darüber — ich will nicht sagen sich beschwert, sondern — seiner Verwunderung Ausdruck gegeben hat, daß bei einer Besichtigung von UN-Truppen auf Zypern auch ein Garderegiment oder ein Gardebataillon der türkischen Seite abgeschritten wurde.

Präsident Dr. **Maleta**: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Ermacora**: Herr Bundesminister! Inwiefern steht das mit den bisherigen Gepflogenheiten ähnlicher Besuche auf Zypern im Widerspruch?

Präsident Dr. **Maleta**: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kirchschläger**: Es steht insofern im Widerspruch, weil schon bisher und auch bei diesem letzten Besuch des Herrn Bundesministers Lütgendorf in Zypern von österreichischer Seite alles versucht wurde, um die Stellung einer solchen Ehrengarde abzuwenden, weil der österreichischen Regierung

Bundesminister Dr. Kirchschräger

und auch dem Herrn Bundesminister für Landesverteidigung sehr bewußt war, daß dies ein Element ist, das innere Schwierigkeiten in Zypern hervorrufen kann. Nur hat sich zum Unterschied von früher diesmal die türkische zypriotische Seite nicht daran gehalten, und als der Herr Bundesminister für Landesverteidigung seinen Höflichkeitsbesuch beim türkischen Vizepräsidenten der Republik Zypern abstattete und in den Hof einfuhr, war die Ehreineinheit gestellt.

Präsident Dr. Maleta: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Ermacora: Bitte, wurde diese Frage mit dem Außenministerium koordiniert? Sind Beamte des Außenministeriums in diese Situation mit hineingezogen worden?

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kirchschräger: Die Botschaft in Athen hat auf Weisung des Außenministeriums durch den Botschafter und durch den Honorargeneralkonsul in Zypern schon vor dem Besuch und auch noch unmittelbar nach Anlaufen des Besuches bei der türkischen Seite der zypriotischen Regierung darauf Einfluß zu nehmen versucht, daß die Stellung einer solchen Ehreineinheit unterbleibt. Sie ist aber — wie das Ergebnis ja dann gezeigt hat — dabei nicht erfolgreich gewesen.

Präsident Dr. Maleta: Anfrage 16: Abgeordneter Dr. Broesigke (FPÖ) an den Herrn Außenminister.

1055/M

Wurden im Rahmen des Staatsbesuches in der Bundesrepublik Deutschland Ihrerseits vermögensrechtliche Fragen zur Sprache gebracht?

Präsident Dr. Maleta: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kirchschräger: Herr Abgeordneter! Bei dem Besuch des Herrn Bundespräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland haben auch Gespräche auf Außenministerebene stattgefunden, und bei diesen Gesprächen wurde auch der ganze noch offene vermögensrechtliche Komplex zur Sprache gebracht.

Präsident Dr. Maleta: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Broesigke: Herr Bundesminister! Kann man nun davon sprechen, daß die in Artikel 5 des Finanz- und Ausgleichsvertrages vorgesehenen Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet sind, oder beabsichtigen Sie, diese erst einzuleiten?

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kirchschräger: Es wurde schon bei dem Besuch des Herrn Bundeskanzlers Brandt hier in Wien und nunmehr auch

bei dem Besuch in Bonn darauf hingewiesen, daß diese Fragen noch einer Regelung bedürfen, daß hier also von Österreich noch zusätzliche Vermögensansprüche gestellt werden. Detailverhandlungen darüber sind noch nicht eingeleitet, und zwar deswegen nicht, weil eine Voraussetzung hierfür das gesamte Entschädigungskonzept ist, das gegenwärtig in dem dem Hohen Hause bekannten Ausschuß zur Diskussion steht, jenem Ausschuß, der unter dem Vorsitz des Herrn Bundesministers für Finanzen steht und dem Mitglieder des Hohen Hauses angehören.

Präsident Dr. Maleta: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Broesigke: Herr Bundesminister! Das ist nun eine Schlange, die sich in den Schwanz beißt, insofern, als das Entschädigungskonzept davon abhängig ist, wieviel von der Bundesrepublik Deutschland beigesteuert wird, und umgekehrt Sie jetzt sagen, daß die Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland wieder vom Entschädigungskonzept abhängig sind.

Im Rahmen der Vorbereitungen wurden ja sehr klare Vorstellungen erarbeitet, welche Beträge, wenn man den deutschen Lastenausgleich zugrunde legt, in Betracht kommen würden.

Ich darf daher an Sie die Zusatzfrage richten, ob Sie keine Möglichkeit sehen, in nächster Zeit in Detailgespräche mit der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der schon vorliegenden Unterlagen einzutreten.

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kirchschräger: Ich sehe, Herr Abgeordneter, eine Möglichkeit, diese Verhandlungen zu beginnen, da ich dahingehend informiert bin, daß diese Gespräche in jenem Ausschuß schon ein nunmehr gewisses Maß an Klarstellung erreichen — ich glaube, es soll, soweit ich informiert bin, diesbezüglich nur noch eine Sitzung stattfinden, die das Bild klarer macht —, um nunmehr die Sachgespräche beginnen zu können.

Präsident Dr. Maleta: 17. Anfrage: Abgeordneter Glaser (ÖVP) an den Herrn Außenminister.

1057/M

Liegen Ihnen Informationen darüber vor, in welchen europäischen Staaten dort lebende (arbeitende, studierende) österreichische Staatsbürger politische Rechte haben, die denen der eigenen Staatsbürger nahekommen?

Präsident Dr. Maleta: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kirchschräger: Herr Abgeordneter! Ich glaube, es gibt gegenwärtig keinen europäischen Staat, in welchem dort

Bundesminister Dr. Kirchschräger

arbeitende oder studierende österreichische Staatsbürger in allen einzelnen Belangen den Inländern gleichgestellt sind.

Es sind allerdings in verschiedenen Staaten Bestrebungen im Gange, eine solche Gleichstellung durchzuführen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Österreicher, sondern auf einer sehr breiten Basis. Ich erinnere hier zum Beispiel an die Bemühungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Es gibt ferner für einzelne Sachgebiete Gleichstellungen auf Grund von Gegenseitigkeitsverträgen und auch auf Grund von Übereinkommen im Rahmen der Vereinten Nationen.

Präsident Dr. Maleta: Ich danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Präsident Dr. Maleta: 18. Anfrage: Abgeordneter Egg (SPO) an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie.

1050/M

Wie weit ist auf dem Fremdenverkehrssektor die Schaffung eines Bäderkonzeptes gediehen?

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ein diesbezügliches Konzept wird von der Bundeshandelskammer, vom Fachverband für Bäder im Einvernehmen mit meinem Ministerium erstellt. Es ist vereinbart, daß mit Datum 31. 7. 1973 ein solches Konzept vorgelegt werden soll.

Präsident Dr. Maleta: Zusatzfrage.

Abgeordneter Egg: Herr Bundesminister! Wurden Gemeinden beziehungsweise Fremdenverkehrsverbände ersucht, ihrerseits ebenfalls Vorschläge zu machen, beziehungsweise wurden solche Vorschläge vorgelegt und dem Bundesministerium zur Mitberücksichtigung übergeben?

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Solche Vorschläge wurden nicht dem Bundesministerium, sondern eben der untersuchenden Stelle übergeben. Man hat, um die Marktforschungen, die Einzugsgebiete und vor allem die Pläne im einzelnen kennenzulernen, alle Bundesländer, alle Gemeinden, die davon betroffen sind, angeschrieben. Ich kann natürlich nicht im einzelnen sagen, ob alle diese Stellen geantwortet haben, bin aber davon überzeugt, daß dies im größtmöglichen Maße geschehen ist. Letzten

Endes wird ja dieses Konzept im Interesse der einzelnen Fremdenverkehrsgemeinden erstellt. Ich bin daher davon überzeugt, daß die Mitwirkung der Gemeinden sichergestellt wurde.

Präsident Dr. Maleta: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Egg: Herr Bundesminister! Liegen schon grobe Schätzungen vor, die besagen, wie hoch die voraussichtlichen Kosten für die Realisierung eines solchen Bäderkonzeptes sein dürften?

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Die ersten Überschlüsse, die gemacht wurden, haben ergeben, daß es sich um Größenordnungen von 8 bis 10 Milliarden handeln würde. Herr Abgeordneter! Ich muß aber, damit die Öffentlichkeit nicht erschrickt, ergänzen, daß es sich in diesem Fall um die Wünsche handelt, die von allen Gemeinden, die ein Bad errichten wollen, angemeldet wurden. Es wird aber gerade Aufgabe dieser Untersuchung sein, eine Abstimmung zu treffen, wo und in welchem Umfang solche Bäder im Interesse des Fremdenverkehrs und der Bevölkerung überhaupt errichtet werden sollen.

Präsident Dr. Maleta: 19. Anfrage: Abgeordneter Dr. Pelikan (OVP) an den Herrn Handelsminister.

1006/M

Wieviel Mittel stehen der BURGES-Kleingewerbekreditaktion im Jahre 1973 unter Berücksichtigung der im November 1972 verfügbaren Budgetbindungen und der Vorbelastungen aus den Vorjahren für neue Förderungsanträge zur Verfügung?

Präsident Dr. Maleta: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Für die sogenannte Stamm-BURGES und Subventionen stehen zirka 11 Milliarden Schilling zur Verfügung.

Präsident Dr. Maleta: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Pelikan: Herr Minister! Ich glaube, diese Ziffer kann nicht ganz stimmen, denn für das Jahr 1972 wurden insgesamt 328 Millionen Schilling für die BURGES-Kleingewerbekreditaktion vergeben. Im Jahre 1971 waren es 448 Millionen. Der Rückgang von 1971 auf 1972 betrug somit schon rund 25 Prozent.

Für das heurige Jahr ist in Anbetracht der nun stark greifenden Kreditbremse mit einem noch stärkeren Rückgang zu rechnen, einer Kreditbremse, die bekanntlich gerade bei den privaten Kreditaktionen doppelt greift: zuerst bei der Hausbank und später dann bei der Kreditaktion bei der durchführenden Stelle noch einmal.

6818

Nationalrat XIII. GP — 74. Sitzung — 30. Mai 1973

Dr. Pelikan

Ich glaube daher, daß Maßnahmen getroffen werden müßten, um ein Austrocknen dieser gewerblichen privaten Kredite zu vermeiden.

Daher möchte ich an Sie folgende konkrete Frage richten: Herr Minister! Was haben Sie in Ihrem Ressort hiefür vorgesehen?

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Offenbar habe ich Ihre Frage mißverstanden, oder sie war nicht deutlich genug. Sie haben mich bezüglich der BURGES-Kleingewerbekreditaktion gefragt. Darunter versteht man im normalen Sprachgebrauch nur die Stamm-BURGES. Für diese stehen heuer zirka 11,1 Millionen zur Verfügung.

Wenn Sie allerdings die Ziffern nennen, die sowohl die Stamm-BURGES als auch die Fremdenverkehrsaktion als auch die Gewerbestrukturverbesserung betreffen, haben Sie natürlich recht, daß es wesentlich größere Mittel sind. Sie sind bei der Stamm-BURGES-Aktion zirka 11,1 Millionen, betragen für die Gewerbestrukturverbesserung 138,8 Millionen, für Fremdenverkehrssonderkredite 1,1 Millionen, für die Komfortzimmeraktion 50,8 Millionen und für die Fremdenverkehr-Hausaktion zirka 13,9 Millionen. Das sind die Ziffern, die ich hier für Subventionen und Förderaktionen zu sagen habe.

Ihre zweite Frage, die Sie in der ersten inkludiert haben, welche Vorkehrungen von seiten meines Ressorts getroffen wurden, darf ich auch gleich beantworten. Ich kann Ihnen die Versicherung abgeben, daß wir wahrscheinlich im Jahr 1973 alle Anträge, die kommen, positiv erledigen können. Wir werden also diese Aktionen nicht sperren müssen, sondern werden trotz der Restriktionen, die durchgeführt werden mußten, die notwendigen Mittel der BURGES zur Verfügung stellen können, um die Aktionen voll laufen zu lassen.

Präsident Dr. Maleta: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Pelikan: Herr Minister! Ich möchte nur darauf hinweisen, daß Sie sich vorhin offenbar versprochen haben, weil Sie 11 Milliarden gesagt haben. Das muß natürlich jeden wachrütteln, der mit Kreditaktionen zu tun hat.

Ich habe schnell gerechnet, und wenn ich mich nicht verrechnet habe, dann sind alle diese Kreditaktionen, die Sie aufgezählt haben, in der Summe etwas über 200 Millionen Schilling. Ich darf daher feststellen, daß der Rückgang im Jahre 1973 sehr beträchtlich sein wird.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an Sie, Herr Minister, die Frage richten, ob Sie das Verhältnis zwischen den privaten Geldkrediten, die sich offenbar sehr genau an das Stabilisierungsabkommen halten, und den öffentlichen Ausgaben für richtig halten. Wenn ich richtig informiert bin, so hat die private Wirtschaft insgesamt einen Kreditzuwachs von 3,8 Prozent in den vier Monaten seit Inkrafttreten des Stabilisierungsabkommens zu verzeichnen, während im öffentlichen Sektor, und hier ist es primär der Bund, der sehr stark expandiert hat, die Steigerung annähernd 35 Prozent gewesen ist.

Halten Sie dieses Verhältnis, Herr Minister, für richtig?

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf auch hier Ihre zwei Anfragen, die Sie jetzt gestellt haben, beantworten und möchte zur ersten sagen: In meinen Augen ist nicht entscheidend, wieviel Mittel, in der Summe gesehen, zur Verfügung stehen, sondern entscheidend ist, ob die Institution, in dem Fall die BURGES, imstande ist, die Anträge, die an sie kommen, zu befriedigen. Ich kann Ihnen versichern: Bis jetzt ist das in den drei Jahren meiner Amtsführung der Fall gewesen, und ich bin überzeugt, daß es auch für das Jahr 1973 der Fall sein wird.

Was nun die zweite Frage betrifft, wie weit es für den Mittel- und Kleinkredit auf privatem Sektor eine schlechtere Situation gibt als für die öffentliche Hand, muß ich doch darauf hinweisen, daß die Kreditrestriktion, die gemeinsam mit den Kreditinstituten und der Bundesregierung einvernehmlich vereinbart wurde, ja keine Selektion der Bundesregierung, auch nicht des Handelsministeriums, vorgesehen hat, sondern die Bundeshandelskammer und die Kreditsektion haben ausdrücklich verlangt, daß sie die Kreditrestriktion im eigenen Wirkungsbereich unter eigener Verantwortung durchführen. Ich habe daher keinen wie immer gearteten Einfluß, ich möchte einen solchen auch gar nicht ausüben, auf die Selektion der Kredite bei den Kreditinstituten. Ich kann daher nur veranlassen — und das ist geschehen —, daß jeder private Kreditantrag, der an die BURGES kommt, von ihr zinsverbilligt positiv erledigt wird. Ob und inwieweit die Kreditinstitute große Kredite oder gar die öffentliche Hand bevorzugen, entzieht sich vollkommen meiner Beurteilung.

Präsident Dr. Maleta: Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen. Somit ist die Fragestunde beendet. Danke, Herr Minister.

Einlauf, Zuweisungen, Tagesordnung

Präsident Dr. Maleta: Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Antrag 77/A der Abgeordneten Dr. Prader und Genossen betreffend ausreichende Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern auf dem Seeweg in Krisenzeiten

dem Handelsausschuß;

Antrag 78/A der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen betreffend Abänderung des Paßgesetzes

dem Verfassungsausschuß;

Antrag 79/A der Abgeordneten Kern und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gesetz betreffend die Abwehr und Tilgung von Tierseuchen geändert wird,

dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Übereinkommen (Nr. 88) über die Organisation der Arbeitsmarktverwaltung (707 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Heeresversorgungsgesetz geändert wird (11. Novelle zum Heeresversorgungsgesetz) (718 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 geändert wird (719 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen geändert wird (720 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes geändert wird (721 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Invalideneinstellungsgesetz 1969 geändert wird (730 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Arbeiterkammergesetz geändert wird (731 der Beilagen),

Zusatzabkommen zum Abkommen vom 21. Dezember 1971 zwischen der Republik Österreich und dem Großherzogtum Luxemburg über Soziale Sicherheit (738 der Beilagen),

Zusatzabkommen zum Abkommen vom 15. November 1967 zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenos-

schaft über Soziale Sicherheit (739 der Beilagen) sowie

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen geändert wird (747 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz über die Verwendung der zufließenden Mittel aus dem Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen zur Regelung bestimmter finanzieller Fragen (Verteilungsgesetz Polen) (724 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 geändert wird (26. Gehaltsgesetz-Novelle) (749 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Vertragsbedienstetengesetz 1948 geändert wird (21. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle) (750 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsüberleitungsgesetz geändert wird (1. Gehaltsüberleitungsgesetz-Novelle 1973) (751 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem die Bundesforst-Dienstordnung geändert wird (5. Novelle zur Bundesforst-Dienstordnung) (752 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Pensionsgesetz 1965 geändert wird (4. Pensionsgesetz-Novelle) (758 der Beilagen),

Bundesgesetz betreffend entgeltliche Veräußerungen von unbeweglichem Bundesvermögen (759 der Beilagen),

Bundesgesetz betreffend entgeltliche Veräußerungen von unbeweglichem Bundesvermögen (760 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem Überschreitungen von Ansätzen des Bundesfinanzgesetzes 1973 aus Anlaß der Maul- und Klauenseuche genehmigt werden (1. Budgetüberschreitungs-gesetz 1973) (781 der Beilagen), sowie

Bundesgesetz über die Gewährung von Krediten an internationale Finanzinstitutionen (782 der Beilagen);

dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1965 geändert wird (Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1973) (729 der Beilagen),

Bundesverfassungsgesetz zur Durchführung des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung (732 der Beilagen) sowie

6820

Nationalrat XIII. GP — 74. Sitzung — 30. Mai 1973

Präsident Dr. Maleta

Bundesgesetz, mit dem Bestimmungen über die Ausschreibung bestimmter leitender Funktionen getroffen werden (Ausschreibungs-gesetz) (748 der Beilagen);

dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

Bundesgesetz über die Entschädigung für Impfschäden (Impfschadengesetz) (733 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Apothekengesetz geändert wird (Apothekengesetz-novelle 1973) (768 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Krankenanstaltengesetz neuerlich geändert wird (2. Novelle zum Krankenanstaltengesetz) (769 der Beilagen), und

Bundesgesetz, mit dem das Tuberkulose-gesetz geändert wird (Tuberkulosegesetz-novelle) (770 der Beilagen);

dem Bautenausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Wasserbauten-förderungsgesetz geändert wird (734 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Wohnungs-verbesserungsgesetz geändert wird (753 der Beilagen), und

Bundesgesetz betreffend die Bediensteten der Donauhochwasserschutz-Konkurrenz (762 der Beilagen);

dem Handelsausschuß:

Internationales Kakao-Übereinkommen 1972 sowie Auszug aus der Note des Generalsekretärs der Vereinten Nationen samt Hinweis auf die durch Verschweigung erfolgte Vertrags-änderung (743 der Beilagen);

dem Landesverteidigungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Heeresdiszi-plinargesetz geändert wird (754 der Beilagen);

dem Ausschuß für wirtschaftliche Integra-tion:

Bundesgesetz über die Durchführung des Artikels 20 des Abkommens zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mit-gliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits (EGKS-Abkommen-Durchführungsgesetz) (755 der Beilagen),

Abkommen vom 30. 11. 1972 zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Anwendung der Bestimmungen über das gemeinschaftliche Versandverfahren (756 der Beilagen) und

Bundesgesetz betreffend die Durchführung des Abkommens zwischen der Republik Öster-reich und der Europäischen Wirtschaftsge-meinschaft zur Anwendung der Bestimmungen über das gemeinschaftliche Versandverfahren (Versandverfahren-Durchführungsgesetz) (757 der Beilagen);

dem Zollausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Zollgesetz 1955 geändert wird (761 der Beilagen);

dem Ausschuß für Verkehr und Elektrizitäts-wirtschaft:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesbahn-gesetz geändert wird (763 der Beilagen),

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der EUROCONTROL zur Erneuerung und Änderung des Vertrages über die Einhebung von Flugsicherungsstreckengebühren (764 der Beilagen),

Bundesgesetz betreffend Flugsicherungs-streckengebühren (Flugsicherungsstreckenge-bührengesetz) (765 der Beilagen) und

Bundesgesetz über den zwischenstaatlichen Luftverkehr (BG z. LV) (766 der Beilagen);

dem Ausschuß für Wissenschaft und For-schung:

Bundesgesetz, mit dem das Studienförde-rungsgesetz geändert wird (735 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen geändert wird (767 der Beilagen) sowie

Bundesgesetz, mit dem die Tierärztliche Staatsprüfungs- und Rigorosenordnung geän-dert wird (771 der Beilagen);

dem Außenpolitischen Ausschuß:

Europäisches Übereinkommen zum Schutz des archäologischen Erbes samt Interpretativer Erklärung zu Artikel 6 Abs. 2 lit. a (772 der Beilagen).

Den eingelangten Bericht des Bundesmini-sters für Justiz über die vorgesehenen Maß-nahmen zur Durchführung der Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuches im Bereich der vorbeugenden Maßnahmen und des Strafvoll-zuges einschließlich der Bewährungshilfe (III-95 der Beilagen) weise ich

dem Justizausschuß zu.

Es ist mir der Vorschlag zugekommen, die heutige Tagesordnung gemäß § 38 Abs. 5 Geschäftsordnungsgesetz um die beiden Punkte:

Präsident Dr. Maleta

Zweiter Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Karl Troll (784 der Beilagen) und

Zweiter Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen der Bundespolizeidirektion Wien um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Karl Troll (785 der Beilagen)

zu ergänzen.

Ferner ist mir der Vorschlag zugekommen, von der 24stündigen Auflagefrist dieser beiden Berichte gemäß § 43 Abs. 5 Geschäftsordnungsgesetz Abstand zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen Vorschlägen zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig a n g e n o m m e n.

Die Tagesordnung wird daher um die beiden vorerwähnten Punkte ergänzt, und von der 24stündigen Auflagefrist der beiden Ausschlußberichte wird Abstand genommen.

1. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (631 der Beilagen): Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (740 der Beilagen)

Präsident Dr. Maleta: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Doktor Hesele. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter DDr. Hesele: Herr Präsident! Hohes Haus! Die von Österreich ratifizierte Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, BGBl. Nr. 55/1955, ist nur auf Personen anwendbar, die auf Grund von Ereignissen, die vor dem 1. Jänner 1951 eingetreten sind, Flüchtlinge geworden sind. Durch das vorliegende Protokoll wird dieser Stichtag beseitigt und damit gewährleistet, daß alle Flüchtlinge, auf welche die Voraussetzungen der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge zutreffen, ungeachtet des Zeitpunktes der Ereignisse, die zu ihrer Flucht geführt haben, gleichen Rechtsschutz genießen. Das Protokoll hat gesetzesändernden und gesetzesergänzenden Charakter.

Der Verfassungsausschuß hat die Regierungsvorlage am 21. Mai 1973 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Ermacora und Dr. Prader sowie der Bundesminister Dr. Kirchschräger und Rösch einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung dieses Staatsvertrages zu empfehlen.

Der Verfassungsausschuß hält im vorliegenden Falle die Erlassung eines besonderen Bundesgesetzes im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz zur Erfüllung dieses Staatsvertrages für entbehrlich.

Der Verfassungsausschuß stellt somit durch mich den A n t r a g, der Nationalrat wolle dem Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (631 der Beilagen) die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bin ich ermächtigt zu beantragen, General- und Spezialdebatte unter einem abführen zu wollen.

Präsident Dr. Maleta: Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir gelangen daher zur A b s t i m m u n g.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem gegenständlichen Staatsvertrag in 631 der Beilagen die Genehmigung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig a n g e n o m m e n.

2. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (706 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Wählerevidenzgesetz 1970 und die Nationalrats-Wahlordnung 1971 geändert werden (741 der Beilagen)

Präsident Dr. Maleta: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz, mit dem das Wählerevidenzgesetz 1970 und die Nationalrats-Wahlordnung 1971 geändert werden.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Ing. Hobl. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Ing. Hobl: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vorgeschlagene Novellierung des Wählerevidenzgesetzes 1970 hat vor allem zum Ziel, Gemeinden, die über EDV-Anlagen verfügen, die Möglichkeit zu geben, anstelle der bisher für die Wählerevidenz vorgeschriebenen Form der Kartei eine modernere Form der Evidenzhaltung einzusetzen. Ferner sollen künftighin Angaben über Familienstand und Beruf in der Wählerevidenz nicht mehr aufscheinen. Schließlich wird vorgeschlagen, anstelle des Wortes „Zuname“ den im Familien- und Personenstandsrecht verwendeten Ausdruck „Familiennamen“ zu setzen. Entsprechende Änderungen sind auch in der Nationalrats-Wahlordnung 1971 vorgesehen.

Der Verfassungsausschuß hat die Regierungsvorlage am 21. Mai 1973 in Verhandlung gezogen und nach den Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Prader, Dr. Ermacora, Stohs, Gratz und Dr. Schmidt sowie des Bundes-

Ing. Hobl

ministers Rösch einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Im Namen des Verfassungsausschusses stelle ich somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (706 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bin ich beauftragt, den Antrag zu stellen, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen. Danke.

Präsident Dr. **Maleta**: Der Herr Berichterstatter beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem vorzunehmen. — Kein Einwand.

Wir gehen somit in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hahn. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Hahn** (OVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das vorliegende Bundesgesetz, mit dem das Wählerevidenzgesetz 1970 und auch die Nationalrats-Wahlordnung 1971 geändert werden sollen, ist zweifellos vom Standpunkt der Rationalisierung aus zu sehen. Die Meinung, daß nach dem neuen Meldezettelgesetz, das vor kurzem beschlossen wurde, auch die Daten für die Führung der Wählerevidenz durch die Gemeinden von wesentlicher Bedeutung sind, wird zweifelsohne bei einer richtigen Durchführung berechtigt sein.

Das bisherige Wählerevidenzblatt, das bei Verzug oder bei Neuanmeldungen zusätzlich auszufüllen war, soll jetzt wegfallen, ebenso wie die Berufsangabe und der Familienstand. Trotzdem darf ich hier die Meinung vertreten, daß die Führung einer richtigen Wählerevidenz vor allem in großen Gemeinden, die sich jetzt der Datenverarbeitung bedienen, vor allem aber in der Bundeshauptstadt Wien, immer schwieriger wird. Die Unzulänglichkeiten, die wir ja erst vor kurzem bei einer allerdings nicht gesetzlich verankerten Volksbefragung gesehen haben, werden immer größer. Wenn bei dieser Volksbefragung über 20.000 Wiener keine Stimmkarte erhalten haben, so muß man sich darüber im klaren sein, daß diese 20.000 Wiener auch bei einer Nationalratswahl oder bei einer Landtags- und Gemeinderatswahl nicht hätten mitwählen können. Ich glaube, daß dies die Zweifel berechtigt erscheinen läßt. (*Abg. Skritek: Das stimmt ja nicht!*) Ich komme darauf zurück, Herr Abgeordneter Skritek. Wir werden natürlich auch die Gründe untersuchen müssen. (*Abg. Skritek: Da gibt es ja ein Reklama-*

tionsverfahren!) Kommt alles noch. Ich weiß nicht, warum sich der Herr Abgeordnete Skritek immer so leicht und so rasch aufregt. (*Weitere Zwischenrufe.*) Wir werden das auch begründen.

Die Übersiedlungsquote wird interessanterweise auch in der Bundeshauptstadt Wien immer größer; sie liegt derzeit bereits bei 15 Prozent. Die Doppelmeldungen werden immer mehr. Wenn man die Meinung vertritt, so wie der Herr Abgeordnete Skritek, daß man ja während der Einspruchsfrist die Möglichkeit hat, im Wählerverzeichnis Einsicht zu nehmen, so muß man sagen, daß dies leider, leider sehr wenige tun, denn sie verlassen sich auf den Hausanschlag. Auf dem Hausanschlag steht einmal männlich, einmal weiblich, nur war das früher das Ehepaar Müller und ist jetzt das Ehepaar Meier. Das Ehepaar Meier verläßt sich natürlich darauf, sieht einmal männlich und einmal weiblich und sagt: Wir sind im Wählerverzeichnis drinnen.

Herr Abgeordneter Skritek! Ich nehme an, daß sämtliche sozialistischen Wiener Mandatäre auch in der Organisation tätig sind und daß sie wissen, daß es bei den letzten Wahlen im Jahre 1970 und 1971 sehr, sehr viele Reklamationen gegeben hat. Natürlich sind alle diejenigen, die am Wahltag nicht zu einer Wahl gehen können, vor allem auch auf die politischen Parteien, im besonderen Fall auf die eigene politische Partei womöglich böse.

Ich glaube, daß der Hausanschlag allein nicht genügt. Ich weiß, und das steht auch in den Erläuterungen, daß das in den Gemeinden verschiedentlich gehandhabt wird: ich sehe auch das Argument ein, daß man die Namen im Haus nicht mehr anschlagen soll, weil vielleicht die Hausbewohner dann draufkommen, daß der Herr Müller mit der Frau Meier nicht verheiratet ist, sondern nur eine Lebensgemeinschaft hat. Ich weiß zwar nicht, wie viele das sind, aber immerhin, dieses Argument kann man berücksichtigen.

Ich möchte mir gestatten, einen Vorschlag zu machen, der nicht neu ist. Denn diese Unzulänglichkeiten, die in Wien von Wahl zu Wahl immer größer werden, haben bereits im Jahre 1970 dazu geführt, daß wir im Wiener Gemeinderat einen Beschluß- und Resolutionsantrag eingebracht haben, dem sich damals auch die Freiheitliche Partei angeschlossen hat, den aber die Sozialistische Partei abgelehnt hat. Und zwar könnte man sich vorstellen, daß in den großen Städten, wo die Wählerevidenz mittels der Datenverarbeitung durchgeführt wird, während der Einspruchsfrist die Wahlberechtigten Verständigungs-

Hahn

karten erhalten, in denen die Sprengelnummer, das Wahllokal und die fortlaufende Nummer des Wählerverzeichnis angeführt sind. Wer während der Einspruchsfrist keine Verständigungskarte erhält, der müßte sich dann auf jeden Fall hineinreklamieren. Aber der Vorwurf, der den Gemeinden und politischen Parteien oft sehr massiv gemacht wird, würde dann wegfallen. Ich glaube daher, daß man diesem Antrag nähertreten sollte.

Ich werde auch nochmals begründen, warum mir diese gewissen Organisationsmängel sehr bedenklich erscheinen. Gerade junge Menschen übersiedeln interessanterweise sehr oft. Wenn dieser junge Mensch einmal nicht zur Wahl gehen kann, wird er nie mehr wählen gehen. Ich könnte Ihnen die Äußerungen dieser jungen Wahlberechtigten mitteilen. Das wird sicherlich die Sozialistische Partei genau so treffen wie die Österreichische Volkspartei. Denn wenn man bisher gesagt hat, die Sozialistische Partei hat ihre Wähler besser organisiert, besser bei der Hand, sie kann sie auch noch richtig hineinreklamieren, so hat man ja vorige Woche gesehen, daß auch dieser Parteiapparat etwas brüchig zu werden beginnt. Ich glaube, das kann man hier in aller Ruhe feststellen. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Ich nehme den Zwischenruf „ein solcher Blödsinn“ entgegen, aber ich glaube, die Tatsachen haben doch bewiesen, daß das kein Blödsinn ist, daß auch der sozialistische Parteiapparat brüchig zu werden beginnt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte nochmals sagen: Man soll das nicht bagatellisieren. Sicherlich haben alle recht, die sagen: Während der Einspruchsfrist kann jeder nachschauen, ob er im Wählerverzeichnis ist, Sie wissen aber ganz genau, daß das die allerallerwenigsten tun.

Zum damaligen Antrag hat die Gemeinde Wien angeführt, daß dies vor allem auch deswegen abzulehnen wäre, weil die Kosten dieser Verständigung damals im Jahre 1970 in Wien rund 1½ Millionen Schilling betragen hätten. Ich glaube aber, daß uns das diese Summe wert sein müßte, um wirklich alle Wähler zu einer Wahl zu bringen, denn es wäre der furchtbarste Vorwurf, den man der Demokratie machen könnte, daß eine Wahl aus organisatorischen Gründen nicht ordnungsgemäß abläuft.

Es hat auch keinen Sinn, dann zu untersuchen, ob der Meldezettel bei der Polizei oder bei einer Magistratsabteilung liegengeblieben ist oder ob ihn die Datenverarbeitung nicht richtig verarbeitet hat. Ich möchte absolut nicht als Gegner der Datenverarbeitung aufscheinen, um nicht mißverstanden zu werden, denn selbstverständlich ist das ein zweck-

mäßiger Weg. Aber bei einer so großen Wählerzahl — immerhin sind es in Wien 1,240.000 — sind auch nur zwei Prozent, ich glaube, in dieser Höhe bewegt sich ungefähr die Quote der Wahlberechtigten, die dann nicht wählen können, nämlich zwischen 20.000 und 25.000, eine sehr große Anzahl, die uns allen zu denken geben könnte.

In diesem Sinne wollte ich diese Anregung hier vorbringen. Ich hoffe, daß sie auf fruchtbaren Boden fällt. Es war dies eine Gelegenheit, bei dieser Gesetzesnovelle, der wir zustimmen werden, auch Ihnen, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, das zur Kenntnis zu bringen, denn auch Sie sollten alles tun, um Wahlen in Wien wirklich so durchzuführen, daß alle Wahlberechtigten bei dieser Wahl auch erscheinen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. — Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen somit zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. — Kein Einwand.

Ich bitte somit jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

3. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über den Bericht des Bundeskanzlers (III-82 der Beilagen) betreffend Aufhebung des § 60 Abs. A der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages durch den Verfassungsgerichtshof (742 der Beilagen)

Präsident Dr. Maleta: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Aufhebung des § 60 Abs. A der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages durch den Verfassungsgerichtshof.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Gratz. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Gratz: Hohes Haus! Es handelt sich um das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, mit dem eine Bestimmung der

Graz

Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, wonach der Vorsitzende kein Stimmrecht besitzt, aufgehoben wurde.

Aus den Ausführungen des Verfassungsgerichtshofes läßt sich der Schluß ziehen, daß einerseits gegen § 66 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Geschäftsordnung des Nationalrates keine verfassungsrechtlichen Bedenken bestehen, andererseits aber eine dieser Bestimmung entsprechende Regelung der Geschäftsordnung nicht zwingend durch die Verfassung verlangt ist.

Ich stelle somit im Auftrag des Verfassungsausschusses den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundeskanzlers betreffend Aufhebung des § 60 Abs. A der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages durch den Verfassungsgerichtshof (III-82 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Präsident Dr. Maleta: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Gradinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Gradinger (ÖVP): Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Aus dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers an den Herrn Präsidenten des Hauses geht hervor, daß die Bundesregierung im November, genau gesagt am 29. November 1972, beim Verfassungsgerichtshof den Antrag gestellt hat, den § 60 Abs. A des Burgenländischen Landesgesetzes vom 25. April 1924 — ein sehr wichtiges Datum, das festgehalten werden soll — betreffend die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages gemäß Artikel 140 des Bundes-Verfassungsgesetzes als verfassungswidrig aufzuheben.

Nach der genannten Bestimmung stimmt der Präsident des Landtages, mit Ausnahme von Wahlen, niemals mit.

Am 23. März dieses Jahres wurde den Parteien des Verfahrens, also der Bundesregierung, das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 10. März 1973 zugestellt, aus dem hervorgeht, daß die angefochtene Bestimmung als verfassungswidrig aufgehoben wurde.

Ich darf gleich eingangs meiner kurzen Stellungnahme zu diesem Sachverhalt die Erklärung abgeben, daß dieses Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes von der Fraktion der Österreichischen Volkspartei selbstverständlich vollinhaltlich zur Kenntnis genommen wird. Der Rechtsstandpunkt ist ja vom Verfassungsgerichtshof in seiner Begründung einleuchtend dargelegt worden. Es soll auch nicht das in der Bundesverfassung verankerte Recht der Bundesregierung, beim Verfassungsgerichtshof Anträge auf Überprüfung von Landesgesetzen zu stellen, in Rede stehen. Ich

möchte aber doch einige mir wesentlich scheidende Umstände aus diesem Erkenntnis und seiner Begründung hervorheben.

Sehr bedeutend scheint mir der Umstand zu sein, daß der Verfassungsgerichtshof dem Antrag der Bundesregierung, den von mir zitierten Passus der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages als verfassungswidrig aufzuheben, nur aus formalen Gründen und nicht dem Inhalt nach nachgekommen ist. Dieser § 60 Abs. A der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages war 1924 nur durch ein einfaches Landesgesetz beschlossen worden und nicht in Form eines Landesverfassungsgesetzes gekleidet, wie es verfassungsrechtlich richtig gewesen wäre.

Im eingangs zitierten Erkenntnis sagt der Verfassungsgerichtshof auch, er könne nicht finden, daß der Ausschluß des Vorsitzenden eines Verfassungskörpers von der Teilnahme an den Abstimmungen an sich der Bundesverfassung widersprechen würde. Im gegenständlichen Fall ist aber der Passus der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages deswegen behoben worden, weil er in der Landesverfassung keine Deckung hatte. Vom Standpunkt der Bundesverfassung ist es jedoch eindeutig zulässig, führt der Verfassungsgerichtshof aus, den Vorsitzenden des Landtages von der Teilnahme an Abstimmungen, mit Ausnahme von Wahlen, auszuschließen. Es ist daher eben in der Berichterstattung zu vollem Recht festgestellt worden, daß dieses Erkenntnis keinerlei Konsequenzen für die Geschäftsordnung des Nationalrates — hier ist eine ähnliche Situation — aus verfassungsrechtlichen Gründen zur Folge hat.

Noch einmal wird in der Begründung auf den mir wesentlichen scheinenden Passus eingegangen. Art. 97 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes behält die materielle Regelung der Beschlußerfordernisse für einen Gesetzesbeschluß des Landtages dem Landesverfassungs-Gesetzgeber vor. Das heißt also: Wenn das Stimmrecht des Präsidenten des Landtages bei Abstimmungen ausgeschlossen sein soll, muß das landesverfassungsrechtlich normiert sein. Das wollte ich aus dem Inhalt des Erkenntnisses und seiner Begründung nochmals hervorgehoben haben.

Nun vielleicht noch eines dazu: den Hintergrund, warum es überhaupt dazu gekommen ist. Daß nämlich die Vorgangsweise und das Motiv, das die Bundesregierung zu diesem Schritt bewogen hat, mit den demokratischen Prinzipien in Einklang zu bringen ist, wenn heute der Bericht des Bundeskanzlers zur Kenntnis genommen werden soll, möchte ich in Zweifel stellen. Selbstverständlich werde

Ing. Gradinger

ich das auch begründen. Der bittere Beigeschmack liegt nämlich darin, daß der sozialistische Landeshauptmann Kery ohne Auftrag seines Kollegialorgans, der Burgenländischen Landesregierung, im Alleingang, via parteipolitischer Rohrpost sozusagen, beim Herrn Bundeskanzler interveniert und diesen zum erforderlichen Antrag der Bundesregierung bewogen hat. Im gegenständlichen Fall konnte nämlich außer den Höchstgerichten nur die Bundesregierung einen derartigen Antrag stellen.

So wie der Bundesverfassungsgesetzgeber die Funktion des Vorsitzenden als ein Pouvoir neutre vor Augen hatte, so wollte man sicherlich seinerzeit in den zwanziger Jahren auch im Burgenland einen Vorsitzenden haben, der bei Behandlung der Probleme über den Dingen steht. So war es Recht fast 50 Jahre lang, von 1924 bis heute, von allen Parteien und Gruppierungen respektiert.

Nun aber, nachdem die Landtagswahlen im Burgenland im Oktober 1972 für die SPÖ ungünstig ausgegangen sind — sie mußte auf Grund des Wahlergebnisses ein Mandat an die Freiheitlichen abgeben (*Abg. Peter: Zurückgeben!*); zurückgeben, besser gesagt —, stellte prompt einen Monat später, am 29. November 1972 — im Oktober war die Landtagswahl —, die Bundesregierung beim Verfassungsgerichtshof den Antrag, diesen Passus als verfassungswidrig aufzuheben. Das ist der bittere Beigeschmack, den ich hier im besonderen erwähnen wollte.

Damit sollte also, Hohes Haus, wenn man die Geschichte bis zum Ende durchdenkt, das Wahlergebnis der letzten burgenländischen Landtagswahlen, nach denen es ohne Stimmrecht — wie bisher — des Landtagspräsidenten bei 32 Abgeordneten 15 SPÖ, 15 ÖVP, 1 Mandat Freiheitliche stand, nicht anders als zugunsten der sozialistischen Fraktion korrigiert werden. Das ist mit Hilfe des eingeschlagenen Weges über den Verfassungsgerichtshof gelungen.

Wollte man hinter dieser Antragstellung der Bundesregierung die ehrliche Absicht nach Beseitigung von Mängeln und Fehlern in den Landesgesetzgebungen suchen, dann wäre man alsbald enttäuscht, denn es fiel nämlich sofort auf, daß allerlei andere landesgesetzliche Normen in gleicher Weise anfechtbar gewesen wären. Es finden sich sicherlich eine Reihe von Beispielen dafür.

Ich möchte als Konsequenz dessen doch die Feststellung treffen: Es kann in keiner Weise der Bevölkerung glaubhaft gemacht werden, daß eine nachträgliche Korrektur des Wahl-

ergebnisses durch diese Vorgangsweise mit den Grundsätzen der Demokratie in Einklang zu bringen ist. Eine solche Art und Weise erschüttert vielmehr meines Erachtens das Vertrauen der Bevölkerung in unseren demokratischen Einrichtungen!

Hohes Haus! Den Bericht über das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes nehmen wir zur Kenntnis. Wie es dazu kam, muß schärfstens verurteilt werden! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kohlmaier. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir behandeln derzeit eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, jenes Höchstgerichtes, das die Einhaltung der Normen der Bundesverfassung zu bewahren, zu beachten hat, das unsere Verfassung zu schützen hat.

Meine Damen und Herren! Nicht alles kann aber vom Verfassungsgerichtshof wahrgenommen werden, vor allem nicht das, was nicht einen Bruch der geschriebenen Verfassung bedeutet, sondern den Bruch der ebenfalls existierenden, ich möchte sie nennen: ungeschriebenen Verfassung, der Spielregeln unserer demokratischen Republik, jener Normen, denen wir uns als Demokraten unterwerfen und vor allem als Parlamentarier unterwerfen müssen. Ich glaube, daß dieser Tagesordnungspunkt einen Anlaß geben kann und geben soll, daß man sich auch einmal mit diesen ungeschriebenen Regeln der Verfassung und mit ihren Verletzungen befaßt.

Diese ungeschriebenen Regeln der Verfassung sind für das Funktionieren unserer Demokratie von besonderer Bedeutung, für das Vertrauen, das die Menschen in diesen Staat, in diese Demokratie und in diesen Parlamentarismus setzen können und, meine Damen und Herren, auch für den Respekt, den die Bevölkerung den Instanzen der Demokratie des Staates, des öffentlichen Lebens zollen sollen.

Zu diesen Spielregeln der ungeschriebenen Verfassung gehört auch das Gebot der Fairneß. Meine Damen und Herren! Es gehört dazu aber auch etwas weiteres, mit dem ich mich besonders auseinandersetzen möchte, nämlich den Grenzen der politischen Auseinandersetzung, den Grenzen für die Auseinandersetzung der politischen Kräfte in diesem Land.

Wir alle, meine Damen und Herren — ich bin überzeugt: in allen Fraktionen dieses Hauses —, sind der Auffassung, daß Auseinandersetzungen hart sein können, daß sie aber nicht verletzend sein sollen (*Abg. Ortner:*

Dr. Kohlmaier

Das sieht man in der Praxis!), daß Auseinandersetzungen scharf sein können, Herr Kollege, daß sie aber nicht herabsetzend sein sollen! (*Abg. Ortner: Ja, von Ihrer Seite!*) Auf diese Praxis werde ich eben zu sprechen kommen.

Meine Damen und Herren! In letzter Zeit sind diese Spielregeln auf eine Weise verletzt worden, zu der man als Parlamentarier nicht schweigen kann. Ich komme jetzt im besonderen auf einige Aussagen von maßgebenden Politikern Ihrer Seite zu sprechen. Sie haben es wahrscheinlich schon vorausgeahnt, worauf ich hinaus will. (*Abg. Dr. Fischer: Posthorn töne von gestern!*) Etwa auf die Äußerungen des Herrn Zentralsekretärs Marsch der Sozialistischen Partei Österreichs, der sich auf eine Weise mit Gewerkschaftern, die um ihre Rechte kämpfen, auseinandergesetzt hat, die einer großen Partei und die dem Zentralsekretär einer großen Partei nicht würdig ist.

Ich möchte in diesem Kreis noch einmal betonen, daß die um ihre Rechte kämpfenden Lehrer und Professoren auf Grund von einstimmigen gewerkschaftlichen Beschlüssen tätig geworden sind. Diese einstimmigen gewerkschaftlichen Beschlüsse sind auf eine Weise herabgesetzt worden, die, wie ich glaube, mit dem, was wir unter demokratischer Kritik verstehen, nicht mehr vereinbart werden kann.

Ich möchte mich hier auch mit der Äußerung des Herrn Finanzministers zum selben Anlaß auseinandersetzen, der diesem Kreis der öffentlich Bediensteten empfohlen hat, sie mögen eine Bürgerinitiative für Steuererhöhungen setzen, damit ihre berechtigten Forderungen abgedeckt werden können.

Das ist, meine Damen und Herren, eine Verhöhnung eines Berufsstandes und eine Verhöhnung kämpfender Gewerkschafter (*Zustimmung bei der ÖVP*) und nicht zuletzt eine Verhöhnung einer Einrichtung, die wir respektieren wollen, nämlich einer Einrichtung des Aktivwerdens von Bürgern.

Ich kann mir vorstellen, daß Sie zu Bürgerinitiativen keine besondere Zuneigung haben, meine Damen und Herren, aber Sie sollten diese Einrichtung nicht herabsetzen! (*Abg. Lanic: Wir waren aber die ersten, die das eingeführt haben!*)

Was mich besonders bewegt, ist eine Äußerung des Berichterstatters, der heute bei diesem Tagesordnungspunkt den Standpunkt des Verfassungsausschusses vorgetragen hat. Wenn wir den Zeitungsberichten Glauben schenken können, dann hat Herr Klubobmann Gratz auf einer Parteiveranstaltung der Sozialistischen Partei zum Ausdruck gebracht, die

Osterreichische Volkspartei denkt nur daran, wie sie den österreichischen Staat zertrümmern kann. (*Abg. Ortner: Das dürfte nicht richtig sein!*)

Meine Damen und Herren! Eine staatstragende Partei wie die Osterreichische Volkspartei, die am Aufbau dieses Staates und am rechtsstaatlichen Prinzip in diesem Land so maßgeblich mitgewirkt hat, diese Verfassung, diesen Staat, diese Republik und diese Demokratie immer respektiert hat (*Rufe bei der SPÖ: Immer nicht!*), braucht sich das auch von einem Herrn Gratz nicht sagen zu lassen! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Ortner: Das Wort „immer“ sollten Sie nicht gebrauchen!*)

Wir haben diesen Staat aufgebaut, mit anderen gemeinsam. Daß wir ihn nicht zertrümmern werden, ist wohl selbstverständlich. Im Gegenteil: Wir hoffen auf einen weiteren und auf einen besseren Aufbau dieses Staates, als er heute vonstatten geht! (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! An sich weiß ich — ich gehe davon aus —, daß jeder, der im politischen Leben beleidigt ist, schlecht beraten ist. — Wir sind auch nicht beleidigt durch Herrn Gratz. (*Abg. Libal: Das wissen wir aus eigener Erfahrung!*) Das können Sie uns glauben, meine Damen und Herren von der SPÖ, denn man kann nicht durch alles und durch jede Äußerung beleidigt werden. Aber Sie kam immerhin von sehr qualifizierter Seite, das heißt von einem Klubobmann, von einem geschäftsführenden Klubobmann.

Wir glauben eher, daß sich solche Äußerungen selbst richten, daß sie von der Öffentlichkeit nicht anerkannt, sondern eher verurteilt werden. Wir wissen, daß die österreichische Bevölkerung ein sehr gutes Gefühl dafür hat, wo die Grenzen liegen, die man in der politischen Kritik und in der Auseinandersetzung beachten muß.

Wir bedauern nur, daß Sie, meine Damen und Herren, offenbar auf Grund von Schwierigkeiten, die Sie zunehmend haben, sich auf ein politisches Niveau begeben, auf dem wir Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, nicht mehr begleiten können und nicht mehr begleiten wollen! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Wenn wir heute vom Schutz der Verfassung sprechen, dann möchte ich hier auch dafür plädieren, daß wir als Parlament und als Politiker die notwendige Achtung vor dem Souverän, also vor dem österreichischen Volk, an den Tag legen. Wir als Osterreichische Volks-

Dr. Kohlmaier

partei gehen davon aus, daß jede demokratische Entscheidung der Bevölkerung bedingungslos zu akzeptieren ist. Ich möchte sogar so weit gehen und sagen: Der Souverän, das heißt das Volk, irrt nicht und irrt nie bei einer demokratischen Entscheidung!

Wir haben in letzter Zeit aber bei Ihnen Äußerungen wahrgenommen, die uns befürchten lassen, daß Sie Volksentscheidungen nur dann zur Kenntnis nehmen und respektieren, wenn sie mit Ihrer politischen Auffassung übereinstimmen. Das zeigt einen mangelnden Respekt vor dem Volk, das Sie hier zu vertreten haben, meine Damen und Herren! (*Abg. Lanc: Das sagen Sie nach dem Sonntag?*) Jawohl, das sage ich gerade nach diesem Sonntag, denn Ihr Zentralorgan, Herr Kollege Lanc, hat von Manipulation der Massen gesprochen. — Die Masse läßt sich nicht manipulieren! Die Masse entscheidet demokratisch! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPO.*)

Oder wollen Sie vielleicht glauben, daß alle diejenigen Staatsbürger, alle diejenigen Wiener, die ihre Stimme abgegeben haben, das nur auf Grund einer Manipulation gemacht haben? Setzen Sie doch nicht die Wähler herab! (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Lanc: Sie haben von den Konsequenzen der Sozialisten gesprochen! — Weitere anhaltende Zwischenrufe bei der SPO. — Präsident Dr. Malleta gibt das Glockenzeichen.*)

Die Konsequenz lautet so, daß man von Manipulation spricht und daß man sagt: Es ist wie ein falsches Geschwornenurteil! Wir kennen doch die ganzen Stimmen — das zieht sich doch schon die ganze Zeit durch —: Wenn die Wähler nicht so entscheiden, wie es Ihnen paßt, sind irgendwelche Massenmedien oder ist sonst jemand schuld, nur Sie selbst nicht! Sie suchen die Schuld nicht bei sich selbst. Machen Sie nur weiter so, meine Damen und Herren, Sie werden sehen, wo Sie hinkommen werden! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der wohl eklatanteste Fall in dieser Herabsetzung der Bevölkerung ist von Seite des Herrn Justizministers Broda in letzter Zeit geschehen. Wenn wir den Zeitungsberichten glauben können — ich muß das wieder vorausschicken; vielleicht distanziert sich der Herr Justizminister davon; oder er macht ein Dementi —, hat der Herr Justizminister Broda gesagt: Ich bin für eine weitgehende Öffnung der österreichischen Gefängnisse, auch wenn die Bevölkerung dafür noch nicht reif ist.

Meine Damen und Herren! Wo nimmt Herr Broda die Anmaßung her, sich selbst für reifer zu halten als die österreichische Bevölkerung?

Was heißt das: Die österreichische Bevölkerung ist nicht reif? — Diese Bevölkerung ist reif! Das muß auch Herr Minister Broda zur Kenntnis nehmen! Und diese Bevölkerung ist nicht für die Öffnung der Gefängnisse! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Welche verfassungsrechtlichen Gesichtspunkte hat Herr Minister Broda überhaupt noch im Auge, wenn er auf Grund irgendwelcher sozialistischer oder sonstiger Eingebungen glaubt, die Bevölkerung belehren zu müssen, daß man Rechtsbrecher wohl frei herumlaufen lassen kann, aber nicht in Gefängnissen halten muß?

Manchmal hat man wirklich den Eindruck, daß sich ein Ausmaß an Überheblichkeit und Anmaßung in Ihrer Partei breit macht, das die wahre Ursache der Enttäuschungen ist, die Sie in letzter Zeit haben hinnehmen müssen. Aber das ist wohl Ihre Angelegenheit. (*Abg. Ortner: Typische Verunsicherung!*)

Meine Damen und Herren! Ich sage noch einmal: Broda soll dementieren! Oder er soll vor die österreichische Öffentlichkeit hintreten und direkt das sagen, was er hier gesagt hat: Ihr seid nicht reif!

Ich sage Ihnen aber, wer hier reif ist. Reif ist der Herr Justizminister Broda, daß er aus einer solchen Herabsetzung der österreichischen Bevölkerung die Konsequenzen zieht. Und überreif ist diese Bundesregierung! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Fachleutner: Zurücktreten! Abtreten!*)

Ich bin nur von einem überzeugt: Alle diese Exzesse von Marsch, Gratz und Broda, dieses Herabsetzen des politischen Gegners (*Abg. Libal: Sie haben das nie gemacht!*), dieses Herabsetzen der Bevölkerung — alles das, meine Damen und Herren, spielt sich sozusagen in der zweiten Ebene ab. Der Herr Bundeskanzler wird sich, wenn es darauf ankommt, wie er es in letzter Zeit öfters macht, entsprechend — ich darf dieses Wort hier verwenden — zurückziehen. Er arbeitet immer öfter damit, zu bestimmten Veranstaltungen nicht zu erscheinen oder zunächst nicht zu erscheinen oder diese oder jene Äußerung nicht entsprechend zu decken.

Wir müssen aber eines feststellen: Diese Äußerungen von sozialistischen Politikern sind unter einem Kanzler, Parteiobmann und Klubobmann Kreisky erfolgt. Wir sind daran interessiert, einmal auch von diesem Parteiobmann, Bundeskanzler und Klubobmann zu erfahren, wie er zu dieser demokratischen Gesinnung seiner Genossen steht. (*Abg. Fachleutner: Wo ist er denn?*) Denn er selbst hat eine Regierungserklärung hier im

Dr. Kohlmaier

Hause verlesen, in der er ausdrücklich gesagt hat, daß sich die Regierung, das heißt wohl auch die Abgeordneten der Regierungspartei, der demokratischen Kontrolle bereitwillig unterwerfen wird. Von dieser Unterwerfung merken wir nichts! Man hat eher den Eindruck, sie erwarten sich ...

Präsident Dr. **Maleta** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich darf jetzt einen Moment den Redner unterbrechen und um Aufmerksamkeit bitten. Ich habe heute die Diskussion an einer „sehr langen Leine“ gelassen, aber ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß der Zusammenhang mit dem Burgenländischen Landtag schon sehr lose ist und daß ich dann dieselbe — sagen wir — „lange Leine“ auch bei den nachfolgenden Rednern objektiverweise zulassen muß.

Ich bitte, sich das ... (*Abg. Peter: Und bei anderen Tagesordnungspunkten, Herr Präsident! — Unruhe.*) Herr Abgeordneter Peter! (*Neuerliche Unruhe.*)

Bitte lassen Sie mich sprechen. Ich weiß, daß wir die Tradition haben, bei allen Tagesordnungspunkten das Thema sehr extensiv auszulegen. Wenn es dem einen gestattet wird, wird es auch bei dem anderen gestattet. Ich habe mir als Präsident gestattet, darauf hinzuweisen.

Ich bitte jetzt den Redner, fortzusetzen.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier** (*fortsetzend*): Herr Präsident! Ich danke.

Ich möchte zum Abschluß meiner Ausführungen noch einmal auf den Beginn zurückkommen und darauf hinweisen, daß wir — wie Kollege Gradinger ausgeführt hat — als Fraktion der Österreichischen Volkspartei jederzeit bereit sind, Entscheidungen der Höchstgerichte hinzunehmen. Wir sind aber ... (*Rufe bei der SPÖ: Müssen!*) Jawohl, meine Herren! Ich weiß, daß wir es auch „müssen“. Sie können sicher sein, meine Herren, aus den Reihen der ÖVP werden Sie ein Wort wie „Justizputsch“ niemals hören. Das können wir unterstreichen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Jawohl! Sie haben mit Ihren Zwischenrufen recht: Wir müssen es zur Kenntnis nehmen. Wir machen es aber nicht nur, weil wir müssen, sondern weil wir Respekt vor den Entscheidungen des Höchstgerichtes haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir fordern Sie aber in diesem Zusammenhang auf: Zeigen Sie diesen Respekt nicht nur vor dem Verfassungsgerichtshof, zeigen Sie ihn auch vor den Spielregeln der Demokratie, die Spitzenpolitiker von Ihnen verletzt haben, und zeigen Sie diesen Respekt auch

vor dem Souverän, dem wir zu dienen haben, dem österreichischen Volk, und zwar auch dann, wenn es Ihnen nicht mehr in jedem Punkt recht gibt, sondern Ihnen gegenüber zunehmend kritisch eingestellt ist! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Heinz Fischer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Heinz Fischer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei hat soeben vielfach auf Zeitungsmeldungen Bezug genommen. Ich habe gestern eine Zeitungsmeldung gelesen, wonach die Österreichische Volkspartei die Absicht hatte, bestimmte Sachverhalte, die ihr nicht passen, zum Gegenstand einer dringlichen Anfrage zu machen. Diese dringliche Anfrage ist nicht eingebracht worden.

Was tut ein Generalsekretär, wenn er wieder einmal übrigbleibt, wenn er sich in seiner Fraktion nicht durchsetzen kann? Er nimmt die Vorlage III-82 der Beilagen: Bericht des Bundeskanzlers betreffend Aufhebung des § 60 Abs. A der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages durch den Verfassungsgerichtshof, zum Anlaß, um das zu sagen, was ihm seine Fraktion offensichtlich nicht im Zuge einer dringlichen Anfrage zu sagen erlaubt hat. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Der Herr Präsident hat schon darauf hingewiesen, daß es einer „sehr langen Leine“ bedarf, um das bei diesem Tagesordnungspunkt unterzubringen, was der Herr Generalsekretär Kohlmaier eben zum besten gegeben hat. Es ist naturgemäß, daß man darauf entsprechend antworten muß und auch antworten kann.

Die Bevölkerung ist reif für politische Entscheidungen. — Da gehen wir völlig konform! Die Deutlichkeit, mit der die österreichische Bevölkerung zweimal hintereinander, 1970 und 1971, diese abgewirtschaftete ÖVP in Pension geschickt hat, hat nichts zu wünschen übrig gelassen. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Bauer: Bissel eine ältere Walze!*)

Wenn der Herr Generalsekretär Kohlmaier meint, daß das schon lange her sei, dann muß ich sagen: Als aufmerksamer Leser von ÖVP-Enunziationen habe ich mir jetzt das rasch bringen lassen, was der Herr Generalsekretär vor wenigen Tagen am 19. und 20. Mai bei der Interparty-Konferenz in Luxemburg gesagt hat (*Abg. Libal: Genau!*): daß der Elan der Christlich-Demokratischen

Dr. Heinz Fischer

und konservativen Parteien — die ÖVP zähle ich zu den konservativen Parteien — zur Aufdeckung der neuen Bedürfnisse des Menschen nachgelassen habe, daß sie — die ÖVP — erstarrt sei und daher nicht mehr in der Lage ist, sich neuen Gegebenheiten schnell anzupassen. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Der Herr Generalsekretär Kohlmaier gibt aber die richtigen Analysen von der ÖVP leider nur im Ausland. Daher müssen wir sie im Inland geben, damit sie auch der österreichischen Bevölkerung entsprechend bekannt werden. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Was tut die pragmatisch erstarrte, mit den neuen Gegebenheiten nicht mehr fertig werdende Österreichische Volkspartei? Sie verleumdet immer wieder und unterstellt immer wieder der Sozialistischen Partei Dinge, wie das etwa der Herr Abgeordnete Mitterer, der heute nicht da ist, mit dem „parakommunistischen Weg“ getan hat, wie es der Herr Parteiboss Schleinzler mit dem „jugoslawischen Weg“ tut et cetera. *(Abg. Hahn: Was der Herr Zentralsekretär Marsch über den ÖAAB sagt, das ist viel ärger!)* Der Herr Zentralsekretär Marsch hat eine Äußerung getan, die den Herrn Abgeordneten Hahn sehr aufregt. *(Abg. Hahn: Jawohl!)*

Jetzt frage ich den Herrn Abgeordneten Hahn, warum ihn nicht aufregt, was der Abgeordnete Dr. Prader in der „Wochenpresse“ — Sie werden ja die Äußerungen Ihres Kollegen gelesen haben —, Nr. 29, vom 20. Juli 1966 gesagt hat. Das ist nicht nur dem Abgeordneten Marsch bekannt, sondern das sollte auch Ihnen bekannt sein. *(Abg. Dr. Koren: Neuere Unterlagen stehen Ihnen nicht zur Verfügung, Herr Dr. Fischer?)* Wollen Sie Dr. Prader desavouieren? *(Abg. Dr. Koren: Nein!)* Aha! Dann lassen Sie mich also zitieren! *(Abg. Dr. Koren: Wir reden von voriger Woche!)*

Prader wörtlich: „Ich habe jenen ÖVP-Flaschen“ — so Prader wörtlich — „nie besonderes Wohlwollen entgegengebracht, die nur treu und altgedient sind. Auch jenen gegenüber nicht, die nur aus Opportunität zum ÖAAB gekommen sind“.

Was er damit meint, hat nicht nur für den ÖAAB, sondern auch für die ÖVP einige Bedeutung: „Unter uns“ — dem ÖAAB — „sind auch zahlreiche Kommunisten.“ So Prader. *(Abg. Dr. Blenk: Bei Ihnen nicht?)* „Es ist zum Weinen, aber der ÖAAB ist zum Teil kommunistisch unterwandert.“

Kollege Hahn! Warum schimpfen Sie nicht mit dem Dr. Prader? Warum schimpfen Sie mit dem Abgeordneten Marsch? *(Zustimmung*

bei der SPÖ. — Abg. Hahn: Der Prader wird das schon beantworten! — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.) Gut! Der Kollege Prader soll uns das erklären.

Präsident Dr. Maleta *(neuerlich das Glockenzeichen gebend)*: Vielleicht tritt wieder eine gewisse Beruhigung ein!

Abgeordneter Dr. Heinz Fischer *(fortsetzend)*: Ich bin sehr dafür, daß der Kollege Prader von diesem Pult aus beurteilt und aussagt, was er heute zu jenen Personen zu sagen hat, die er damals als „ÖAAB-Flaschen“ bezeichnet hat. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Vielleicht ergeben sich daraus einige Klarstellungen. Ich habe gar nichts dagegen. Ich habe auch nichts dagegen, daß man das beim Tagesordnungspunkt: Bericht über die burgenländische Geschäftsordnung, tut.

Meine Damen und Herren! Es ist auch eine wirkliche Unterstellung — und wenn Sie diese Diskussion haben wollen, wir führen sie gerne; es können sich ja weitere Kollegen meiner Fraktion melden —, wenn Sie behaupten, daß die sozialistische Regierung oder die Sozialistische Partei Volksentscheidungen nur dann zur Kenntnis nimmt, wenn es ihr paßt.

Tatsache ist einmal — wenn ich mit dem Aufzählen beginne, aber ich werde es nicht lange tun, das sollen noch meine Freunde tun —: In Vorarlberg, zum Beispiel bei der Autobahntrasse in Bregenz, haben Sie die Bevölkerungsmeinung aber schon überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Daß die verantwortlichen Funktionäre und Mandatäre erklärt haben, daß sie die Entscheidung der vergangenen Woche, die am Samstag bekanntgeworden ist, selbstverständlich zur Kenntnis nehmen, daran gibt es nichts zu deuteln. Daß man aber nachträglich jene Leute, die ja auch nicht wenige sind, die sich in dieser Frage, wo die Alternative Ja und die Alternative Nein zur Wahl gestanden ist, mit Ja entschieden haben, daß man diese Leute nun pauschal als — ich weiß nicht — „Baummörder“, „Grünlandzerstörer“ et cetera bezeichnet, wie das der Herr Abgeordnete Hahn in einem Offenen Brief an den Bundeskanzler getan hat, das sollte man sich sehr gut überlegen; denn in der Demokratie gibt es nicht nur eine Mehrheit, sondern in der Demokratie gibt es — darauf müßten gerade Sie sorgfältig achten als momentane und, wie ich glaube, noch einige Zeit Minderheit in diesem Land — auch eine Minderheit. Und auch die Minderheit soll man nicht verunglimpfen, auch die Minderheit soll man ernst nehmen. *(Zwischenrufe bei der*

Dr. Heinz Fischer

QVP. — Ruf bei der ÖVP: Merken Sie sich das!)

Ich habe Ihnen hier vor einiger Zeit in einer Parlamentsrede sehr viele Beispiele — so viele eben in den 20 Minuten Redezeit bei einer Dringlichen Anfrage Platz haben — über den Unterschied dargelegt, wie die jeweilige Mehrheit zu den Minderheitsrechten stand beziehungsweise steht in der Zeit von 1966 bis 1970 und in der Zeit seit 1970. Kein einziger Redner von Ihnen hat auf diese Fakten und auf diese Beispiele geantwortet, weil es eben nachweisbar ist — es gibt ja ein stenographisches Protokoll —, wie wenig Sie als Mehrheitspartei Minderheitsrechte in diesem Haus geachtet haben und wie oft und wie sehr Sie sich über solche Minderheitsrechte hinweggesetzt haben. Daher soll man mit solchen Feststellungen, mit solchen Äußerungen vorsichtig sein.

Und noch etwas, Kollege Kohlmaier, wenn Sie von Fairneß sprechen: das paßt ja eigentlich, wie wir schon übereinstimmend festgestellt haben, zu dem Punkt, der jetzt verhandelt wird, ebensowenig wie zu allen anderen Punkten, die heute auf der Tagesordnung stehen. Nur mit einer Variante: daß der Klubobmann Gratz, den Sie zitiert haben und den Sie angegriffen haben, heute und bei diesem Punkt zum ersten Mal in dieser Gesetzgebungsperiode als Berichterstatter fungiert. Wenn man also von Fairneß spricht, dann hätte man sich einen Punkt aussuchen können — ich glaube, es wäre Ihnen möglich gewesen —, bei dem Kollege Gratz auch an der Debatte teilnehmen kann. Aber von Fairneß redet es sich natürlich leichter, als daß man fair handelt. *(Ruf bei der ÖVP: Kann er ja!)* Als Berichterstatter kann er es nicht. *(Ruf bei der ÖVP: Natürlich! Warum nicht?)*

Ich komme schon zum Schluß, meine Damen und Herren. Bei den Ausführungen des Abgeordneten Gradinger, der ja eigentlich die heutige Debatte eingeleitet hat, muß man nur eines, glaube ich, richtigstellen: Er hat davon gesprochen, daß eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes als Korrektur zugunsten der sozialistischen Landesregierung verstanden werden soll. Ich würde dem Kollegen Gradinger dringend empfehlen, ein für allemal von der Tatsache auszugehen, daß die Herstellung eines verfassungsmäßigen Zustandes — und darum handelt es sich bei dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes —, wem immer es paßt und wem immer das nicht paßt, und wem immer das nützt und wem immer das nicht nützt, nicht mit dieser parteipolitischen Brille der Korrektur zugun-

sten einer bestimmten Regierung gesehen werden soll. Es gibt Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes, die Ihnen mehr Freude bereiten als uns, und es gibt solche, die uns mehr Freude bereiten als Ihnen. Aber mit diesem kleinlichen Maßstab an Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes heranzugehen, das lassen wir gerne dieser ÖVP, die sich sonst so gerne als Hüter des Richterstaates oder des Rechtsstaates aufspielen will. *(Beifall bei der SPO.)*

Generalsekretär Kohlmaier hat immer wieder von einer fairen politischen Auseinandersetzung et cetera — hart aber fair — gesprochen. Wenn diese Debatte fortgesetzt wird, werden wir viele, viele Beispiele dafür anführen, daß Sie diesen Grundsatz, den Sie verbal aufstellen, in der politischen Praxis, in der Ausdrucksweise Ihrer Funktionäre, in der Art Ihrer Angriffe auf die Regierung tagtäglich mit Füßen treten. Das werden wir Ihnen nachweisen! *(Beifall bei der SPO. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Ermacora. *(Rufe bei der SPO: Oje!)*

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte meine Ausführungen mit der Feststellung beginnen, daß der Herr Bundeskanzler vielleicht einen vierten Staatssekretär braucht, damit dieser bei der Debatte über einen Bericht, der sein Ressort betrifft, hier auf der Regierungsbank Platz nehmen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Dr. Fischer! Auf Ihre Dialektik will ich nicht weiter eingehen, sondern will vielmehr die Dinge wieder in das Lot bringen, das im Zusammenhalt mit dem Bericht III-82 herzustellen ist.

Wenn Sie jetzt gesagt haben, Herr Doktor Fischer, daß der Herr Abgeordnete Kohlmaier etwas zum besten gegeben habe, so möchte ich sagen, er hat Wahrheiten über das Demokratieverständnis zum besten gegeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte an den Grundgedanken anknüpfen, der in dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, über das hier berichtet wird, zum Ausdruck gebracht wird. Darf ich vielleicht diese kurze Passage vorlesen. Er hat erklärt, daß auf Grund der geschichtlichen Entwicklung der Verfassungsgerichtshof zu dem Ergebnis kommt, eine Regelung, wonach der Vorsitzende eines allgemeinen Vertretungskörpers mit Ausnahme von Wahlen niemals mitstimmt, verstoße nicht gegen das Verständnis, das der Bundesverfassungsgesetzgeber für die erwähnten Prinzipien habe. Hin-

Dr. Ermacora

ter einer derartigen Bestimmung stehe offenbar die Auffassung, daß der Vorsitzende im Hause, nach dem Prinzip der Verhältniswahl gewählter Abgeordneter als *Pouvoir neutre* die Verhandlungen des Hauses führen soll. Das heißt, es wird in diesem Erkenntnis festgestellt, welche Funktion der Präsident des Hauses, sei es des Landtages oder Nationalrates, haben soll.

Hier möchte ich aber sofort an das Demokratieverständnis anknüpfen und möchte Sie auf die beiden Anfragebeantwortungen aufmerksam machen, die von diesem Hause aus gestellt wurden. Die eine Anfragebeantwortung, die sich auf die Problematik der Besetzung des Verfassungsgerichtshofes bezog und nach der der Herr Präsident des Hauses mit dem Herrn Bundespräsidenten gesprochen hatte und dann in einer relativ sehr knapp gefaßten Äußerung diese Anfragebeantwortung beantwortet hat; eine Äußerung, die nach meiner Meinung nicht unbedingt den richtigen Ton und den richtigen Gehalt gefunden hat.

Zweitens möchte ich herausstellen: Auch die Anfragebeantwortung in bezug auf die Frage des Krankenpflegegesetzes war nach meiner Meinung nicht befriedigend, und man wird sich wahrscheinlich bei der Lektüre dieser Antwort gefragt haben, wie nun die Stellung des Präsidenten in bezug auf diese Frage in Wahrheit zu beurteilen ist.

Das sind Probleme des Demokratieverständnisses, Herr Dr. Fischer. Ich könnte natürlich hier gerade in bezug auf Ihre Ausführungen weiterfahren. Ich würde sagen, es gehört mit zum Demokratieverständnis in diesem Hause die Frage der zeitlichen Begrenzungen der Ausschlußberatungen, es gehört das Problem der Fristsetzungen dazu, es gehört dazu insbesondere das sich nun jährende Problem des Kärntner Ortstafelgesetzes, das so blamabel, möchte ich sagen, für Ihre Fraktion ausgegangen ist. Ich möchte, was das Demokratieverständnis angeht, aufmerksam machen auf die verschiedenen Tagesbefehle und Anordnungen im Schoße des Bundesministeriums für Landesverteidigung, wo Sie die verschiedenen Maulkorberlässe hatten. Ist das ein Problem des Demokratieverständnisses?

Ich möchte weiter feststellen, daß der Herr Bundeskanzler — auch das scheint mir zum Demokratieverständnis zu gehören — zu den Bauernführern von „poujadistischen Methoden“ gesprochen hat. Ich glaube, alles das wirkt sehr wohl in dem Gesamtbild des Demokratieverständnisses.

Hier ist insbesondere noch die Frage herauszustellen, die sich mit der Publikation der

Ergebnisse über die Pyhrnautobahn herausgestellt haben. Es wurde in der „Sozialistischen Korrespondenz“ ausgeführt, daß die vollständigen Ergebnisse dieser Meinungsbefragung voraussichtlich nicht veröffentlicht werden, obwohl der Herr Bundeskanzler zuvor erklärt hatte, daß diese Ausführungen veröffentlicht werden sollen.

All das, meine Damen und Herren, steht in engstem Zusammenhang mit dem auf das Problem der Demokratie abgestellten Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes und liegt keineswegs außerhalb dieser Thematik. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Prader.

Abgeordneter Dr. Prader (ÖVP): Ich freue mich, daß der Herr Abgeordnete Dr. Fischer im Hause ist. Er hat ja bestimmt ein Talent, gewisse spektakuläre oder ihm spektakulär erscheinende Dinge in einem völlig unpassenden Zusammenhang wirkungsvoll zur Darstellung zu bringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Dr. Fischer hat in Dokumentationen gearbeitet. Nur muß man, um Zeitgeschichte zu verstehen, auch die Ereignisse und die Begebenheiten mit ins Kalkül ziehen und darstellen, unter denen gewisse Aussagen gemacht wurden. Hier darf ich Ihnen, lieber Herr Abgeordneter Dr. Fischer, einen zeitgeschichtlichen Nachhilfeunterricht erteilen.

Zu den Äußerungen, die ich gemacht habe, stehe ich. Aber sie sind unter völlig anderen Gegebenheiten gemacht worden. Ich habe damals in einem Gespräch sehr offen dargelegt: Das hat sich auf die Zeit bezogen, die der ÖAAB sowohl als auch die Sozialistische Partei bewältigen mußte, nämlich die Zeit des Überganges von der sowjetischen Besatzungszeit in jene Zeit, in der Österreich frei wurde. Ich habe damals . . . (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Das ist ja fürchterlich, wenn Sie sich bei dieser Darstellung jetzt schon aufregen. Was werden Sie erst dann bei dem tun, was ich leider noch sagen muß? (*Heiterkeit.*)

Und da haben sich gewisse auch politische Zeiterscheinungen ergeben. Es ist gar kein Geheimnis, daß damals auch verschiedene Kommunisten, die damals sehr stark in den SMV-Betrieben tätig waren, versucht haben, die demokratischen Kräfte zu unterwandern. Das stimmt, und auch dem ÖAAB ist es so ergangen. Nur habe ich dazu gesagt, daß wir diese Gefahr sofort erkannt und gebannt haben und daß sich sehr bald der Weizen vom Spreu gesondert hat.

6832

Nationalrat XIII. GP — 74. Sitzung — 30. Mai 1973

Dr. Prader

Das war eine der vielen Bewährungsproben, die der ÖAAB damals zu bestehen hatte und wie er heute eine — und hier ist eine gewisse Analogie — zu bestehen hat, weil er sich angesichts der sozialistischen Regierung nunmehr als echte unabhängige Arbeitnehmerbewegung zu bewähren hat, weil Sie jetzt Bindungen haben, die man etwa so ausdrücken kann: Wenn nun Forderungen in der Dienstnehmerschaft dieser oder jener Kategorie vorhanden sind: Ja, darf man denn das, wo jetzt eine sozialistische Regierung da ist? (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das ist doch nunmehr etwas ganz anderes! Das ist das Kernproblem. Und hier haben wir die gleiche Linie bewahrt, damals wie heute. Das ist Gegenstand einer echten Demokratie-debatte.

Sie werden uns daher als Opposition in diesem Haus gestatten müssen — ohne jetzt die Frage zu stellen: Ja, darf man denn das? —, zu fragen, wie Sie sich in unserer Schau gegenwärtig als Regierung verhalten, wie Sie als Regierung jetzt agieren im Gegensatz zu den Aussagen und Handlungen, die Sie in der Zeit der Opposition gesetzt haben, und wie diese gegenwärtige Regierung ihr Demokratieverständnis unter Beweis oder nicht unter Beweis stellt. (*Abg. Ing. Häuser: Da müssen Sie sich selbst in den Spiegel schauen!*)

Der Herr Vizekanzler Häuser ist auch einer jener, der zur Kategorie gehört: Ja, darf man denn das? Was fällt euch denn ein? (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Herr Vizekanzler! Wir dürfen nicht nur, sondern wir müssen als Opposition in diesem Haus diese verpflichtende Aufgabe in einer Demokratie wahrnehmen: diese Dinge zu untersuchen, zu prüfen, sie darzustellen und auch schonungslos zu analysieren.

Unter „schonungslos“ verstehe ich nicht „beleidigend“. Und das ist schon wieder einer jener nuancierten Unterschiede, wo wir vielleicht nicht ganz auf einer Linie liegen.

Ich persönlich habe immer sehr auseinandergelassen den Einsatz gegen eine gesellschaftspolitische Auffassung, die wir nicht für richtig halten, abgesetzt vom Einsatz gegenüber Menschen und Trägern, die eben diese oder jene Auffassung vertreten.

Denken Sie zurück! Das war, von Ihrer Seite aus gesehen, nicht immer so, daß das immer und stets auch Ihr Standpunkt gewesen wäre. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte mich aber an diese Maxime sehr deutlich halten. Es ist für uns, meine Herren von der Sozialistischen Partei, schwer ver-

ständig, daß Personalvertreter nunmehr nicht mehr jene sind, die die Interessen ihrer Kollegen zu vertreten haben, sondern jetzt jene sein sollen, die die Interessen der Regierung zu vertreten haben. Das ist ja der Unterschied, um den es uns geht. Es gibt in der Demokratie Österreich — Gott sei es geklagt — Personalvertreter, die nicht Ihrer Partei angehören. Ja, ist denn das möglich, darf man denn das überhaupt? Da steht schon wieder dazwischen, daß Sie diese Aufgaben wahrnehmen.

Ich erinnere an die Attacken, die Sie gegen den Obmann der Zentralpersonalvertretung beim Bundesheer gerichtet haben und daran, wie Sie diese Aktionen als politische Aktionen abzuqualifizieren versucht haben, weil dort einer, der eben mit der Interessenvertretung seiner Kollegen beauftragt ist, gesagt hat: Hier treten gewaltige Veränderungen in diesem Ressortbereich ein; das hat natürlich Rückwirkungen und Folgen auch auf die dienstrechtliche Stellung, auf das Fortkommen, auf die berufliche Entwicklung! Wir müssen uns daher darum annehmen, daß dabei nicht die Menschen in diesem Ressort, die uns zu ihrer Vertretung berufen haben, unter die Räder oder zu Schaden kommen.

Was soll denn ein Personalvertreter überhaupt anderes machen, wenn das nicht eine entscheidende und bedeutungsvolle Aufgabe für ihn wäre?

Aber das war eine „politische Aktion“ und nicht eine Aktion, die im Interesse der Dienstnehmer dort von den gewählten Dienstnehmerschaftsvertretern durchgeführt wurde.

Darum geht es!

Und jetzt plötzlich bei den Lehrern. Ich will jetzt gar nicht über das Ausmaß der Forderungen reden, über Berechtigung oder Nichtberechtigung. Hier sind die Standpunkte immer sehr verschieden gewesen, je nachdem, von welcher Seite man das betrachtet. Vor allem sind die Forderungen immer ungerechtfertigt nach der Meinung derer, die zahlen müssen: Das sind im Augenblick Sie, spricht die Regierung.

Damals, als Sie nicht in der Regierung waren, waren solche Forderungen sehr berechtigt, weil ein anderer zahlen hat müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das sind ja die ungleichen Maßstäbe, die Sie anlegen. Und dieses Prinzip akzeptieren wir nicht!

Man muß in jeder Position, wo man ist, die gleiche Geisteshaltung und Einstellung an den Tag legen und nicht aus der jeweiligen Opportunität heraus sprechen, wie es einem gerade paßt, so wie beim Wahlrecht: Jetzt

Dr. Prader

braucht man eine Änderung, damit man besser zur Mehrheit kommt. (*Abg. Doktor Fischer: Haben Sie etwas gegen das Wahlrecht, so wie es jetzt existiert?*)

Gegen das von Ihnen beschlossene Wahlrecht haben wir etwas. Wir haben ja hier dagegen gestimmt, das dürfte Ihnen ja bekannt sein. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir haben damals sehr ausdrücklich motiviert, warum wir gegen dieses Wahlrecht stimmen. Sie, Herr Kollege Dr. Fischer, wissen genauso gut wie ich, vielleicht sogar noch besser, daß es zu Ihrem Segen gewesen wäre, wenn das alte Wahlrecht geblieben wäre, weil Sie dann mandatsmäßig heute viel stärker in diesem Haus sitzen würden. Daher meinen wir, daß man gewisse Dinge nicht nur nach der augenblicklichen Opportunität zu beurteilen hat, sondern daß es gewisse statische Momente in einer Demokratie geben muß, die nur einvernehmlich, wenn eine Änderung möglich ist, mit allen politischen Kräften verändert werden können. Das gehört zu jenen ungeschriebenen Gesetzen, die der Herr Generalsekretär der Volkspartei Dr. Kohlmaier hier gemeint hat. Sehen Sie, das sind die Belange, um die es uns geht.

Aber jetzt bei den Lehrern ist es plötzlich ganz etwas anderes; ja, die streiken. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Ihre haben mitgetan, weil sie sonst ganz unmöglich gewesen wären; dann wurden sie diskreditiert und jetzt beginnt man, sie in systematischer Einzelbearbeitung zurückzupfeifen. Das nennen Sie eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung? Ich weiß nicht, von wem Sie, wenn Sie diese Auffassung predigen, unabhängig sein wollen. Oder der Bundeskanzler sagt: Dann wird eben denjenigen nichts mehr bezahlt, er hat das nicht mit diesen Worten gesagt, er sagte: Man wird das „prüfen“, aber so mit dem Zeigefinger (*Abg. Dr. Prader macht mit dem Zeigefinger eine drohende Bewegung — Heiterkeit bei der ÖVP*): Du wirst schon sehen! Du wirst schon sehen! — Das halten wir für keine demokratische Methodel

Ich kann es ruhig sagen, ich war in vielen Belangen couragiert, aber wenn das während der ÖVP-Zeit passiert wäre und wenn ein Bundeskanzler der ÖVP damals gesagt hätte: Dann werden wir bei einer Aktion der öffentlich Bediensteten — sprich Streik — denen, die mitmachen, während der Zeit des Streiks das Gehalt streichen!, Herr Gewerkschaftsbundpräsident, ich weiß nicht, was dann passiert wäre. Ich glaube, hier wäre eine Emotion losgebrochen, weil es sich dabei um Grundrechte handelt; aber jetzt bricht nichts los. Die, die sagen: Das ist nicht korrekt, nicht

der Demokratie gemäß, das sind Drohungen!, sind dann jene, die nicht um die Rechte der Unabhängigkeit und der Aktionsfreiheit der Arbeitnehmer kämpfen, sondern solche die kommunistische Methoden anwenden. Das ist das Gegenteil von dem, was kommunistische Methoden sind, soweit wir diese Methoden verstehen und kennen. Glauben Sie mir, das tut auch Ihnen nicht gut. Sie wischen das alles weg.

Der Herr Abgeordnete Dr. Fischer hat erklärt, daß wir von der Regierungsverantwortung pensioniert worden sind. Das stimmt. Damals waren Sie die große Hoffnung, aber die wird immer kleiner. (*Heiterkeit und Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich habe Ihnen damals schon gesagt: Hochmut kommt vor dem Fall. — Das ist ein altes Sprichwort. Die alten Sprichworte stimmen meistens. Nun suchen Sie nach Begründungen dieser Politik, das ist einer der Hauptgründe. Aber mit diesem Bereich haben wir uns nicht auseinanderzusetzen, das ist ja Ihre Angelegenheit. Sehen Sie, insofern sind wir über diese Entwicklung, über diese Aussagen dankbar, denn es war einmal die Mentalität in Österreich ungefähr so: Es ist wurst, wen man wählt, ob die Roten oder die Schwarzen; das ist ungefähr dasselbe. Sie haben sich sehr bemüht, programmatische Differenzen zu verwischen, um diese deutliche Sicht nicht zu ermöglichen.

Nun präsentiert uns Ihre praktische Politik jene Unterschiede, und wir sind Ihnen dafür dankbar, weil jetzt immer klarer erkennbar wird, welch gewaltiger Unterschied es ist, ob die Verantwortung in diesem Staat von einer gesellschaftspolitischen Philosophie getragen wird, die unsere ist, oder die Ihre; dabei können Sie sich bemühen, soviel Sie wollen. (*Abg. Sekanina: Ihr habt wenigstens die Probleme nicht bewältigen können!*)

Eines werden Sie auf die Dauer nicht zuwege bringen, auch Sie nicht, Herr Vizekanzler, indem Sie sagen: Wenn der OAAB zur Arbeitsverfassung Stellung nimmt, dann beleidigt er unter Umständen die Betriebsräte ... (*Abg. Sekanina: Hat er getan!*) Das, was Sie den Betriebsräten zumuten, ist eine Beleidigung. (*Beifall bei der ÖVP.*) Darum geht es. Wir sind der Meinung, daß wir um die Freiheit des Menschen, nicht um die Allmacht des Apparates zu kämpfen haben, und darin liegen die großen Distanzen (*Beifall bei der ÖVP*) und auch darin, daß Aufgabe der Arbeitnehmervertreter der Dienst an den Arbeitnehmern ist und nicht, ihr Vormund zu sein, dem sie ausgeliefert werden. Das ist die entscheidende Frage. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie können versuchen, das zu bagatellisieren,

Dr. Prader

aber das läßt sich nicht mehr bagatellisieren, das wird immer akkurater. Und je mehr Sie das präsentieren, umso mehr werden den Österreichern die Augen geöffnet, wo tatsächlich eine Geistigkeit am Werke ist, die den Menschen dienlich ist oder nicht. Darum geht es ja in der Auseinandersetzung. (Abg. Sekanina: *Ihr habt in Niederösterreich den Apparat aufgebaut! Das war Ihr Apparat, Herr Dr. Prader! Jede andere Meinung haben Sie verdrängt! Sie sind doch Repräsentant des Apparates in Niederösterreich! Sie waren es, Herr Dr. Prader!*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren! Herr Dr. Prader ist am Wort.

Abgeordneter Dr. Prader (fortsetzend): Herr Abgeordneter Sekanina! Wir kennen uns lang genug, aber ich wäre sehr, sehr dankbar, wenn in Ihren Bereichen die Minderheiten jene Aktions- und Agitationsfreiheit genießen würden, wie das in den Bereichen der Fall ist, wo wir die Mehrheit haben (Abg. Ing. Häuser: *In Niederösterreich die Bezirkshauptleute!*), jawohl! Jawohl, genau dort! (Zustimmung bei der ÖVP), daß sie jene Aktions- und Agitationsfreiheit genießen würden, die bei uns selbstverständlich Minderheiten genießen. (Abg. Horr: *Du sprichst die Unwahrheit!*) Darum ersuche ich Sie heute umso eindringlicher, aber Sie werden darüber gar nicht hinwegkommen. Nun glauben Sie, die Dinge lassen sich weiterentwickeln, es sind ja so viele Fakten da.

Heute halten Sie sich zugute, daß Sie in Wien eine Abstimmung gemacht haben. — Es glaubt Ihnen aber niemand, daß das freiwillig war. (Abg. Ing. Häuser: *Das glauben nicht einmal Sie!*) Das war aus einer Zwangssituation heraus und im Vertrauen darauf, daß Ihr Apparat absolut in der Lage ist, das zu meistern und durchzusetzen, was Sie nämlich haben wollen, und das ist Ihre Enttäuschung gewesen. (Beifall bei der ÖVP.)

In anderen Bereichen sind Ihnen Abstimmungen völlig gleichgültig. 55.000 Landarbeiter haben sich dagegen gewehrt, daß man ihnen ihre Sozialversicherungsinstitute wegnimmt — das war Ihnen völlig gleichgültig! (Abg. Lanc: *Sie haben das nicht einmal mitbeschlossen!*) Völlig gleichgültig war Ihnen das! (Zwischenrufe der Abgeordneten Pansi und Lanc.) Die Dinge sind ja so offenkundig, als daß man überhaupt noch darüber reden müßte. Das kommt eben daher, daß alle diese Dinge mit SPO-Funktionären verseucht sind. (Heiterkeit bei der SPO. — Abg. Lanc: *Das ist typisch, das verdient festgehalten zu wer-*

den! Das geht in die Tiefe Ihrer schwarzen Seele! — Heiterkeit bei der ÖVP.)

Herr Abgeordneter Lanc! Ich wundere mich gar nicht, daß Sie sich über diese Aussage so aufregen, mich wundert nur, daß Sie sich nicht immer aufregen gleicherweise. (Abg. Lanc: *Sie reden nicht immer!*)

Zum Beispiel als der Abgeordnete Schlager gesprochen hat. Ich habe vor mir das stenographische Protokoll der 54. Sitzung, 11. Dezember 1972, Seite 4822. Da heißt es: Es würde gut gehen, „wenn man das Bundesheer arbeiten läßt, meine Damen und Herren, wenn man nicht die Kasernen mit OAAB-Funktionären vergiftet“. (Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Immer das gleiche: Wie es einem paßt. Das ist Ihre Politik: Das ganze Geschehen, die Dinge in den Griff zu bekommen, Ihre immer größere Wehleidigkeit gegen die Kritik, das Suchen nach immer neuen Methoden, diese Kritik in den Griff zu bekommen, möglichst Regierungsgewerkschaft, möglichst Regierungsrundfunk. Das sind ja jene Instrumentaria, die Sie brauchen, um Ihre Gesellschaftsordnung zu etablieren. Um das geht es, und das werden wir immer wieder der österreichischen Bevölkerung sagen. Aber das ist ja nicht neu.

Der Herr Abgeordnete Czernetz — und der Herr Abgeordnete Czernetz ist sicherlich nicht jemand, der diese Dinge unüberlegt sagt — hat sehr klar gesagt, wie Sie sich die Rezeptur bei der Machtergreifung im Staate vorstellen. Er hat in der „Zukunft“, allerdings schon im März 1947, wörtlich folgendes geschrieben:

„Die Eroberung der demokratischen Mehrheit wird der erste Schritt der politischen Revolution des demokratischen Sozialismus sein. Die Ersetzung des bürgerlichen Staatsapparates durch einen völlig neuen sozialistischen wird der zweite Schritt dieser politischen Revolution sein. Nur wenn dieser zweite Schritt von uns planmäßig vorbereitet und entschlossen getan wird, kann von der politischen Seite her unsere demokratische Mehrheit gesichert werden.“

Sie sind im vollen Zuge, das zu tun. Daß ich jetzt etwas aus dem Jahr 1947 zitiere, mögen Sie mir bitte nicht übelnehmen, weil Sie erst jetzt in die Stellung gekommen sind, das zu praktizieren, was damals geplant worden ist. Daher ist diese Zeitdistanz auch in der heutigen Diskussion nicht von großer Bedeutung.

In dieser Zeitschrift „Zukunft“ hat der Herr Abgeordnete Czernetz ja noch einiges andere gesagt:

Dr. Prader

„Erst die politische Revolution des demokratischen Sozialismus wird die soziale Revolution möglich machen. Die soziale Revolution ist die Verwendung der demokratischen Staatsmacht, der Legislative und der Exekutive, zur Beseitigung der kapitalistischen Eigentumsordnung, zur Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische. Die Schaffung einer sozialistischen Wirtschaftsform ist überhaupt nur möglich, wenn vorher die politischen Machtverhältnisse ebenso wie die ökonomischen Machtverhältnisse verändert, ein neuer demokratisch-sozialistischer Staatsapparat und das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln gesichert sind. Diese Maßnahmen zusammen werden die politische und soziale Revolution des demokratischen Sozialismus darstellen. Wir wissen nicht, ob es uns gelingen wird, diese große Revolution unblutig durchzuführen. Das wird nicht von uns allein abhängen ...“ Herr Abgeordneter Czernetz, seien Sie nicht so grob!

Das war die Auffassung, die hier einer Ihrer doch bedeutendsten Programmatiker und Ideologen ausgesagt hat.

Wir sehen nun, da Sie die Alleinregierung in Österreich stellen, die perfekte und konsequente Durchführung dieser Programmatik, und um das geht es in Österreich.

Zuerst hat der Herr Bundeskanzler taktisch klug versucht, das zu verschleiern: Wir sind gar nicht so wild, wie wir ausschauen — so ungefähr —, schaut her, das ist doch ganz ungefährlich. Immer mehr akzentuiert sich aber Ihre klar skizzierte gesellschaftspolitische Politik heraus, und wir sind Ihnen dankbar, daß diese Entwicklung nunmehr diese ungeheuren Unterschiede: hier SPÖ und hier ÖVP, vor der breiten Öffentlichkeit so klassisch und deutlich deklariert und augenscheinlich macht.

Sie haben sich über eine Äußerung des Herrn Bundesparteiobermannes im Zusammenhang mit der Arbeitsverfassung beschwert. Das ist etwas anderes als die Aussagen, die Sie gemacht haben und die der Herr Generalsekretär hier zitiert hat. Wir haben überprüft, inwieweit alle Aktionen, die Sie auf so entscheidenden Bereichen machen, übereinstimmen mit Ihrer Ideologie, was das Endergebnis dieser Entwicklung sein muß und welche Parallelen sich zum gemeinsamen Stammvater Marx hier abzeichnen. Das ist ein sehr legales Recht, zumal Sie sich ja dazu bekennen. Und es ist auch unsere Aufgabe, das zu tun.

Und jetzt, Herr Bundeskanzler, möchte ich an Ihre Adresse gerichtet doch auch noch etwas sagen, weil der Herr Generalsekretär

Dr. Kohlmaier sehr richtig dargelegt hat, daß in einer Demokratie zwischen den Paragraphen und den demokratischen Notwendigkeiten oft auch ein Widerspruch bestehen kann, und in Ihrem Verhalten so sehr ein Widerspruch besteht — man sollte ja das einblenden —, weil heute so herausgestellt wurde: Sie müssen die Gerichtsurteile anerkennen. Ich bewundere Ihren Mut, daß Sie angesichts und in Kenntnis der jüngsten Geschichte in Österreich, wo Sie oberste Richter wegen einer Entscheidung, die Ihnen nicht gepaßt hat, als Justizputschisten bezeichnet haben und wo Aussagen Ihrer Funktionäre vorliegen, die alles andere sind als ein Akzept, eine Anerkennung, eine Unterwerfung unter die Entscheidung oberster Gerichte in diesem Staat, dies aussagen. Inzwischen ist der Gegenstand des Streites heute salonfähig geworden. Und das, was damals eine Staatsaffäre war, also eine furchtbare Geschichte, wird heute im vollen Fernsehlicht vom Herrn Bundeskanzler ebenfalls infolge einer karitativen Einstellung durch Händedruck besiegelt und aus der Welt geschafft. So ändern sich halt die Zeiten. Man muß sich nur daran gewöhnen. So ändern sich die Zeiten in der Taktik.

Aber folgendes wollte ich dem Herrn Bundeskanzler sagen: Es gibt gewisse Grundnormen in der Demokratie, die dann, wenn sie überschritten werden, auch Schwierigkeiten im innenpolitischen Raum heraufbeschwören, Friktionen akzentuieren in Auseinandersetzungen, die der Demokratie und unserem Staate nicht gut tun, weil eine andere Ausweiche nicht mehr besteht. Und es gibt gewisse ganz entscheidende gesellschaftspolitische Fragen, wo es einfach Ihre Verpflichtung ist, auch auf die Meinung der anderen zu hören und sie zu respektieren, noch dazu, wenn diese Meinung der anderen in Österreich fast die Hälfte der Meinung der Bevölkerung ist. (*Abg. Dr. Fischer: Wie ist die Meinung der ÖVP zu dieser Frage? Es gibt ja keine Meinung!*)

Es geht um die Respektierung anderer Meinungen in entscheidenden gesellschaftspolitischen Fragen, und hier hat die Österreichische Volkspartei, auch mit absoluter Mehrheit ausgestattet, eine andere Handhabung an den Tag gelegt und eine andere Bedachtnahme auf die Meinung auch des sozialistischen Bevölkerungsteiles gezeigt. (*Beifall bei der ÖVP.*) Bei Auffassungen, die sie nach dem Buchstaben der Paragraphen unserer Verfassung völlig legal mit Mehrheit hätte in Kraft setzen können, hat sie wegen der Bedachtnahme auch auf die Meinung Ihrer Seite nicht

Dr. Prader

diesen Weg gewählt, sondern den Weg gemeinsamer Absprachen. Es hat zur Zeit der Frau Sozialminister Rehor keine Kampfabstimmungen über Sozialgesetze in diesem Parlament gegeben. Es waren einstimmige. *(Abg. Ing. Häuser: Es hat überhaupt keine Gesetze gegeben!)* Immer wieder hat sie sich mit Ihnen zusammengesetzt und hat Akkorde versucht.

Es hat im ganzen Bereich der Landesverteidigung in entscheidenden wehrpolitischen Fragen sowohl im Landesverteidigungsrat wie auch hier im Parlament keine einzige Mehrheitsentscheidung durch die Österreichische Volkspartei gegeben, sondern immer nur einstimmige Entscheidungen, weil wir uns eben bemüht haben um eine gemeinsame Wehrpolitik, um auch Ihre Meinung mit einzubinden und zu einer geschlossenen Gesamtmeinung in entscheidenden Lebensfragen der Bevölkerung zu kommen. *(Abg. Ing. Häuser: 16 Initiativanträge!)*

Herr Bundeskanzler! Jetzt stehen wieder so entscheidende gesellschaftspolitische Probleme zur Debatte. Herr Bundeskanzler, Sie sind nicht nur ein Bundeskanzler für die Sozialisten in Österreich. Sie sind der österreichische Bundeskanzler und haben daher die Verpflichtung, in Ihrer Politik auch auf die Meinung des nichtsozialistischen Bevölkerungsteiles in Österreich Bedacht zu nehmen. An diese Verpflichtung haben wir Sie zu erinnern, und wir haben darzulegen, wie sehr Sie in Gefahr sind, Ihre Diktatur der 51 Prozent, die der Herr Abgeordnete Broda hier so sehr warnend beschworen hat, immer stärker in die Wirklichkeit umzusetzen. Das ist unserer Meinung nach eine Politik, die vielleicht Ihrer Gesellschaftsphilosophie, aber nicht dem österreichischen Volke dient. Das wäre letzten Endes im Schwerpunkt gesehen aber die Aufgabe auch Ihrer Partei, vor allem der sozialistischen Alleinregierung in diesem Land. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Skritek: Sie haben sich im Ton vergriffen!)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich bin dem Herrn Bundesminister a. D., Abgeordneten Dr. Prader, dankbar dafür, daß er mir Gelegenheit gibt, das hier zu wiederholen, was ich den Vertretern beider Parteien der Lehrgewerkschaft im Bundeskanzleramt gesagt habe. Niemand bezweifelt das Recht irgendeiner Standesgruppe, irgendeiner Berufsgruppe in Österreich, vom Streikrecht Gebrauch zu machen. Niemand! Dieses Recht haben natürlich auch die Lehrer, haben natürlich auch die öffentlich Angestellten. Ich habe

auch zur Kenntnis genommen, daß dieser Warnstreik die Zeit nicht überschreitet, die nach dem Gesetz erlaubt ist, unentschuldigt vom Dienst fernzubleiben. Niemand bestreitet das. Ich habe lediglich eine Feststellung gemacht.

Wenn es stimmen sollte, daß an eine längere Streikaktion gedacht ist, so kann auch das Recht dazu niemandem streitig gemacht werden. Nur ist es so — habe ich gesagt —: Wenn die Metallarbeiter streiken, dann zahlen sich das die Metallarbeiter selber aus ihrem Streikfonds durch die Streikunterstützung ihrer Gewerkschaft. Im Falle der Lehrer müßte es ebenso sein, denn es wäre nicht einsehbar, daß das die Steuerzahler zu bezahlen haben. Das ist alles, was ich gesagt habe und was auch von den Lehrern zur Kenntnis genommen wurde. Nur das habe ich gesagt. Denn streiken kann jeder. Nur muß es dann seine Interessenorganisation, seine Gewerkschaft übernehmen, und nicht der Steuerzahler kann das tun. Dazu stehe ich auch vor der ganzen österreichischen Öffentlichkeit und in erster Linie vor dem Hohen Hause.

Zweitens möchte ich sagen, und das nur so am Rande: An den Sitzungen der österreichischen Bundesregierung nehmen seit altersher Beamte teil. Ich möchte dem Hohen Hause mitteilen, daß an den Sitzungen der gegenwärtigen Bundesregierung dieselben hohen Beamten teilnehmen, die seinerzeit an den Sitzungen der ÖVP-Regierung teilgenommen haben. Sogar derselbe Beamte besorgt den Ministeratsdienst, den die Regierung Klaus einen Tag vor ihrem Abgang bestellt hat. Das zur Darnachrichtung. Ich muß allerdings auch hinzufügen, daß es mir sehr schwer fiel, andere zu finden, weil es hohe Beamte anderer politischer Richtung im Bundeskanzleramt nicht gibt und dort kaum gegeben hat. Das nur nebenbei. *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)*

Was nun die Formulierung mit der „Diktatur der 51 Prozent“ betrifft, die Sie direkt an mich gerichtet haben, so kann ich nur sagen: Ich bin mir immer bewußt des Umstandes, daß es besser ist, miteinander zu verhandeln — wenn es geht —, daß es aber ein unveräußerliches Gesetz der Demokratie ist, daß die Mehrheit letztlich entscheiden muß. Die Mehrheit als Diktatur der 51 Prozent zu bezeichnen, halte ich für eher problematisch, weil man dabei Gefahr läuft . . . *(Abg. Dr. Koren: Das hat der Broda gesagt!)* Wenn man eine demokratische Mehrheit als das bezeichnet, dann darf man sich nicht wundern, daß dann die Diskussion eine Schärfe annimmt und historische Reminiszenzen bei solcher Gelegenheit wieder angestellt werden.

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Das sage ich bei allem Respekt, den ich vor der politischen Persönlichkeit des Herrn Ministers Dr. Prader habe. Dazu fühle ich mich verpflichtet, und ich möchte nochmals auch Ihnen die Versicherung abgeben, daß dort, wo es geht, gemeinsame Entscheidungen zu finden, diese gesucht werden. Dort, wo es allerdings nicht geht, muß im Interesse des Funktionierens der Demokratie mit der Mehrheit abgestimmt werden, die es eben gibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Graf.

Abgeordneter Graf (OVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe mich aus zwei Veranlassungen zum Wort gemeldet.

Herr Dr. Fischer, nur einen Einwand zu Ihren Ausführungen betreffend Veränderung der Stimmöglichkeiten des burgenländischen Landtagspräsidenten! Sie sagten sehr wirkungsvoll dem Kollegen Gradinger, er habe eine richterliche Entscheidung kritisiert. Wenn jemand nicht genau zugehört hat oder vielleicht nur diese Passage von Ihnen im Fernsehen sieht, dann ist er versucht zu glauben, daß Sie das wirklich meinten, was Sie hier sagten. Wissen Sie, was Gradinger ausdrücken wollte und was Sie wissentlich hier nicht untersucht haben? Wann begann denn der Wunsch beim burgenländischen Landtagspräsidenten, die Sehnsucht nach dem Mitstimmkönnen einzusetzen? 25 Jahre lang nicht. Das wurde dann plötzlich „notwendig“, als es der FPÖ gelang, einen Mandatar in den Landtag hineinzubekommen. Als sich die Mehrheitsverhältnisse veränderten, sagten Sie sich: O Jammer, wenn zufällig die OVP aus wirtschaftlichen Gründen mit dem Herrn der FPÖ einen Konsens fände — Ihre burgenländischen Parteifreunde werden Ihnen sagen, sie befürchteten zum Teil des Konsens im Landeswirtschaftsförderungsgesetz oder ähnliches —, dann hätten Sie weiter den fast drei Jahrzehnte geduldeten und von allen Parteien tolerierten Zustand, daß der Herr Präsident des Burgenländischen Landtages bei Kampf Abstimmungen nicht stimmt. Damit begann plötzlich die Sehnsucht nach voller Demokratie Platz zu greifen, weil es denn doch zuwider wäre, wenn ein FPÖler und 16 Volksparteiler gemeinsam eventuell der Landeshierarchie ihren Willen aufzwingen könnten, sicher im Interesse der Wähler.

Herr Dr. Fischer, das hätten Sie hier sagen sollen und nicht billige Kritik an der Äußerung meines Kollegen Gradinger üben, weil Sie geglaubt haben, das wird hier kein Mensch reklamieren. Das war doch Ihre Sehnsucht. Die Nostalgie der burgenländischen Sozialisten

nach mehr Demokratie setzte in diesem Moment ein, weil sie fürchten mußten, durch eine Überstimmung in ihrer Willensbildung aufgehoben oder sogar veranlaßt zu werden, etwas zu tun, was mehrere Burgenländer sich wünschen. Das wollte ich Ihnen gerne sagen. *(Abg. Pansi: Herr Kollege Graf! Wie ist es denn mit der Demokratie in der Steiermark, wo der Landtagspräsident ein Dirimierungsrecht hat, also zwei Stimmen?)* Ich sage Ihnen etwas, Herr Kollege Pansi! Sie wollten von mir und meinen Kollegen, daß sie sich an den Punkt der Tagesordnung klammern. Ich bemühe mich jetzt. Dem einen hat man vorgeworfen, weil er Ihnen etwas gesagt hat, was Ihnen nicht gepaßt hat: das sei entsetzlich, er verliesse die Tagesordnung. Ich klammere mich nun sklavisch daran, ich habe ... *(Abg. Doktor Fischer: Das hat der Herr Präsident Maleta gesagt!)* Ich weiß, Sie brauchen mir nicht zu sagen, wer es gesagt hat; ich war ja herinnen, Herr Dr. Fischer.

Ich habe aber die Verhältnisse in der Steiermark nicht zu untersuchen, ich nannte ein Beispiel, wenn Sie das als Beispiel gelten lassen.

Ich will sonst nichts sagen, ich kritisiere nicht die Entscheidung des Gerichtes und mein Kollege Gradinger auch nicht. Aber wir stellen fest, wann Ihre Sehnsucht nach Stimmöglichkeiten den Präsidenten des Landtages überkam. Das wollte ich Ihnen gerne sagen, nicht weil Sie es nicht wissen, sondern weil man es sagen muß, weil sonst die Bevölkerung glaubt, wir hätten hier ein Urteil kritisiert. Nein, die Nostalgie haben wir kritisiert, und es wäre schön gewesen, wenn Sie das mit gesagt hätten. *(Beifall bei der OVP.)*

Und generaliter an die Adresse der Sozialistischen Partei, aber auch an Sie, Herr Bundeskanzler, gerichtet: Sie haben hier eine Erklärung abgegeben, die ich Ihnen glaube. Aber lassen Sie mich etwas sagen: Wie hat sich diese SPÖ verändert, seit sie an die Regierung kam! Plötzlich gibt es Meinungen von einem differenzierten Streikrecht. Und das bei einer Partei, die in der Zeit der Alleinregierung Klaus eine Sammlung gemacht hätte, wenn es gegangen wäre, wenn einer gestreikt hätte! Sie hatten aber partout keinen Grund, denn wir wirtschafteten besser als Sie. *(Beifall und Heiterkeit bei der OVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich zitiere hier nur zwei Umstände. Der von mir persönlich sehr geschätzte Herr Justizminister hat sich gestern sicher nicht wohlgeföhlt, weil sich zum erstenmal in diesem Staat eine Standesgruppe genötigt sah, sehr ernst darauf aufmerksam zu machen, daß ihr die

Graf

Behandlung, die ihr widerfährt, langsam zuwider wird. Ihnen vielleicht auch, Herr Bundesminister. Aber Sie hatten damals keinen Grund.

Der Leader der Opposition Dr. Kreisky hätte bestimmt keiner Gruppe, wie immer sie ausgesehen hätte oder woher immer sie gekommen wäre, gesagt: „Wird eure Interessenvertretung das zahlen können, wenn ihr streikt?“ Mitnichten! Sie hätten sich gesuht, wenn Sie jemanden gehabt hätten, der aus wirtschaftlichen Gründen streiken muß.

Ich gebe zu, Sie waren es nicht gewöhnt. Es ist zuwider, wenn man an der Regierung ist und dann selbst Forderungen prästieren und bedecken muß. Das kann ich mir natürlich vorstellen.

Was hat man noch alles in dem Zusammenhang gesagt: „Der Streik der Lehrer war eine ÖAAB-Aktion.“ In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, daß maßgebliche sozialistische Gewerkschaftler genauso für diese Idee waren. Vielleicht haben sie dann zu hören bekommen, daß sie sich etwas moderieren sollten. Ich weiß es nicht. Es ist nur eine Frage. Sie können ja sagen, sie wurden nicht aufgefordert, sich zu moderieren.

Oder, Herr Bundeskanzler, Sie erklärten dem Herrn Dr. Prader, es sei derselbe Beamtenstab und sogar derselbe Spitzenbeamte, der jetzt Ihre Regierungssitzungen betreut. Erinnern Sie sich, wie Sie uns, als Klaus die Regierung übernahm, erklärten, Sie würden nicht müde werden, uns Listen vorzulesen, und wenn sie länger seien als das Hemd der Heiligen Agnes, wenn man jemanden entläßt, der rot ist. (Abg. Dr. Gruber: *Das mit der Heiligen Agnes hat er sicher nicht gesagt!*) In irgendeinem Zusammenhang hat er die Heilige Agnes zitiert. (Bundeskanzler Doktor Kreisky: *Den Schleier!*) Auch nicht schlecht! Ich mache, wenn Sie das wollen, aus dem Schleier ein Gewand, aber das Zitat ist ja nicht so, daß es Sie kränkt oder vollständig gemacht werden muß. Es hat mich jedenfalls beeindruckt.

Aber zur Sache selbst, Herr Bundeskanzler! Sie werden vielleicht einen Beamten finden, wenn Sie sich anstrengen, aber darf ich Ihnen, wenn Sie eine solche Aufforderung an Doktor Prader richten, eines sagen: Trauen Sie sich doch, Leute abzusetzen! Probieren Sie das! Sie haben ja genug Schwierigkeiten, und es würde der Bevölkerung noch fehlen, daß Sie einen kassieren, nur weil er ein Volksparteiler ist! Das ist doch der wahre Grund. Sagen Sie doch hier nicht, daß Sie ihn trotzdem behalten. Er ist ein Beamter, er erfüllt seine Pflichten,

ob schwarz oder rot. Für uns war das selbstverständlich, und Sie tun, als ob! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ja, meine Herren, haben Sie etwa einen Beweis, daß unter der Regierung Klaus in einem der Ministerien jemand von Ihren Leuten entfernt wurde? (Abg. Libal: *Die waren doch lauter Schwarze!*) Wo ist denn die Liste, Herr Libal? (Abg. Skritek: *Da müssen Sie doch selber rot werden!*) Nein, ich werde nicht rot, nicht einmal im Gesicht, und schon gar nicht, wenn ich an die politische Farbe denke! Aber, meine Herren, wo ist die Liste? Hätten Sie eine Minute gezögert, wenn Sie einen einzigen Parteimartyrer gefunden hätten während der Regierung Klaus? Es gab keinen, und es war auch gut so! (Abg. Libal: *Ich sage Ihnen einen: Herr Dr. Janig im Sozialministerium ist sofort kaltgestellt worden von der Frau Rehor!*) Herr Libal, ich kann auf diesen Zwischenruf nur so eingehen, wie er es verdient. Wenn Sie einen ernstesten Hintergrund gehabt hätten, parlamentarisch breitzuwälzen, daß die Volkspartei unter der Regierung Klaus einen Beamten wegen seiner Parteizugehörigkeit in seiner Existenz gehemmt hat, dann hätten wir es hier schon gehört! (Abg. Doktor Gruber: *Genau!*)

Aber ich komme zur Sache zurück, Herr Bundeskanzler. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß Sie diese Männer behalten, auch wenn sie „Schwarze“ sind. Sie brauchen das nicht zu erwähnen.

Abschließend noch ein Wort. Das Rednerpult ist so angeordnet, daß ich Sie nicht beobachten kann, Herr Bundeskanzler, ich hoffe aber, Sie reagieren nicht so wie der Herr Vizekanzler heute, als man ihn in der Diskussion auch nur streifte. Welche Majestätsbeleidigung: Ein lebender Vizekanzler und Gewerkschaftsführer wird hier kritisiert! Die Gesichtszüge des Herrn Ing. Häuser haben Bände gesprochen. Es ist fast ein Sakrileg: Eine Oppositionspartei riskiert, auch ihn persönlich kritisch zu beleuchten! Aber, meine Damen und Herren von der SPÖ, darf ich in Erinnerung rufen: Die erste große Monsterrede, die ich als junger Parlamentarier erlebt habe, hat der Herr Ing. Häuser gehalten. Sie war so lang, daß er sie am nächsten Tag fortsetzen mußte. Erinnern Sie sich, was er alles zu sagen wußte! (Abg. Dr. Fischer: *Wahr war es!*) Vielleicht, Herr Fischer! Es ist vielleicht auch wahr, was ich sage, auch wenn Sie es nicht glauben. Der Unterschied aber war der: Wir ÖVPLer, die damals an der Mehrheit waren, haben das eingesteckt, was Sie uns immer vorgeworfen haben. Wir wußten: Regierung bedeutet, daß man kritisiert wird. Daß Sie mit

Graf

uns keine Freude gehabt haben, ist möglich. (*Abg. Dr. F i s c h e r: Können Sie sich erinnern, wie Sie bei der Rede von Häuser auf die Pulte getrommelt haben? So haben wir uns nie benommen!*) Sagen Sie nichts vom Trommeln auf Pulten! Hier hat der Herr Horr einen einsamen Rekord aufgestellt! (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*) Wollen wir uns nichts vorwerfen! Herr Kollege Fischer, ich konzediere Ihnen: Parlamentarisches Behaviour wurde links und rechts nicht immer gepflogen. Können wir uns darauf einigen? (*Abg. L i b a l: Geht in Ordnung! — Heiterkeit.*) Danke, Herr Libal! Wir haben getrommelt, aber Sie auch.

Ich möchte aber nun zum Schluß kommen. Meine Damen und Herren! Sie haben immer gemeint, es gehöre zur demokratischen Selbstverständlichkeit, daß man hart kritisiert wird. Ich weiß aber nicht, ob es dem Parlamentarismus dient — vielleicht fördert es die Abneigung der Wähler —, wenn Sie sich gehalten wie regierende Fürsten. Der Demokratie dient es nicht. Bekennen Sie sich zur Kritik, oder setzen Sie Handlungen, die nicht diametral zu den Erklärungen Ihrer Experten liegen! Dann werden Sie keinen Grund haben, Kritik zu scheuen. Wenn Sie es nicht besser verstehen, werden Sie kritisiert, und je mehr Sie nervös werden, desto mehr werden wir versuchen, diesen Zustand zu behalten! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? — Nein.

Wir gelangen zur **A b s t i m m u n g**. Ich bitte jene Damen und Herren, die den vorliegenden Bericht, III-82 der Beilagen, zur Kenntnis nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — **E i n s t i m m i g a n g e n o m m e n.**

4. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (III-78 der Beilagen) über die wichtigsten Ergebnisse der XXVII. Generalversammlung der Vereinten Nationen (744 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Bericht über die wichtigsten Ergebnisse der XXVII. Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Hesele. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter **DDr. Hesele:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Ange-

legenheiten über die wichtigsten Ergebnisse der XXVII. Generalversammlung der Vereinten Nationen (III-78 der Beilagen).

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten hat am 21. Feber 1973 den Bericht über die wichtigsten Ergebnisse der XXVII. Generalversammlung der Vereinten Nationen, die in der Zeit vom 19. September bis 19. Dezember 1972 in New York stattfand, im Nationalrat eingebracht.

Im Bericht wird ausgeführt, daß die großen weltpolitischen Auseinandersetzungen, wie etwa der Krieg in Indochina, überhaupt nicht zur Debatte standen oder aber, wie der Nahost-Konflikt, durch die Diskussion in der Generalversammlung keine wesentlichen neuen Elemente erhielten. Die Frage des internationalen Terrorismus fand starkes Interesse, doch wurden keine wirksamen Schritte zu seiner Bekämpfung empfohlen.

Die Wahl Österreichs in den Sicherheitsrat wurde in der Generalversammlung am 20. Oktober 1972 vorgenommen. Demnach wird Österreich vom 1. Jänner 1973 bis zum 31. Dezember 1974 diesem wichtigen Organ der Vereinten Nationen angehören.

Außer der erstmaligen Teilnahme der Volksrepublik China am gesamten Verlauf einer Generalversammlung war das Gewicht der blockfreien Staaten von besonderer Bedeutung.

Der gegenständliche Bericht gliedert sich in sechs Punkte, die die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten, Wahlen, politische Fragen, wirtschaftspolitische Fragen, soziale, menschenrechtliche und völkerrechtliche Fragen sowie administrative und budgetäre Fragen zum Gegenstand haben.

Der Außenpolitische Ausschuß hat diesen Bericht in seiner Sitzung am 22. Mai 1973 in Vorberatung gezogen.

An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Fiedler, Dr. Mock, Schieder, Dr. Bauer, Dr. Ermacora und Dr. Karasek sowie der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Kirchschläger und der Obmann Abgeordneter Czeretz.

Der Ausschuß stellt fest, daß es auf Seite 11 des Berichtes unter lit. d aus sprachlichen Gründen statt „weitgehendst“ richtig „weitestgehend“ zu lauten hat.

Bei der Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit durch mich den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für

DDr. Hesele

Auswärtige Angelegenheiten über die wichtigsten Ergebnisse der XXVII. Generalversammlung der Vereinten Nationen (III-78 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bin ich ermächtigt, zu beantragen, General- und Spezialdebatte unter einem abführen zu wollen.

Präsident: Wird gegen den Antrag, General- und Spezialdebatte in einem durchzuführen, ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall. Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Fiedler.

Abgeordneter Dr. Fiedler (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Fragen aus dem Bericht des Außenministers über die wichtigsten Ergebnisse der XXVII. Generalversammlung der Vereinten Nationen, den meine Fraktion zur Kenntnis nehmen wird, möchte ich über die im gegenständlichen Bericht enthaltenen Erläuterungen hinaus zum Gegenstand meiner Ausführungen machen, und zwar die Frage des internationalen Terrorismus und die Entwicklung im Nahen Osten.

Die Abgeordneten der Volkspartei haben schon im Außenpolitischen Ausschuß betont, daß eine stärkere und intensivere Bekämpfung des weltweiten Terrorismus nicht nur im Rahmen der internationalen Organisationen, sondern auf einer viel breiteren Basis einsetzen müsse.

Die Debatte über dieses Problem bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen endete — wie der Bericht des Außenministers diesbezüglich vermerkt — mit einem wenig ermutigenden Ergebnis, indem es die Generalversammlung ablehnte, den internationalen Terrorismus zu verurteilen und irgendwelche wirksame Maßnahmen zu seiner Bekämpfung zu empfehlen. Es wurde lediglich die Einsetzung eines Komitees beschlossen, das die Hintergründe des Terrorismus und der Terror-tätigkeit studieren wird, also ein tatsächlich wenig ermutigendes Ergebnis.

Die Frage des internationalen Terrorismus muß von der Anerkennung legitimer Bestrebungen nach Selbstbestimmung streng getrennt werden. Dies hat auch die Generalversammlung klar festgestellt, und diese Trennung ist richtig, wenn auch die Grenzen nicht immer klar gezogen werden können.

Es hat sich immer wieder gezeigt, daß bei den Terroraktionen, die fast kriegerische Formen angenommen haben, zahllose Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen wurden und

daß leider Gottes unschuldige Opfer zu beklagen waren.

Meine Damen und Herren! Der XXVII. Generalversammlung der Vereinten Nationen lag zum Problem Terrorismus auch ein von mehreren Staaten, darunter auch Österreich, vorgelegter Resolutionsentwurf vor, der die Verurteilung des internationalen Terrorismus enthielt und zusätzlich Maßnahmen auf nationaler Ebene und zur internationalen Zusammenarbeit gegen die Terrortätigkeit vorsah. Schließlich war in diesem Entwurf auch ein Auftrag an die Völkerrechtskommission zur Erarbeitung eines verbindlichen multilateralen Instruments enthalten. Er wurde aber nicht angenommen — bedauerlicherweise, wie ich bei diesem Anlaß besonders unterstreichen möchte.

Ganz abgesehen davon, daß jeglicher Gewaltverzicht unsere oberste Maxime sein soll, geht es bei der Bekämpfung des Terrorismus auch darum, die unbeteiligten und unschuldigen Opfer zu schützen, ein weltweites Übergreifen der Terrortätigkeit zu verhindern. Das kann nur dadurch erreicht werden, daß auf nationaler Ebene alle Maßnahmen ergriffen werden und darüber hinaus die Staaten sich zu gemeinsamen Vorkehrungen zusammenschließen.

Ich möchte darauf verweisen, daß die Interparlamentarische Union in ihrer Schlußresolution nach der Tagung im Feber dieses Jahres konzertierte Aktionen gefordert hat, um dem Terrorismus Einhalt zu gebieten, und für eine verbindliche Konvention eingetreten ist. Dieser Weg müßte international eingehalten werden und zu konkreten gemeinsamen Vorkehrungen führen.

Auch der Europarat hat sich bei seiner Mai-Tagung mit diesem Problem befaßt und einhellig wirksame und entscheidende Maßnahmen gefordert.

Bekanntlich wurde Österreich am 20. April dieses Jahres in das bereits von mir erwähnte von der Generalversammlung eingesetzte Studienkomitee gewählt, welches aus Vertretern von 36 Staaten zusammengesetzt ist. Dieses Komitee soll nunmehr in der Zeit vom 16. Juli bis 10. August in New York erstmals tagen — also fast genau sieben Monate nach Schluß der XXVII. Generalversammlung.

Die von der Generalversammlung erbetene Stellungnahme zum Problem des internationalen Terrorismus wurde bereits abgegeben und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt. Wie ich höre, wird in dieser in konsequenter Verfolgung der in dieser Frage eingenommenen Haltung zur gewalt-

Dr. Fiedler

losen Konfliktlösung die Besorgnis über die möglichen weitreichenden Konsequenzen des internationalen Terrorismus für den Frieden und die internationale Sicherheit ausgedrückt.

Weiters wird auf die Notwendigkeit verstärkter internationaler Zusammenarbeit auf der Grundlage multilateraler Verträge besonders verwiesen und schließlich dafür plädiert, in dem nunmehr zusammentretenden Komitee echte Alternativen für eine Lösung des Problems auszuarbeiten.

Hohes Haus! Ich möchte hierzu aber ganz offen meiner Befürchtung Ausdruck geben: In diesem Komitee wird dies wohl sehr, sehr lange dauern! Deshalb sollte Österreich auch im Sicherheitsrat jede sich ergebende Möglichkeit ergreifen, initiativ und in entschiedener Weise gegen den internationalen Terrorismus aufzutreten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hier gilt es, an die Vernunft all jener dringend zu appellieren, die die Prinzipien des Gewaltverzichts, der Souveränität, der Unverletzlichkeit der Grenzen sowie der territorialen Integrität und Unabhängigkeit anerkennen.

Die XXVII. Generalversammlung der Vereinten Nationen beschäftigte sich auch wieder mit der Frage des Nahost-Konfliktes — leider noch immer Welt-Krisenherd Nr. 1 —, konnte jedoch keinen greifbaren Fortschritt für eine politische Lösung dieses Problems erzielen. In einer von der Generalversammlung angenommenen Resolution wurde lediglich der vom Sicherheitsrat im November 1967 einstimmig beschlossene Grundsatz für eine friedliche Lösung der Nahost-Frage bekräftigt.

Ich hatte seinerzeit Gelegenheit, persönlich an jener schon historisch gewordenen Sitzung des Sicherheitsrates am 22. November 1967 als österreichischer Beobachter teilzunehmen, und war sehr beeindruckt, daß man fünfeneinhalb Monate nach jenen kriegerischen Ereignissen des Juni 1967 zu einer einstimmigen Resolution kam.

Ich hätte aber nie geglaubt, daß wir fünfeneinhalb Jahre später nicht um den geringsten Schritt vorwärtsgekommen sein werden.

Der Krisenherd Nahost müßte kein Krisenherd sein, wenn von den beteiligten Staaten jene Barrieren überwunden würden, die einen friedlichen Dialog und damit eine gemeinsame friedliche Lösung bisher verhindert haben.

Erst vor kurzem ist es einer großen österreichischen Tageszeitung gelungen, indirekt einen Dialog zwischen zwei prominenten Politikern Israels und Ägyptens herzustellen; die beiden Interviews haben ganz erstaunliche Ergebnisse gebracht, nämlich Aussagen der

beiden Politiker, die ganz offensichtlich dazu angetan sein könnten, bisher unüberbrückbare Barrieren abzubauen. Man ist offensichtlich gewillt, von bisherigen harten Standpunkten abzuweichen und so Verhandlungen zu ermöglichen.

Dieser Fortschritt ist, soweit er den Tatsachen entspricht, umso erstaunlicher, als bisher jede Art von Dialog von den beiden Staaten abgelehnt worden war, man verbiß sich auf harte Bedingungen, ein friedliches Gespräch schien überhaupt nicht im Bereich der Möglichkeiten. Die Vermittlertätigkeit von UNO-Sonderbotschafter Gunnar Jarring führte leider nicht zum gewünschten Erfolg. Immer wieder kam es zu Rückschlägen.

Der Sicherheitsrat hat über ägyptischen Antrag am 20. April einstimmig beschlossen, einen Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über die Friedensbemühungen der Vereinten Nationen seit 1967 anzufordern. Auf Grundlage dieses Berichtes beabsichtigt nun der Sicherheitsrat, eine umfassende Debatte über alle Aspekte der Nahost-Frage abzuhalten.

Es wird erwartet, daß der Bericht Generalsekretär Waldheims dieser Tage vorliegen und die Debatte im Sicherheitsrat am 4. Juni, also Anfang nächster Woche, beginnen wird. Auch der Sonderbeauftragte, Botschafter Gunnar Jarring, wird zu dieser Debatte des Sicherheitsrates wieder nach New York kommen.

Ich glaube, es liegt im Interesse aller Staaten, auch der betroffenen Länder, daß die krisenreiche und krisenanfällige Lage im Nahen Osten friedlich gelöst wird. Die Frage des weltweiten Terrorismus hat ja mit der Entwicklung im Nahen Osten gewisse Ursachen, die nicht übersehen werden dürfen. Es bedarf dazu vermehrter Anstrengungen aller Staaten, und alle Bemühungen in dieser Richtung sollten unterstützt werden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte die heutige außenpolitische Debatte keineswegs vorübergehen lassen, ohne auf Österreichs Haltung in der knapp vor Ostern erfolgten Debatte im Sicherheitsrat und den im Zusammenhang mit dieser in der Kairoer Zeitung „Al Gomhouriya“ erschienenen — ungewöhnlich scharf formulierten — Artikel zu sprechen zu kommen, wobei ich gleich mit Bedauern darauf verweisen muß, daß von Regierungsseite zu diesem Angriff eines Blattes, welches das Sprachrohr der führenden ägyptischen Einheitspartei darstellt, bisher keinerlei Zurückweisung erfolgte. Dies wäre umso mehr notwendig gewesen, als sich Rundfunk und Presse hiemit eingehend befaßten.

Dr. Fiedler

Meines Erachtens operierte damals Österreichs Außenpolitik unglücklich: Statt die Vermittlerrolle initiativ zum Tragen zu bringen, die unserem Land auf Grund seiner Neutralität und seines historisch begründeten Ansehens in der Welt geradezu auf den Leib geschneidert ist, machte man in Neutralismus und verschleuderte kostbares Prestige-Kapital.

Von der Position des neutralen Staates mit zentraler europäischer Lage könnte Österreich durch konstruktive Vorschläge ganz entscheidend dazu beitragen, Konflikte abzubauen und Entspannung herbeizuführen. Dies müßte umso leichter gelingen, ist doch die Politik der Großen dieser Welt gerade jetzt deutlich wie selten zuvor auf Entspannung ausgerichtet. Eine Sternstunde mit so günstigen Konstellationen dürfte so bald nicht wiederkehren.

Umso peinlicher berührt es, wenn man sehen mußte, wie diese sich heute anbietende Gelegenheit, im Konzert der Völker positiv zu wirken, nicht nur ungenützt bleibt, sondern Aktivitäten gesetzt werden, die unserem Ansehen kaum dienlich sein können.

Man mißversteht heute in der österreichischen Außenpolitik offenkundig die Rolle eines neutralen Staates, indem man etwa bei den Vereinten Nationen einmal in diesem und das nächste Mal in einem anderen Kielwasser scheinbar wohlausgewogen mitschwimmt, ohne dabei tunlichst aufzufallen. Balanceakte möglichst im Gleichgewicht wechselvoller Gunstbezeugungen sind aber Neutralismus und nicht Neutralität. So besehen haben wir beispielsweise damit keinen Applaus geerntet, als Österreichs Vertreter im Weltsicherheitsrat zwar Israel vom einseitigen Terror freisprach, andererseits die wiederholten Angriffe Israels gegen den Libanon mit zehn anderen Staaten verurteilte. Was Wunder, wenn etwa aus der arabischen Welt gegen Österreich polemisiert wird, offenbar in der Absicht, unser Land vor Kairos Karren zu spannen.

Andere werden auf ähnliche Ideen kommen, wenn sich Österreich weiterhin darauf einläßt, zweifelhafte Schiedsrichterrollen im Wechselspiel der weltpolitischen Kräfte zu übernehmen. Der krampfhafteste Versuch, in jedem weltpolitischen Konzert irgendeine Geige spielen zu wollen, ohne je selbst eine Partitur anzubieten, kann für die Völker der Welt auf Dauer kein Ohrenschaus sein. So wird man jedenfalls der Rolle konstruktiver Neutralität nicht gerecht, und so dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn das Österreichbild verblaßt und außerhalb unserer Grenzen nur mehr unsere Vergangenheit erwähnens- und bemerkenswert erscheint. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Lauc.

Abgeordneter Lauc (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Bericht des Außenministers über die 27. Generalversammlung der Vereinten Nationen gibt uns Gelegenheit, sich mit dem Ausmaß, und wie ich glaube, auch mit Erfolgen unserer UNO-Politik zu beschäftigen.

Vorerst aber zu den großen, weltpolitischen Problemen, unter deren Wirkung die gesamte Arbeit bei den Vereinten Nationen steht. Diese Probleme kommen am übersichtlichsten in der Erklärung des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten vor dem Plenum der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 5. Oktober 1972 in New York zum Ausdruck. Ich darf daher diese noch einmal in möglichst geraffter Form erwähnen, weil sie mir als Grundlage für alle weiteren Überlegungen erscheinen. In schlagwortartiger Aufzählung handelt es sich:

1. um die sichtbaren Bemühungen der großen Staaten, ihre Beziehungen auf eine neue, von Vertrauen und Zusammenarbeit getragene Basis zu stellen. Als Beispiel dafür kann die Besuchsdiplomatie zwischen Washington, Peking und Moskau gelten, wengleich die letztgenannte Relation noch nicht miteinander in direktem Kontakt steht.

2. Die auch von Österreich unterstützte Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat nach Wegen zu suchen, die, um im kreditwirtschaftlichen Jargon zu sprechen, „Sicherheiten für die Sicherheit in Europa“ bieten. Als Test können hier die Verhandlungen über eine ausgewogene Verminderung des Militärpotentials in Europa gelten. Gerade bei den Schwierigkeiten zur Ingangsetzung dieser in Wien stattfindenden Gespräche hat sich gezeigt, daß trotz aller militärstrategisch motivierter Verfahrensfragen letzten Endes doch eine Lösung gefunden werden konnte, die die Verhandlungsaufnahme ermöglicht hat. Ein Beweis dafür, daß der Wille da war, und dieser ist ja bekanntlich immer das Entscheidende.

3. Besonders wichtig erscheint mir, was Österreich durch seinen Außenminister in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Thema Terrorismus gesagt hat. Dies umso mehr, als die ohnehin nicht eben über außenpolitische Themen berichtsreudige österreichische Presse davon überhaupt keine oder nur eine sehr spärliche Notiz genommen hat, was zum Teil auch auf meinen Vorredner zutreffen dürfte.

Die Terrorismuserklärung wurde in unmittelbarem Zusammenhang mit der Definition

Lanc

des Hauptzieles der österreichischen Außenpolitik genannt. Dieses Ziel der österreichischen Außenpolitik bezeichnete Bundesminister Dr. Kirchschräger als „auf das Wohl des einzelnen Menschen abzustellendes Handeln“. „Die humanitäre Aufgabe zähle mit zu den primären Pflichten eines neutralen Staates.“

Und dann übergehend zum Terrorismus:

4. „Dieser sei zu einem gesellschaftlichen und internationalen Problem geworden. Die UNO müsse angesichts der Ziele und Prinzipien ihrer Charter dem Terrorismus entgegen treten. Es wäre jedoch ein Fehler, sich von den sozialen und nationalen Anliegen, die zu diesem Terrorismus geführt haben, unter Berufung auf eben diese Terrorakte, zu distanzieren. Wenn es nicht gelänge, für die Realisierung der Ziele und Gedanken, die in der Satzung der UNO, in ihren Deklarationen und Resolutionen verankert sind, die geeigneten friedlichen Mittel zu finden, werde eine Verurteilung des Terrorismus erfolglos bleiben.“

Mein Vorredner hat bewiesen, daß diese Passage und auch unser Verhalten in dieser Frage offenbar von der ÖVP als zu weich bewertet worden ist. Darüber hat — Kollege Fiedler hat das auch erwähnt — schon eine Aussprache im Außenpolitischen Ausschuß stattgefunden. Dort ist ganz klar zum Ausdruck gekommen, daß sich Österreich zum Unterschied von allen anderen neutralen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen nicht dazu bereit erklärt hat, eine Wischivasilösung mit seiner Stimme zu sanktionieren, sondern Österreich hat sich hier eindeutig abgesetzt, eindeutig und im Gegensatz zu anderen neutralen Staaten, wie Schweden und Finnland, für diese Terrorismusresolution nicht gestimmt.

Ich glaube also, daß hier nicht nur verbal durch den Außenminister, sondern auch durch das Stimmverhalten klargestellt worden ist, wo wir stehen.

Meine Damen und Herren! Es ist sinnlos, sich darüber aufzuregen, daß die Welt nicht besser ist, als sie tatsächlich ist, sondern man muß sich, wenn man sie bessern will, überlegen, welche Mittel geeignet sind, die Besserung herbeizuführen.

Das heißt mit anderen Worten: Verbalradikale Antiterrorismuserklärungen, eine Art Gesundbetenwollen dieses Phänomens, sind sinnlos. Der Terrorismus kann nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn man seine gesellschaftspolitischen und weltpolitischen Wurzeln bloßlegt. Nur vorher aufgelockerter Boden ermöglicht das Jäten von Unkraut, ohne daß gleich wieder Unkraut nachwächst.

Neben der klaren Stellungnahme zu internationalen Problemen bietet die Plenarversammlung der Vereinten Nationen, Hohes Haus, aber auch die Arbeit in den Kommissionen vielfältige Möglichkeiten, in unmittelbarem Zusammenhang mit österreichischen Interessen engerer Natur tätig zu werden. Auch dafür zwei Beispiele: Erstens: die Information der Generalversammlung über die Fortschritte, die bei der Regelung der Südtirol-Frage, insbesondere in der Frage der Abwicklung des Operationskalenders erzielt wurden. Gleichzeitig mit diesem Bericht wurde aber vom Außenminister die Hoffnung Österreichs deponiert, daß die im Gang befindliche Entwicklung in Südtirol auf der Grundlage einer sinn- und wortgetreuen Verwirklichung der noch ausstehenden Maßnahmen in Südtirol und einer verständnisvollen Haltung der italienischen Regierung gegenüber den Bedürfnissen der Südtiroler Volksgruppe weiterhin in zufriedenstellender Weise verlaufen und damit gleichzeitig auch zu einem immer besseren Verhältnis zwischen den beiden Nachbarstaaten führen werde.

Wer hofft, erwartet bekanntlich noch etwas von der Zukunft. Das tut auch Österreich in bezug auf Südtirol, und das hat Österreich durch seinen Außenminister auch bei der Generalversammlung, über die heute diskutiert wird, getan.

Ein zweites Beispiel, wenn Sie wollen, ein noch handfesteres, wirtschaftlich interessanteres, und zwar aus der Kommissionsarbeit der Vereinten Nationen: Ein für 1974 vorgesehener UNIDO-Generalkonferenztermin in Wien konnte, da hier wegen gleichen Anlaufens mit anderen Großveranstaltungen unter Umständen Schwierigkeiten entstehen hätten können, auf den für die Bundeshauptstadt günstigeren Termin zwischen 15. und 31. März 1975 verlegt werden. Das ist, wenn Sie wollen, ein kleines Abfallprodukt im weltpolitischen Geschehen, dies soll aber uns und auch der österreichischen Öffentlichkeit zeigen, daß das, was bei der UNO geschieht, nicht alles samt und sonders — man hat manchmal das Gefühl, daß diese Auffassung besteht — hinausgeschmissenes Geld ist. Gerade deswegen erwähne ich auch dieses kleine Beispiel am Rande.

Damit komme ich also schon zu jenem Teil meiner Betrachtungen über diesen Bericht über die letzte Generalversammlung der Vereinten Nationen, die sich mit dem Werturteil auseinandersetzen wollen, das in der österreichischen Öffentlichkeit häufig über die Vereinten Nationen gefällt wird und das — dies muß ich ganz offen sagen; das ist mein Gefühl — leider überwiegend noch immer negativ ist.

6844

Nationalrat XIII. GP — 74. Sitzung — 30. Mai 1973

Lanc

Die Vereinten Nationen sind im Gegensatz zum seinerzeitigen Völkerbund eine wirklich weltweite, also allumfassende Organisation. Der letzte auf diesem Gebiet noch fehlende bedeutende Akt wird im Herbst aller Voraussicht nach mit der Aufnahme der beiden Teile Deutschlands — also der Bundesrepublik und der DDR — vollzogen sein.

Die Vereinten Nationen ermöglichen als derzeit einziges Instrument Österreich und anderen Mittel- und Kleinstaaten, einen gewissen Einfluß auf die weltpolitische Willensbildung zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Information ist das halbe Leben. Das wissen wir alle, die wir in der Politik stehen. Für kleinere Länder dieser Erde gilt das abgewandelt: Information ist das halbe Überleben.

Daß Österreich Mitglied des Sicherheitsrates für zwei Jahre geworden ist, steigt uns keineswegs zu Kopf. Selbst der nüchternste Beobachter wird jedoch nicht leugnen können, daß es sich hier um ein Vertrauensvotum der Völkerfamilie für Österreich gehandelt hat, wenn 115 von 118 Mitgliedstaaten für uns gestimmt haben; meines Wissens war niemand gegen uns, das andere waren Enthaltungen oder Absenzen, ich weiß dies nicht mehr so genau.

Im Vordergrund der UNO-Aktivitäten — das muß man einmal der österreichischen Öffentlichkeit ganz klar ins Bewußtsein rufen — steht aber heute die sogenannte Dritte Welt. Das hängt nicht nur mit der Tatsache zusammen, daß der Block dieser Mitgliedstaaten heute rund zwei Drittel der gesamten UNO-Mitglieder ausmacht. Bei aller Bedeutung, die wir unseren europäischen Problemen beimessen, steht jedoch fest, daß die großen in Zukunft weltpolitisch relevanten Probleme in Afrika, in Asien und in Lateinamerika zu lösen sein werden, ob uns das paßt oder nicht.

Mehr denn je gilt aber bei der heutigen Verkehrstechnologie, um es vorsichtig auszudrücken, daß der Frieden in der Welt unteilbar ist. Konnte früher noch ein deutscher Dichterstern an hohen Feiertagen lustwandeln und darüber meditieren, daß weit hinten in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen, so ist diese Idylle längst dahin, und München hat uns das alles verdammt nahegebracht.

Auch nach dem Herauslösen der Vereinigten Staaten aus der direkten militärischen Intervention in den Konflikten in Südostasien sind diese weder technisch noch viel weniger strukturell vor einer Beilegung. Im südlichen Teil Afrikas verstoßen rassistische Minderheiten ständig, man könnte fast sagen immerwährend,

gegen das Selbstbestimmungsrecht, aber auch gegen die primitivsten Formen des Menschenrechtes der ursprünglichen Einwohner Afrikas, die sich ja diese Minderheiten seinerzeit nicht eingeladen haben. Schließlich wird es aber keinen dauerhaften Weltfrieden geben können, wenn das Gefälle zwischen arm und reich weiter so groß bleibt. Im nationalstaatlichen Rahmen hat sich ja heute auch schon bis weit in die konservativen Kreise hinein die Erkenntnis durchgesetzt, daß die sozialen Auseinandersetzungen immer dann härter werden, wenn die Unterschiede zwischen arm und reich zu groß geworden sind.

Die Auswirkungen der Beschlüsse der Vereinten Nationen beruhen auf dem freien Willen ihrer Mitglieder, diese Beschlüsse auch tatsächlich durchzuführen. Die Exekutivgewalt ist herzlich gering und muß außerdem, wenn überhaupt, von Fall zu Fall beschlossen werden. Wie das ausgesehen hat, wissen wir alle aus der Vergangenheit. Die Schulden aus solchen Aktionen sind noch lange nicht abgedeckt.

Die UNO lebt daher mehr oder weniger davon, wie viele ihrer Mitglieder sich an die Beschlüsse dieser Organisation halten. Es halten sich viele nicht daran. Aber deswegen negativ zu urteilen wäre falsch, gerade vom Standpunkt eines Landes wie der Republik Österreich her gesehen. Wer hat denn das größte Interesse daran, daß solche Beschlüsse gefaßt und möglichst weitgehend eingehalten werden? Doch sicher nicht die Großmächte, sondern eher die mittleren, die kleineren Mitglieder der Vereinten Nationen. Den Anliegen solcher Mitgliedstaaten hat in der bisherigen kurzen österreichischen Sicherheitsratsstätigkeit auch unser UNO-Botschafter Dr. Peter Jankowitsch besonderes Augenmerk zugewendet, ob es sich nun um Panama, Zambia oder jüngst den Libanon gehandelt hat. Und das ist kein Spannen vor Kairos Karren, wie es hier in der Diskussion Kollege Dr. Fiedler zu interpretieren versucht hat. Versetzen Sie sich nur einmal in die Lage, Kollege Dr. Fiedler, es käme eine israelische Organisation auf die Idee, Präventivschläge gegen arabische Terroristen in Wien zu führen. Wie würden Sie sich denn dann verhalten und was würden Sie denn dann für eine Haltung Österreichs vom Sicherheitsrat erwarten? Ich glaube, Sie haben diese Überlegung nicht ganz zu Ende gedacht, und ich habe mir nur erlaubt, auf diesen Teil des Spektrums hinzuweisen. Das ist ja kein Gegenstand, bei dem wir uns scharf auseinandersetzen würden. Ich glaube nur, man soll die Probleme immer zu Ende denken.

Dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß — aus mir durchaus verständlichen Gründen — die israelische Regierung,

Lanc

wenn ihr Leid auf dem Gebiet geschieht, nicht zu den Vereinten Nationen geht und es dadurch nicht ermöglicht wird, daß eine Verurteilung stattfindet, kann Österreich nichts und dafür kann noch viel weniger die österreichische Vertretung im Sicherheitsrat etwas. Denn der Sicherheitsrat kann sich ja nur mit dem beschäftigen, was ihm vorliegt, und er kann nur die Beschwerden verhandeln, die tatsächlich an ihn gerichtet werden.

So liegen die Realitäten auf diesem Gebiet. Ich glaube, nur wer sich in allen Fällen — auch wenn es ein arabisches Land betrifft, noch dazu eines, das ja nicht zu den Vorkämpfern gegen Israel zählt und selber genug Schwierigkeiten bis zur Existenzgefährdung mit diesem ganzen Konflikt hat —, wo Terrorismus — um noch einmal auf dieses Thema zurückzukommen — auf der Tagesordnung des Sicherheitsrates steht, konsequent gegen diesen Terrorismus wendet, kann auch damit rechnen, daß im Falle einer Gefährdung seiner eigenen staatlichen Sicherheit oder Integrität mit gleicher Elle gemessen wird. Wer an Österreich Hand anlegen wollte, sollte wissen, daß er nicht mit der Isolation des Jahres 1938 rechnen kann, wo meines Wissens nach nur Mexiko sich für uns engagiert hat.

Schließlich wird bei der Diskussion, meine Damen und Herren, über die Leistungsfähigkeit der Vereinten Nationen immer wieder ins Treffen geführt, daß der Erfolg in keinem Einklang mit den aufgewendeten Mitteln stünde. Erst heute früh war in den Nachrichten zu hören, daß man die Rüstungsaufwendungen des Jahres 1972 in der ganzen Welt auf 4000 Milliarden Schilling schätzt. Ich wollte, es wäre so wenig. Es war offenbar ein Verleser des Sprechers. Es werden eher 4000 Milliarden Dollar gewesen sein.

Demgegenüber, Hohes Haus, beträgt das Jahresbudget der UNO nach neuem Dollarwechsellkurs 4,5 Milliarden Schilling. Das ist weniger als das Jahresbudget der New Yorker Feuerwehr. Und die UNO hat ja nicht nur zu löschen, sondern auch vorzubeugen, also einen größeren Aufgabenkreis.

Die rege Mitarbeit Österreichs in den Vereinten Nationen ist nicht nur durch die Tatsache sichtbar anerkannt, daß ein Österreicher zum Generalsekretär der Vereinten Nationen gewählt wurde. Auch in der UNO-Beamtenerschaft befinden sich eine Reihe hervorragender österreichischer Kräfte, und es mag nicht nur Zufall sein, daß sich darunter auch der beamtete Sekretär des Sicherheitsrates befindet.

Ebenso bemerkenswert ist die Tatsache, daß ein relativ kleiner aber ebenso hochqualifizierter Kreis österreichischer Beamter mit Ge-

schick und dementsprechender Anerkennung die Geschäfte der österreichischen UNO-Mission führt. Es ist für uns daher mehr als eine Floskel, wenn ich ihnen allen im Namen der sozialistischen Fraktion dieses Hauses Dank und Anerkennung für ihre erfolgreiche Tätigkeit ausspreche. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Österreich ist heute ein anerkanntes Mitglied der Völkerfamilie geworden, dank seiner klaren, kalkulierbaren, aktiven und produktiven Neutralitätspolitik überall und auch in den Vereinten Nationen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Lassen Sie auch mich namens meiner Fraktion einige Worte zum Bericht des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die wichtigsten Vorkommnisse bei der XXVII. Generalversammlung der Vereinten Nationen verlieren.

Ich glaube, es trifft sicherlich zu, wenn dieser Bericht mit der Feststellung eingeleitet wird, daß diese XXVII. Generalversammlung der Vereinten Nationen ruhig und ohne besondere Höhepunkte verlaufen ist. Wir haben uns längst schon daran gewöhnt, daß diese große Weltorganisation leider nicht in der Lage ist, sich erfolgreich in große weltpolitische Auseinandersetzungen einzuschalten und diese Konfliktsituationen durch ihren Einfluß zu einem friedlichen Ende zu bringen. Ja ich möchte sagen, vor der Ära Waldheim hatte man sehr oft den Eindruck, daß das Bestreben der Vereinten Nationen allzu oft dahin ging, sich aus ernstesten Konflikten geradezu herauszuhalten, an sie nicht anzustreifen, vor allem dann, wenn dabei eine der Weltmächte engagiert war.

Der Österreicher Waldheim als Generalsekretär bemühte sich dann offenbar, einen neuen Stil zu entwickeln, eine neue Ära der Initiative und Aktivität der Vereinten Nationen schien angebrochen. Die Bereitschaft, weltweite Konfliktsituationen, also Auseinandersetzungen, die die ganze Welt zu erfassen und in Mitleidenschaft zu ziehen drohten, in den Griff zu bekommen, hat allgemein aufgehörtchen lassen und führte zunächst, ich möchte sagen, zu sehr optimistischen Betrachtungen in der Weltpresse, in der Weltöffentlichkeit.

Diesen neuen Stil kann man nun nach einigen Monaten ja schon abschätzen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der Erfolg dieses neuen Stils gegeben sein wird. Die ersten Ergebnisse wirkten allerdings nicht gerade sehr ermutigend, denn allzu rasch war der neue General-

6846

Nationalrat XIII. GP — 74. Sitzung — 30. Mai 1973

Dr. Schmidt

sekretär in seiner Tätigkeit vor allem von den Problemen der Dritten Welt geradezu zuge deckt, von Problemen, die — und das muß man doch sagen — angesichts des Indochinakonfliktes und angesichts des Nahostproblems doch eher zweitrangige Bedeutung hatten.

Wer erlebt hat, wie zum Beispiel in der Namibiafrage der Generalsekretär wegen des sogenannten Escher-Berichtes direkt im Kreuzfeuer der afrikanischen Staaten stand, der muß sich wirklich fragen, wie lang der Elan und die Initiative des Dr. Waldheim in diesem fast täglichen Kleinkrieg dieser Staaten, möchte ich sagen, aufrechterhalten werden kann.

In der Ausschaltung der Vereinten Nationen und ihres Generalsekretärs bei der Vietnamkonferenz in Paris hat sich, glaube ich, so richtig gezeigt, wie gering die Bedeutung der Vereinten Nationen als Ordnungsfaktor von den Beteiligten an weltweiten Konflikten eingeschätzt wird. Und ich darf sagen: In der Tat liegt die Bedeutung der Vereinten Nationen — ich glaube, das muß man realistisch erkennen — nicht in ihrer Rolle als Ordnungsmacht — vielleicht als „Weltpolizist“ oder als „Weltgendarm“, als Friedensbringer dort, wo es Gewaltkonflikte gibt —, sondern ihre Bedeutung liegt eher anderswo. Daß die Ordnungsfunktion nicht erfüllt werden kann, das ist wahrscheinlich der Grund und die Ursache, von der Kollege Lanc schon gesprochen hat, dafür, daß auch innerhalb der österreichischen Bevölkerung die UNO mit einer gewissen Geringschätzung abgetan wird.

Von allem Anfang an hat man wahrscheinlich die Wirkungsmöglichkeit dieser großen Weltorganisation überschätzt. Die Bedeutung der Vereinten Nationen scheint mir vielmehr darin zu liegen, daß sich der Palast am East River in New York als ein weltweites Diskussionsforum, als eine weltweite Stätte der Begegnung anbietet. Das soll und das muß auch gar keine Herabsetzung sein: Stätte der weltweiten Begegnung der Völker zu sein, das ist schon etwas, das ist schon sehr viel.

Man ist auch fasziniert, wenn man, so wie ich das erste Mal im vergangenen Herbst, die Gelegenheit hatte, dort die Atmosphäre dieser Versammlung kennenzulernen, wenn man das alles, diese Stätte der Begegnung der Menschen aus allen Teilen der Erde, erlebt. Man braucht zwar etwas länger, wenn man das erste Mal hinkommt, die komplizierte Verfahrensweise und Organisation einigermaßen überblicken zu können, aber man ist relativ rasch darüber im Bilde, daß diese Völkerversammlung zwar in verschiedenen Fragen recht eindeutig ihre Meinung manifestie-

ren kann, daß aber diesen Kundgebungen, diesen Manifestationen, die sich in den Abstimmungen ausdrücken, fast niemals echte, konsequente Handlungen folgen.

Ich will es gar nicht so kraß ausdrücken, wie mir gegenüber ein israelischer Diplomat das tat, der mich fragte, wie meine Eindrücke bei der UNO seien. Als ich ihm meine Eindrücke schilderte, die natürlich etwas optimistisch waren, sagte er mir wörtlich: Lieber Herr! Lassen Sie sich nicht täuschen, geschehen tut hier gar nichts, es ist alles nur Blabla!

Nun muß man sagen: Daß gerade ein Israeli diese keineswegs hohe Meinung äußerte — ich möchte fast sagen, diese despektierliche Äußerung tat —, kann eigentlich angesichts der schwierigen Situation, in der sich gerade Israel bei den Vereinten Nationen befindet, nicht wundernehmen. Diese Isolierung, in der Israel bei den Vereinten Nationen angesichts einer geschlossenen Front der arabischen Staaten, der Ostblockstaaten und der afrikanischen Staaten steht, ist eigentlich für den Österreicher, der hierzulande tagtäglich durch die Massenmedien über den Nahostkonflikt eher in einem pro-israelischen Sinn informiert wird, im höchsten Maße erstaunlich. Diese Isolierung Israels geht fast bis in den persönlichen Bereich der Diplomaten. Man erzählte mir zum Beispiel: Niemand will mit ihnen essen gehen. Sie kämpfen dort einfach mit dem Rücken an der Wand.

Das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum sich Israel, wenn es Anlaß zur Beschwerde hat, gar nicht an die Vereinten Nationen wendet, sondern sich lieber auf die eigene militärische Stärke im Nahen Osten verläßt.

Ich glaube, man muß es hier einmal klar aussprechen und muß die weltpolitischen Realitäten aufzeigen, daß Israel bei den Vereinten Nationen eine klare Außenseiterrolle spielt. Ich möchte mich dem Bedauern des Kollegen Fiedler anschließen, der hier zum Ausdruck gebracht hat, daß offensichtlich in absehbarer Zeit eine Lösungsmöglichkeit für den Nahen Osten nicht gegeben ist. Das hat auch Gunnar Jarring geäußert, daß er in absehbarer Zeit keine Chance einer Lösung sieht und daß man nur hoffen kann, daß vielleicht das Verstreichen der Zeit und die damit verbundene Erschöpfung der Streitpartner — lassen Sie mich das so sagen — ein Abflauen dieser Gewaltsituation bringt.

Die Vereinten Nationen werden heute weitgehend beherrscht von den Auffassungen der Staaten Afrikas und der arabischen Welt und werden in vieler Hinsicht unterstützt durch die

Dr. Schmidt

Ostblockstaaten. Wir alle haben diese fürchterlichen Ereignisse von München bei den Olympischen Spielen erlebt, und es war geradezu erschütternd, daß sich dennoch die Generalversammlung der Vereinten Nationen nicht entschließen konnte, den internationalen Terrorismus zu verurteilen. Ich möchte sagen, im Gegenteil: Durch die Anerkennung der Legalität des Kampfes nationaler Befreiungsbewegungen kann fast eine Befürwortung des Terrors herausgelesen werden, denn bekanntlich sind ja Terrormaßnahmen die beliebtesten Kampfmittel dieser nationalen Befreiungsbewegungen. — So liegen die Dinge.

Ich glaube, die österreichische Delegation bei den Vereinten Nationen war gut beraten, sich in diesen Nahost-Abstimmungen, aber auch ebenso bei den Entschlüssen, die in den Fragen Südafrikas, Südrhodesiens, der portugiesischen Überseegebiete und Südwestafrika vorgelegt wurden, sich immer dann der Stimme zu enthalten, wenn zu Gewaltmaßnahmen oder zu Androhungen von Gewalt aufgefordert wurde.

Das schließt natürlich nicht aus, daß man eindeutig gegen rassistische Politik Stellung nimmt. Aber ich bitte: Überall! Überall, nicht nur einseitig, und zwar auch dann, wenn ein schwarzer Staatschef, Idi Amin zum Beispiel, Inder ausweist. Diesbezüglich hätten wir auch eine österreichische Initiative gerne erwartet.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch sagen, so wie meine Vorredner, daß ich von der Tätigkeit der österreichischen Mission in der kurzen Zeit meines achttägigen New Yorker Aufenthaltes sehr beeindruckt war. Mir schien die Zusammenarbeit der Delegation in einem guten, ja in einem ausgezeichneten Betriebsklima zu erfolgen, was sich natürlich auch günstig auf die Arbeitsleistung und auf die Wirkung der Tätigkeit des einzelnen in diesen großen Foren der Generalversammlung, der Kommissionen auswirken konnte.

Ich glaube, daß überhaupt im letzten Jahr die Stimme Österreichs ein vermehrtes Gewicht bei den Vereinten Nationen erhalten hat, nicht nur durch die Bestellung eines Österreicherers zum Generalsekretär, nicht nur durch die Wahl in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, sondern es ist ja auch gelungen, ausgezeichnete österreichische Diplomaten in verschiedene wichtige Positionen der Vereinten Nationen zu bringen, was ja nicht immer zur Freude anderer Staaten geschehen ist.

Was mir noch verbesserungs- und ausbauwürdig erschiene, wäre die Verbindung der Delegation mit dem Außenamt in Wien. Ich erinnere mich eines Vorfalles während meines

Aufenthaltes, als der sowjetische Delegierte am 30. November 1972 in der Dritten Kommission zum Tagesordnungspunkt „Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ plötzlich unter Zitierung eines Zeitungsartikels aus der „New York Times“ Beschuldigungen gegen Österreich wegen angeblicher nachlässiger Verfolgung und Ahndung von Kriegsverbrechen erhob.

Anlaßfall war damals ein Prozeß in Linz gegen zwei Baumeister wegen Bauführungen in Konzentrationslagern des Dritten Reiches. — Ich glaube, der Prozeß endete mit Freisprüchen. — Gerade diesen Fall hatte der sowjetische Delegierte zur Sprache gebracht, nachdem er vorher die USA wegen Kriegsverbrechen beschuldigt hatte.

Um dem Vertreter der UdSSR stichhältig am nächsten Tag bei Fortsetzung der Sitzung erwidern zu können, hätte es genauer Auskünfte seitens des Außenamtes in Wien bedurft. Aber trotz sofortiger Rückfrage konnte die erbetene Information aus irgendwelchen Gründen bis zu dieser Sitzung am nächstfolgenden Tag nicht erlangt werden.

Hier, glaube ich, Herr Minister, wird es vielleicht notwendig sein, alljährlich während der Dauer der Generalversammlung Vorsorge zu treffen, um solche Informationen, wenn sie dringend benötigt werden, rasch und umgehend der österreichischen Delegation in New York zur Verfügung stellen zu können.

Hohes Haus! Für Österreich gab es im Verlaufe der XXVII. Generalversammlung einen Höhepunkt durch die Wahl zum nichtständigen Mitglied des Sicherheitsrates. Ich glaube, in der Bedeutung kann dieses Ereignis gleichgestellt werden mit der Wahl Waldheims zum Generalsekretär. Die Aufgabe Österreichs im Sicherheitsrat wird sicherlich nicht leicht und sicherlich nicht ohne Risiken sein.

Wir Freiheitlichen haben seinerzeit bei der Debatte über diesen Gegenstand unsere Bedenken angemeldet, ob diese Aufgabe mit dem Status der immerwährenden Neutralität zu vereinbaren sei. Heute haben wir vom Kollegen Dr. Fiedler ja schon von einigen Schwierigkeiten, die sich mit der Aufgabe einstellten, gehört. Nichtsdestoweniger hoffen wir trotz unserer Bedenken, daß Österreich diese Aufgabe während der nächsten zwei Jahre im Sicherheitsrat erfüllen wird.

Ich darf abschließend noch sagen, daß meine Fraktion dem Bericht des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten die Zustimmung geben wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister, Bitte.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten **Dr. Kirchschräger**: Hohes Haus! Die Vorlage eines Berichtes über die jeweilige Generalversammlung der Vereinten Nationen hat vor allem den Sinn, wieder einmal, zumindest einmal im Jahr, die Bedeutung der Vereinten Nationen in Erinnerung zu rufen.

Ich werde jetzt nicht ein großes Loblied auf die Vereinten Nationen singen. Auch ich kenne die Schwächen der Vereinten Nationen. Aber ich glaube, wir vergessen in unserer Kritik an den Vereinten Nationen sehr oft, daß es ja wir sind, die kleineren Staaten, die mittleren Staaten und die ganz kleinen, die die Vereinten Nationen brauchen. Die Supermächte brauchen sie nicht. Es liegt daher auch an uns, daß wir alles tun, um diese Organisation zu stärken, und zwar nicht nur materiell zu stärken, nicht nur in ihrer Arbeitskraft zu stärken, sondern auch in ihrem Rufe.

Natürlich besteht gerade bei den Großmächten im Hinblick auf die Weltmeinung, die sich zum Beispiel innerhalb der Generalversammlung der Vereinten Nationen oder auch des Sicherheitsrates bildet, die Tendenz, Streitfragen möglichst aus den Vereinten Nationen herauszuhalten, vor allem dann, wenn sie „nationale Interessen“ berühren. Wir haben dies an der Vietnam-Entwicklung sehr deutlich gesehen. Es muß daher gerade jetzt im Zusammenhang mit der Situation im Nahen Osten die Aufgabe der mittleren und der kleineren Staaten sein, alles zu tun, daß diese Nahost-Frage im Rahmen der Vereinten Nationen weiter in Diskussion bleibt.

Wenn von einzelnen Staaten, die Mitglieder der Vereinten Nationen sind, heute der Wert dieser Weltorganisation für sie verschieden und von manchen — der Herr Abgeordnete Schmidt hat darauf Bezug genommen — sehr gering eingeschätzt wird, dann möchte ich doch auf eines verweisen, und zwar auf eine Sache, die Österreich berührt:

Für uns Österreicher waren es die Vereinten Nationen, war es diese Weltorganisation, die es uns nach 1955 überhaupt erst ermöglicht hat, weltweit wieder zur Geltung zu kommen. Hätten wir nicht die Vereinten Nationen gehabt, hätten wir uns nicht ab 1955 bis zum heutigen Tag in den Vereinten Nationen profilieren können, wäre es uns nicht möglich gewesen, jene Funktionen in der Staatengemeinschaft zu übernehmen, von denen ich wohl annehmen darf, daß wir sie heute besitzen. Wir hätten in einem solchen Fall, wenn wir diese Funktionen für die Staatengemeinschaft nicht hätten übernehmen können, auch nicht jenes Maß an Sicherheit, das wir besitzen.

Wenn ich auf zwei Detailfragen antworten darf, die der Herr Abgeordnete Schmidt gestellt hat: In der Uganda-Sache haben wir versucht, im Rahmen der Minderheitenschutzkommission diese Frage zu einem Gegenstand der Diskussion zu machen. Wir sind hier durch die Mehrheit der anderen unterlegen, sodaß diese Frage dort nicht diskutiert werden konnte. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Was die Kommunikationsschwierigkeit betrifft, die in dem Fall der Nachricht über die Freisprüche in dem Kriegsverbrecherprozeß bestanden hat, so gebe ich gerne zu, daß gelegentlich solche Kommunikationsschwierigkeiten bestehen, da gerade in solchen Situationen, wie sie damals waren, primär die Botschaften in jenen Ländern sofort verständigt werden, in denen diese Frage erfahrungsgemäß eine größere Rolle spielt; man hatte nicht abgesehen, daß das auch in den Vereinten Nationen zur Sprache kommen konnte. Die rechtzeitige Durchgabe der Weisung ist damals durch ein Versehen in einer unserer Abteilungen unterblieben, Versehen, die sehr bedauerlich sind, aber immer wieder vorkommen können.

Hohes Haus! In der Diskussion wurden heute vor allem zwei Problemkreise berührt: der internationale Terrorismus und die Situation im Nahen Osten. In der Frage des internationalen Terrorismus hat Österreich von Beginn an eine Haltung eingenommen, die an Klarheit und Eindeutigkeit für manche andere Staaten — auch europäische Staaten! — ein Beispiel hätte sein können. Vom Beginn der Diskussion dieses Problems angefangen, von meiner Erklärung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die heute schon der Herr Abgeordnete Lanc zitiert hat, über die Erklärungen, die in der Sechsten Kommission der Generalversammlung abgegeben wurden, bis zu unserem Stimmverhalten in der Sechsten Kommission und im Plenum der Generalversammlung und bis zu der von uns abgegebenen Stellungnahme zu diesem Problem, zieht sich eine völlig eindeutige Linie der Verurteilung aller Akte von Gewalt. Das, was ich vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen gesagt habe, nämlich, daß diese Organisation angesichts der Ziele und Prinzipien ihrer Charta dem Terrorismus entgegengetreten wird müssen und daß der Zeitpunkt hiefür bereits spät sei, das haben wir immer wieder wiederholt.

Ich habe damals gesagt — ich zitiere —: „Die österreichische Bundesregierung hat und wird auch in Zukunft in Einklang damit den Terrorismus verurteilen und alle Maßnahmen

Bundesminister Dr. Kirchschräger

selbst treffen und international unterstützen, die diese Gefahr eindämmen und schließlich beseitigen. Luftpiraterie, Geiselnahme und Morde sind keine Mittel zur Lösung von Problemen der nationalen oder internationalen Gesellschaft, wenn wir die Würde und den Wert der menschlichen Person, wie er in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist, ernst nehmen.“

Wir haben auch im Europarat, von Regierungsseite aus im Ministerkomitee und ebenso durch die Herren Abgeordneten der Konsultativversammlung des Europarates, denselben Standpunkt vertreten. Daß wir weder in den Vereinten Nationen noch im Europarat jenes befriedigende Ergebnis erreicht haben, das wir uns vorgestellt haben, das, Hohes Haus, ist wahrlich kein Verschulden Österreichs, sondern ein Ausfluß gegebener Realitäten, die wir zwar als Tatsache zur Kenntnis nehmen müssen, mit denen wir uns aber auch in der Zukunft weder im Europarat noch in den Vereinten Nationen zufriedengeben werden.

Ich glaube, gerade unsere klare Nein-Stimme, die wir zu der verwässerten Resolution in den Vereinten Nationen abgegeben haben, zeigte von der Klarheit unseres Konzeptes. Dieses Konzept fand seine Fortsetzung bei der Beratung des Beirut Zwischenfalles im Sicherheitsrat.

Der Herr Abgeordnete Fiedler hat — es ist nicht zum erstenmal — der österreichischen Außenpolitik wieder einmal den Neutralismus vorgeworfen. Herr Abgeordneter! Auch wenn Sie der österreichischen Außenpolitik noch so oft Neutralismus vorwerfen, wir werden doch nicht in die Gefahr eines Neutralismus verfallen. Das kann ich Ihnen versprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Man sagt, die österreichische Außenpolitik hat sich bei dieser Beratung im Sicherheitsrat eines Neutralismus schuldig gemacht. Das Faktum aber ist, daß wir in diesem Fall gemeinsam mit Frankreich und England, die die Initiatoren der Resolution waren, gestimmt haben, daß hier zum erstenmal nach langer Zeit wieder einmal eine europäische, eine westeuropäische Initiative im Sicherheitsrat im Gange war und durchgekommen ist. Wenn man das Neutralismus nennt, dann müssen wir allerdings auch die englische Politik eine neutralistische Politik nennen, dann ist ebenso die französische Politik eine neutralistische Politik. Gut, wenn deren Politik neutralistisch ist, dann nehme ich diese Bezeichnung auch für unsere Politik in Kauf. Wenn wir aus einer europäischen Gemeinsamkeit versuchen, eine Lösung, eine Resolution zustande zu bringen, die zum erstenmal auch die

anderen Gewaltakte verurteilte — Sie wissen, wie lange die Beratungen darüber gegangen sind, ob bei der Erwähnung der allgemeinen Gewaltakte auch das Wort „verurteilen“ hineinkommen soll —, und dabei erfolgreich sind, und wenn man das Neutralismus nennt, dann muß ich das wohl der allgemeinen Beurteilung überlassen.

Dann habe ich heute gehört, daß noch nie eine solche Sternstunde da war für eine Vermittlertätigkeit Österreichs in der Nahostfrage oder in der Terrorfrage; ich weiß nicht, welche es gewesen ist. Hohes Haus! In der Nahostfrage gibt es gegenwärtig keine Sternstunden einer Vermittlertätigkeit. Das ist nicht eine Aussage von mir, das wissen alle Leute in der Welt, die sich mit Außenpolitik befassen. Und in der Terrorismusfrage gibt es auch keine Sternstunden einer Vermittlung in der Form, daß man nun den Terrorismus beseitigen oder irgend etwas anderes tun kann, wo eine Vermittlertätigkeit Erfolg hätte.

Nein, Hohes Haus, wir haben bisher im Sicherheitsrat in den fünf Monaten, die wir Mitglied sind, eine sehr eindeutige und klare Haltung angenommen, und wir werden das auch in Zukunft weiter tun, vor allem bei jener besonders schwierigen Debatte, die über das Nahostproblem voraussichtlich im Juni, vielleicht auch zu einem anderen Zeitpunkt abgehalten wird und für die der bereits erschienene Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen die Grundlage bilden wird.

Ich glaube, daß es gerade bei dieser Beratung in den Vereinten Nationen notwendig sein wird, mit konstruktiven Ideen in die Beratungen zu gehen, weil wir vermeiden müssen, daß bei dieser erstmaligen grundsätzlichen Behandlung des gesamten Nahostproblems seit der Sicherheitsratsresolution 242 des Jahres 1967 die Vereinten Nationen nicht in der Lage sind, zumindest Wege aufzuzeigen, wie man einer Lösung dieses Fragenkomplexes näherkommen möchte.

Wenn wir dabei, Hohes Haus, nicht auf jede Zeitungsnachricht durch eine Regierungserklärung antworten, dann ist das eine Politik, die wir schon seit langer Zeit verfolgt haben, denn mir scheint, daß Staaten dann, wenn sie mit einem österreichischen Verhalten nicht zufrieden sind, die Möglichkeit haben, dies uns in der für solche Mitteilungen geeigneten Weise zu sagen. Auf Zeitungsangriffe scheint mir der richtige Weg auch wieder eine Antwort aus den Massenmedien, aber nicht eine Antwort der Regierung zu sein, soweit es sich um solche internationale Fragen handelt.

Bundesminister Dr. Kirchschräger

Ich habe gesagt, Hohes Haus, daß ich gerade dieser künftigen Beratung des Nahostproblems im Sicherheitsrat eine ganz große Bedeutung beimesse. Nicht in der Form, daß nun eine wirkliche friedliche Lösung in aller nächster Zukunft erreichbar sein wird, aber in der Richtung, daß es möglich sein soll, doch zumindest die Anwendung von Gewalt, und zwar die Anwendung von Gewalt von seiten der Terroristen aus, aber auch die Anwendung staatlicher Gewalt einschließlich der Kriegshandlungen, zurückzudämmen und — als Endziel — völlig auszuschließen.

Zu diesem Ziele und mit diesem Gedanken werden wir in die künftige Sitzung des Sicherheitsrates gehen, die diesen weltpolitisch so bedeutenden Thema gewidmet sein wird! Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? — Kein Schlußwort.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung, und ich bitte jene Damen und Herren, die den vorliegenden Bericht, III-78 der Beilagen, zur Kenntnis nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. *Einstimmig zur Kenntnis genommen.*

5. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (III-79 der Beilagen) über die 17. Generalkonferenz der UNESCO (17. 10. bis 21. 11. 1972) (745 der Beilagen)

Präsident **Probst**: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Bericht über die 17. Generalkonferenz der UNESCO vom 17. Oktober bis 21. November 1972.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Heinz. Ich bitte ihn, zu berichten.

Berichterstatter **Heinz**: Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die 17. Generalkonferenz der UNESCO (17. Oktober bis 21. November 1972) (III-79 der Beilagen).

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten hat den gegenständlichen Bericht am 1. März 1973 dem Nationalrat vorgelegt.

An der 17. Generalkonferenz der UNESCO hat auf Grund eines Ministerratsbeschlusses eine österreichische Beamtendelegation, der auch Experten angehörten, teilgenommen.

Seit der letzten Generalkonferenz im Jahre 1970 hat sich der Gegensatz zwischen den Industrieländern einerseits und den Entwicklungsländern andererseits, vornehmlich in finanziellen Fragen, noch mehr akzentuiert. Die größten Beitragszahler stimmten gegen die Erhöhung des Budgets um 30 Prozent, während die Entwicklungsländer massiv für dieses Budgetwachstum eintraten.

In den wichtigsten Programmfragen konnte dennoch weitgehende Übereinstimmung erzielt werden, sodaß eine erfolgreiche Durchführung des Arbeitsprogramms für 1973/74 erwartet werden kann. Das österreichische Interesse galt der Mitarbeit bei verschiedenen Projekten auf dem Gebiete der Erziehung, der Naturwissenschaften, der Sozialwissenschaften, Geisteswissenschaften und Kultur sowie der Information.

Der Außenpolitische Ausschuß hat diesen Bericht in seiner Sitzung vom 22. Mai 1973 in Verhandlung genommen. Nach Wortmeldungen des Berichterstatters und der Abgeordneten Dr. Fiedler, Dr. Mock, Schieder, Doktor Bauer, Dr. Ermacora sowie Dr. Karasek und des Obmannes Abgeordneten Czernetz sowie des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Kirchschräger hat der Außenpolitische Ausschuß einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des gegenständlichen Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die 17. Generalkonferenz der UNESCO (17. Oktober bis 21. November 1972) (III-79 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident **Probst**: Es ist beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen. Ist ein Einwand? — Kein Einwand.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist als erster der Herr Abgeordnete Dr. Karasek. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Karasek** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Als der Herr Abgeordnete Lanc beim vorigen Punkt der Tagesordnung den Dank an die Beamten bei unserer österreichischen UNO-Vertretung formulierte, wollte ich mich gerne dem Beifall, den die sozialistische Fraktion zollte, anschließen. Da ich mich aber besonnen hatte, daß der Herr Abgeordnete Lanc ausdrücklich den Dank namens der sozialistischen Fraktion formulierte, wollte ich alle Mißverständnisse ver-

Dr. Karasek

meiden und habe geschwiegen. Ich möchte aber die Gelegenheit bei diesem Tagesordnungspunkt benützen, um generell zu sagen: Es gibt gute Beamte und weniger gute Beamte, hochqualifizierte und weniger qualifizierte. Aber eines muß man unserem Außenministerium und dem Außenminister sagen: Bei jenen Beamten, die wir zu den internationalen Organisationen entsenden, ob das nun bei der UNO ist, bei der UNESCO oder beim Europarat ist — ich habe im Verlaufe dieser letzten zwei, drei Jahre Gelegenheit gehabt, bei allen diesen Vertretungen zu erscheinen —, handelt es sich — hier sind sich, glaube ich, alle einig, die hinfahren — um die bestqualifizierten Beamten, und daher ist der Dank auch unserer Fraktion all diesen Beamten gewiß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Ich werde heute, da über den UNESCO-Bericht diskutiert wird, die Gelegenheit ergreifen, einige wenige Worte — es wird nicht sehr lange dauern; ich werde mich bemühen, kurz zu sprechen — über kulturelle Außenpolitik im allgemeinen zu sprechen. Ich werde Sie insofern vielleicht enttäuschen, weil ich in diesem Zusammenhang nicht sehr große Komplimente für die österreichische kulturelle Außenpolitik machen kann und machen will. Sie können mir glauben, daß ich lange gezögert habe, mich zu diesem Thema zu Wort zu melden, weil immer der Verdacht besteht: Jetzt spricht er pro domo. Darum habe ich drei Jahre lang, auch in den Budgetdebatten, eher wenig dazu gesagt.

Ich glaube aber, nach drei Jahren sollte man einmal in aller gebotenen Reserve und Zurückhaltung, die mir die Beschäftigung mit diesem Thema auferlegt, ein Wort, und zwar ein kritisches Wort dazu sagen. Ich werde also diese drei Jahre der Zurückhaltung durchbrechen. Und ich betone ausdrücklich, daß sich das, was ich an der kulturellen Außenpolitik Österreichs zu kritisieren habe, nicht gegen die Beamten richtet, ob das nun Beamte des Außenministeriums, des Unterrichtsministeriums oder des Wissenschaftsministeriums sind. Ich bedaure diese Beamten, daß sie heute mit so wenig Geld, bei einer so großen Kompetenzersplitterung eine Arbeit tun müssen, bei der ihnen kein Instrumentarium zur Verfügung steht, um wirklich das zu tun, was man tun könnte und was man tun sollte.

Ich betone daher ausdrücklich, daß sich meine Kritik an die Bundesregierung und an drei Bundesminister zur ungeteilten Hand richtet, und zwar an den Herrn Außenminister, an den Herrn Unterrichtsminister und an die Frau Wissenschaftsminister. *(Abg. Peter: Und an*

den Bundeskanzler!) Auch an den Herrn Bundeskanzler, denn er trägt die Hauptverantwortung für die Zustände, die heute auf diesem Gebiet herrschen. Wir haben ja damals im Verfassungsausschuß vorausgesagt, daß das kommen wird. Herr Kollege Peter! Sie haben mir ein gutes Stichwort geliefert. Diese Bundesregierung trägt die Verantwortung für die schlechteste aller Kompetenzregelungen, die man in diesem Zusammenhang überhaupt erfinden kann.

Wir haben seinerzeit schon gesagt, daß es zwei grundsätzliche Möglichkeiten und Varianten gibt, kulturelle Außenpolitik kompetenzmäßig zu regeln: entweder alles in der Hand des Außenministers zu vereinigen oder alles in der Hand des Unterrichtsministers zu vereinigen. Die letzte Variante hatten wir in der Periode 1966 bis 1970. Die andere Variante wird vielleicht das neue Kompetenzgesetz bringen. Aber auch da werde ich ein Wort an die Adresse des Außenministers sagen, wenn ich zu diesem Punkt komme.

Das Erfolgsrezept einer kulturellen Außenpolitik kann ja nur sein — ich habe das einmal in einer Budgetdebatte gesagt —, wenn die Personalkompetenz, also die Kompetenz darüber, welche Beamten in kulturellen Dingen ernannt und entsendet werden, die Geld- und Kreditkompetenz, also die Frage, wer über die Gelder, die für Auslandskulturpolitik zur Verfügung gestellt werden, verfügt, und die Sachkompetenz, die gesetzliche Kompetenz, in einer Hand vereint sind.

Es gibt Länder, die das durch ihre Außenministerien tun. Das ist sicher der Fall in der französischen Regelung im Wege des Außenministeriums. Ich glaube, daß das auch die italienische Regelung ist. Es gibt die entgegengesetzte Möglichkeit, wie man es also in der Periode 1966 bis 1970 getan hat.

Ich glaube tatsächlich, daß man formulieren kann: Ein mutwilliges Prestigedenken des Bundeskanzlers hat 1970 bei der Kompetenzregelung einfach einen brutalen Schnitt in diese Kompetenzregelung gemacht und zu dem Zustand geführt, der heute vorhanden ist, nämlich daß der Außenminister die Sachkompetenz hat, der Unterrichtsminister und die Frau Wissenschaftsminister haben das Geld, aber sie haben über die Sache nicht zu verfügen.

Der deutsche Diplomat Sattler hat einmal die kulturelle Außenpolitik, die eigentlich erst eine Erfindung nach dem zweiten Weltkrieg war, als die dritte Bühne der Diplomatie nebst Politik im engeren Sinne und nebst Wirtschaft bezeichnet.

Dr. Karasek

In Österreich kann man von einer dritten Bühne der Politik bezüglich kultureller Außenpolitik offenbar nicht sprechen. Nach meinem Empfinden ist es heute bestenfalls eine drittklassige Bühne, aber keine dritte Bühne, denn bei uns wird kulturelle Außenpolitik nicht gemacht, sondern bestenfalls administriert.

Jetzt werden Sie mich fragen: Welches sind die konkreten Mängel, die ich vorwerfe?

Die Mängelrüge eins — ich habe das bereits ausgeführt und darum will ich nicht sehr lange dabei halten — ist der Zustand der Zersplitterung, der enden müßte. Soll es wieder eine erfolgreiche kulturelle Außenpolitik geben, dann müßte einer die Federführung haben, einer müßte die Konzepte entwickeln und einer sollte über die Gelder disponieren. Das sollte in einer Hand sein!

Herr Bundesminister! Zur Mängelrüge zwei. Es gibt ein Wiener Sprichwort: Ohne Geld ka Musi! Man hat das Geld und das Musische in Wien — wie es unserem Charakter entspricht — zusammengebracht. Es ist ein Unding, über eine Sachkompetenz zu verfügen und die Gelder in einem anderen Ministerium zu haben, wo man als Außenminister bittstellig werden muß, wenn man ein größeres kulturelles Projekt der Außenpolitik durchführen will.

Täuschen Sie sich nicht, Herr Bundesminister, sollten in Ihrem Budget — ich weiß es nicht — ein paar 100.000 S in diesem Jahr noch verfügbar sein, das ist nicht das Problem! Es ist auch nicht das Problem, wenn Sie die Kompetenzen vielleicht durch das neue Kompetenzgesetz bekommen werden. Denn die Probleme enden nicht bei der Zuteilung der Sachkompetenzen! Wenn Sie diese durch das neue Kompetenzgesetz bekommen, dann — ich mache Sie darauf aufmerksam — wird es notwendig sein, daß Sie die Gelder und die Kredite dazu bekommen, weil ohne Geld keine Auslandskulturpolitik gemacht werden kann.

Da verrate ich Ihnen vielleicht jetzt doch ein Geheimnis, wenn Sie vielleicht glauben, daß Auslandskulturpolitik früher nur mit den Geldern der Sektion VII, der ich die Ehre hatte vorzustehen, gemacht wurde. Das stimmt nicht! Darauf muß ich Sie aufmerksam machen: Auslandskulturpolitik in der Periode 1966 bis 1970 ist mit den Geldern aller Sektionen im Bundesministerium für Unterricht gemacht worden.

Um ganz konkret zu sein: Wenn man ein Bundestheater-Gastspiel in Moskau oder bei der Weltausstellung oder sonst wo vereinbart hatte, waren es selbstverständlich die Kredite der Bundestheaterverwaltung, die dazu herge-

halten haben. Wenn man irgendein großes Ausstellungsprojekt in einem Vertrag oder auch ohne Vertrag vereinbart hatte, dann waren es selbstverständlich die Gelder der Kunstsektion des Unterrichtsministeriums. Und wenn man einen Klassenaustausch in einem erhöhten Maße in einem Vertrag vereinbart hatte, dann waren es die Gelder der pädagogischen Sektion. Selbstverständlich hat es daneben ein eigenes Budget der Sektion VII gegeben.

Ich mache auf diesen Gesichtspunkt aufmerksam, damit man Sie, Herr Minister — ich darf es wienerisch ausdrücken —, nicht ums Haxl haut. Sollten Sie die Kompetenz bekommen, wird es einer mühevollen Arbeit bedürfen, um auch die Gelder, die die Auslandskulturpolitik braucht, zu bekommen.

Dann die Mängelrüge drei: Es fehlt heute an Konzepten und an Visionen in der Auslandskulturpolitik. Selbst wenn Sie das Geld haben und selbst wenn Sie das Personal haben und selbst wenn Sie die Sachkompetenz haben, dann bleibt noch immer die Frage nach den Zielen in der Auslandskulturpolitik, dann bleibt immer noch die Frage nach den Methoden.

Was die Ziele der Auslandskulturpolitik anlangt, so, glaube ich, hat sich seit der Zeit, zu der ich selbst die Auslandskulturenquete 1968 einberufen und durchgeführt hatte, nichts geändert.

Ich glaube, daß zu den Zeilen der Auslandskulturpolitik nach wie vor gehören: die kulturelle Selbstdarstellung eines Volkes, das, was man mit einem modernen Wort die Imagebildung nennt, und der kulturelle Austausch. Die Kulturpolitik ist keine Einbahnstraße, sondern es ist ein Geben und Nehmen nach dem Prinzip: Do, ut des.

Nun werden Sie fragen können: Ist eine kulturelle Selbstdarstellung überhaupt heutzutage notwendig? Dazu kann ich ein Beispiel nennen: Als ich die Gelegenheit hatte, in Abidjan bei der IPU-Tagung zu sein, und zum Postschalter gegangen bin und gefragt habe, wie man eine Postkarte nach Österreich zu frankieren habe, hat mich das an sich intelligent dreinschauende Fräulein gefragt: Österreich liegt doch in Europa! Erst als ich diese Frage bejaht habe, hat sie mir sagen können, wieviel ich zu frankieren habe.

Es gibt ein entzückendes Buch. Ich weiß nicht, ob ich mich jetzt wiederhole, aber Sie werden mir verzeihen, wenn ich es noch einmal zitiere, falls ich vor ein oder zwei Jahren es schon einmal gebracht haben sollte, denn es ist amüsant, das vorzulesen.

Dr. Karasek

Es gibt ein amüsanter Buch. Sein Titel ist: „Alle Kreter lügen.“ Es wurde von einem deutschen Schriftsteller namens Stackelberg geschrieben. Dieses Buch handelt von den Vorurteilen über Menschen und Völker. Damit wird die Frage eindeutig beantwortet, ob es richtig wäre, daß wir Österreicher eine Selbstdarstellung im Ausland vornehmen sollen.

Stackelberg schreibt folgendes: „Als einmal die Gallup-Institute 1959 in den Hauptstädten Athen, Helsinki, Johannesburg, Kopenhagen, Amsterdam, New Delhi, New York, Oslo, Stockholm, Toronto, West-Berlin und Wien eine internationale Vergleichsbefragung durchführten, welche Nation wohl das höchste Kulturniveau, das beste Essen, die schönste Landschaft und die schönsten Frauen, die beste Art zu leben und den größten Nationalstolz hätte, da antworteten die Griechen, Finnen, Südafrikaner, Niederländer, Inder, Amerikaner, Norweger, Schweden, Kanadier und Österreicher zunächst übereinstimmend, daß man am besten in ihrem eigenen Lande aße, nur die Deutschen nannten Frankreich.

Auch die schönste Landschaft war bei allen befragten Nationen die eigene. Die schönsten Frauen gab es nach Meinung der Berliner in Schweden, der Wiener in Italien und der Dänen in Deutschland. Alle anderen Nationen glaubten, sie im eigenen Land zu haben.

Selbst das höchste Kulturniveau erkannten die Griechen, die Niederländer, die Inder, die Amerikaner, die Norweger, die Schweden, die Deutschen und die Österreicher ihrem eigenen Land zu. Nur die Finnen hielten das Kulturniveau in den USA sowie die Dänen, Südafrikaner und Kanadier das Kulturniveau in Großbritannien für höher als in ihrem eigenen Land.“

Und nun schreibt Stackelberg: „Man kann sich nur sehr leicht vorstellen, wie sie alle von ihrem hohen Kulturniveau aufeinander herunterblicken: der Inder auf den Griechen, der Grieche auf den Inder, die Amerikaner auf den Niederländer, die Niederländer auf die Amerikaner, die Schweden auf die Österreicher und die Österreicher auf die Schweden. Jeder hat das ‚höchste Kulturniveau‘ im eigenen Land“. „Das sind“, so sagt Stackelberg, „im Jetzt-Zeitalter erstaunlich engstirnige Einstellungen und zugleich ist der Schritt nicht mehr weit zu jenen vielen, die so eingeeengt sind durch ihre heimischen Gewohnheiten und so begrenzt die Welt durch ihre nationale Brille sehen, daß sie sich nur meckelnd an fremde Tische setzen und in jedem anderen Land das eigene Sauerkraut, die eigenen Frauen, die eigenen Berge oder Seen und die eigene Kultur vermissen. Gottlob, daß wenig-

stens die Österreicher die italienischen, die Dänen die deutschen und die Deutschen die schwedischen Frauen schöner finden als die eigenen, auch wenn sie sonst für sich jeder das höchste Kulturniveau beanspruchen“.

Ich habe Ihnen das gebracht, weil, glaube ich, diese Stelle aus Stackelberg ja auch zwingend beweist, daß eine kulturelle Selbstdarstellung durchaus am Platze und richtig ist und nur dazu dienen könnte, die Vorurteile über Menschen und Völker abzubauen.

Ich habe heute sehr kritisch, aber nicht so aggressiv gesprochen, wie heute vormittag, Herr Minister, in diesem Hause schon gesprochen wurde. Aber die Beschäftigung mit dem hohen Thema der Kultur nötigt mir eine gewisse Maßhaltung in der Sprache ab. Daher habe ich mich in diesem einer Maßhaltung befleißigt. Aber ich hoffe, Herr Bundesminister, Sie haben den echt kritischen Ton, den ich hier gehabt habe, herausgehört, und sie geben ihn vor allem weiter. Sie sind ja nicht der Alleinschuldige, Sie sind schuldig zu ungeteilter Hand, daß auf diesem Gebiet heute nichts weiter geht. Aber sagen Sie es dem abwesenden Herrn Unterrichtsminister und der abwesenden Frau Wissenschaftsminister, daß man künftighin vielleicht doch häufiger wird davon reden müssen, daß in der Auslands-kulturpolitik die Dinge nicht zum besten stehen.

Aber ich habe einen sehr konstruktiven Vorschlag. Bilden Sie ein Komitee aus höchsten Beamten. Würde ich heute noch Leiter der Sektion VII sein, ich würde diese Idee selbst verwirklichen. Ich bin wirklich nur verhindert worden, eine zweite Vierjahresperiode zu machen. Das ist etwas, was in mir brennt. Normalerweise sollte eigentlich eine Oppositionspartei nicht der Regierung gute Ezzen geben. Aber ich verleugne mich in diesem Punkte, weil mir die Kultur doch so viel wert ist, daß ich sage, wenn der Minister das nur aufgriffe und durchführte, würde ich selbst darauf verzichten, im Vorwort genannt zu werden.

Bilden Sie ein Komitee aus Beamten dieser Ressorts, die dafür zuständig sind. Berufen Sie in dieses Komitee Wissenschaftler, Künstler, Experten der Musik und der bildenden Kunst. Versichern Sie sich beim Herrn Bundesminister für Finanzen einer Sonderdotierung. Das müßte möglich sein. Denn das, was ich vorzuschlagen habe, kostet Geld. Sicherlich. Vielleicht kostet es 2 Millionen, 3 Millionen Schilling. Aber wir haben ja schließlich und endlich in der Periode, in der wir die Verantwortung für die Kulturpolitik getragen haben, sogar ein 18 Millionen Schilling-Projekt, Gast-

Dr. Karasek

spiel Moskau, vereinbart; das war 1967. Wir haben uns die Philharmoniker und die Oper zur Weltausstellung zu entsenden geleistet, das hat auch weit über 20 Millionen Schilling gekostet. Sie können daher dem Herrn Finanzminister sagen: Selbst wenn er Ihnen 3 Millionen Schilling ins nächste Budget gibt, ist er noch immer nicht großzügig, sondern holt nur das nach, was bisher versäumt wurde.

Versuchen Sie, das Projekt einer Österreich-Ausstellung zu erarbeiten, das Sie in den nächsten zwei, drei Jahren in ein Dutzend Länder schicken. Stellen Sie diese Ausstellung unter das Thema „Der Beitrag Österreichs zum Fortschritt der Menschheit“. Es würden Ihnen sicher die Leiter der zwölf Kulturinstitute danken, wenn es eine solche Ausstellung gebe. Jeder würde sagen, er übernimmt es. Es würden Ihnen viele Botschafter danken, die sonst keine Möglichkeit haben, aktive Kulturpolitik zu betreiben. Aber wenn es eine repräsentative österreichische Ausstellung gäbe, die sich mit diesem Thema beschäftigt, würden Sie sicher viele Kollegen finden, die sagen: Eine blendende Idee ist diese Ausstellung, die wollen wir in dem Land, in dem wir akkreditiert sind, haben!

Glauben Sie nicht, daß diese Idee aus heiterem Himmel kommt, sozusagen eine mutwillige Idee von mir ist! Ich habe, kurz bevor ich meine Agenden abgegeben habe, eine Meinungsumfrage gemacht. Ich habe hier schon einmal darüber berichtet. Damals wurden den 1200 Leuten, an die der Brief in alle Teile der Welt hinausgegangen ist, die Fragen gestellt: Welchen Beitrag hat Österreich zum Fortschritt der Menschheit geleistet? Es sind stereotyp zwei Antworten und stereotyp zwei Namen gekommen. Die zwei Antworten waren: Der größte Beitrag Österreichs zum Fortschritt der Menschheit sei die Musik, das war die eine Antwort — nicht schlecht — und die andere war die Psychoanalyse. Und die personalen Repräsentanten waren Wolfgang Amadeus Mozart und Sigmund Freud. Das waren die häufigst genannten Namen.

Es wird die Republikaner auf dieser Seite — uns stört nicht, wir sind auch Republikaner —, auf der linken Seite vielleicht stören, daß der drittmeistgenannte Österreicher schon der Kaiser Franz Joseph war. Mich hat daran nur gestört, daß schon damals alle drei populärsten Österreicher in der Welt — der Mozart, der Sigmund Freud und der Kaiser Franz Joseph — jedenfalls mehr als 50 Jahre tot gewesen sind. Es war also offenbar die Meinung, Österreich habe 1918 zu bestehen aufgehört, und dieses Land hat in den letzten 50 Jahren sozusagen nichts mehr geleistet,

denn sonst wäre ja den Leuten mehr eingefallen. Mich hat aber auch gestört, daß, obwohl es eine Menge österreichischer Erfindungen, eine Menge österreichischer Nobelpreisträger gibt — ich höre immer, es gibt viel mehr Nobelpreisträger pro Kopf der Bevölkerung als in jedem anderen europäischen Land —, davon nichts enthalten war. Fast kein einziger Fragebogen hat irgendeinen dieser Nobelpreisträger genannt.

Ich meine daher, Herr Bundesminister, daß, wenn wir eine Ausstellung unter dem Titel „Österreichs Beitrag zum Fortschritt der Menschheit“ auf die Beine stellen könnten, wir tatsächlich etwas in der Auslandskulturpolitik böten, was wert wäre, geboten zu werden.

Über den zweiten Aspekt — den kulturellen Austausch — kann man sehr kurz hinweggehen. Ich habe auch schon früher hier gesagt: Die UdSSR hat 70 Abkommen mit anderen Ländern, aber das hängt mit dem Staatssystem zusammen. Allerdings hat auch Frankreich auf kulturellem Gebiet über 60 Abkommen. Dort ist ein durchaus freiheitlich demokratisches Regime am Werk. Aber dort weiß man Kulturpolitik und kulturelle Außenpolitik als einen Teil der Außenpolitik zu verstehen.

Ich habe schon früher in einer Budgetdebatte gesagt: 54 Prozent — vielleicht hat es sich jetzt nach oben oder nach unten geändert, ich glaube eher nach oben — des Budgets des französischen Außenministeriums ist kulturelles Außenbudget. Wenn der liebe Herr Bundesminister nur 12 Prozent, 15 Prozent, 20 Prozent, also die Hälfte oder weniger als die Hälfte seines Außenministeriumsbudgets für kulturelle Außenpolitik haben könnte, wären wir, glaube ich, glücklich.

Ich meine daher: Abkommen sind sicher kein Allheilmittel, aber man muß schon vergleichen und man muß schon schauen, was andere Länder im Vergleich zu Österreich tun. Man muß sich nicht immer an kulturellen Großmächten wie Frankreich orientieren, obwohl ich manchmal höre, daß sich Österreich durchaus als kulturelle Großmacht fühlt. Wir treten oft mit einem gewissen kulturellen Großmachtsanspruch auf.

Ich würde also meinen, Herr Bundesminister, die Bundesregierung und die drei zuständigen Minister — und damit möchte ich schließen — sollten sich in der kulturellen Außenpolitik besinnen, daß es nicht zum besten steht, daß sie nicht stolz sein können auf die drei Jahre, in denen jetzt in ihren Händen die kulturelle Außenpolitik liegt, daß die Leistungen in der kulturellen Außenpolitik heutzutage ärmlich sind, daß sie praktisch nicht existent sind. Ich

Dr. Karasek

glaube, die Beamten, die damit beschäftigt sind, haben ein Anrecht, aus diesem Aschenbrödeldein in der kulturellen Außenpolitik befreit zu werden, und der österreichische Steuerzahler, glaube ich, hätte Anrecht, daß kulturelle Außenpolitik in Österreich ernst betrieben wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? — Kein Schlußwort.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**.

Ich bitte jene Damen und Herren, die den vorliegenden Bericht, III-79 der Beilagen, zur Kenntnis nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Der Bericht ist einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates (III-80 der Beilagen) über die XXIV. Sitzungsperiode (746 der Beilagen)

Präsident **Probst**: Wir kommen zum 6. Punkt der Tagesordnung: Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XXIV. Sitzungsperiode.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Bauer. Ich bitte ihn, zu berichten.

Berichterstatter **Dr. Bauer**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe über 746 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates, XIII. Gesetzgebungsperiode, zu berichten: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XXIV. Sitzungsperiode (III-80 der Beilagen).

Der Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XXIV. Sitzungsperiode umfaßt den Zeitraum vom 15. Mai 1972 bis zum 14. Mai 1973. Diese Sitzungsperiode zerfiel in drei Teile (Plenarsitzungen):

1. Teil vom 15. bis 19. Mai 1972,
2. Teil vom 17. bis 24. Oktober 1972,
3. Teil vom 22. bis 26. Jänner 1973.

Der Außenpolitische Ausschuß hat diesen Bericht in seiner Sitzung vom 22. Mai 1973 in Verhandlung gezogen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Karasek, Kinzl sowie Dok-

tor Ermacora und der Obmann Abgeordneter Czernetz sowie der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Kirchschräger.

Es wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle den Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XXIV. Sitzungsperiode (III-80 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bin ich ermächtigt, zu beantragen, die General- und Spezialdebatte möge unter einem abgewickelt werden.

Präsident **Probst**: Es ist beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen. Wird ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Der erste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Withalm.

Abgeordneter **Dr. Withalm** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit internationaler Institutionen wurde immer schon und wird auch jetzt immer wieder viel debattiert; es gibt hier sehr unterschiedliche Meinungen. Das gilt für den Europarat, das gilt für die Vereinten Nationen. Oft hört man die Frage: Wozu sind denn diese Institutionen überhaupt gut? Und sehr oft auch hört man sehr abschätzig das Wort, es handle sich hierbei ja doch nur um Debattierklubs; wozu das Ganze, wozu die vielen Kosten?

Meine Damen und Herren! Ich war nie dieser Meinung, nicht zuletzt auf Grund meiner langjährigen Tätigkeit im Rahmen der Union christlicher Demokraten. Und jetzt bin ich seit einem Jahr in Straßburg beim Europarat, und jetzt sage ich Ihnen erst recht, daß diese internationalen Institutionen nicht nur nicht nutzlos und nicht wertlos, sondern sehr wertvoll sind. Ich greife nur zwei Gründe heraus.

Es ist wirklich nicht wertlos, meine Damen und Herren, wenn Parlamentarier, wenn Politiker aus verschiedenen Ländern zusammenkommen und einen Gedankenaustausch und einen Erfahrungsaustausch pflegen.

Und ein Zweites: Es ist sicher nicht wertlos, wenn sich Politiker verschiedener Parteirichtungen anlässlich internationaler Veranstaltungen treffen und wenn sie bei dieser Gelegenheit über Themen reden können, was im Inland nicht ohne weiteres möglich ist. Ich glaube, es tut uns ohne Unterschied der Partei-

Dr. Withalm

richtung sehr, sehr gut, wenn wir abseits von der Tagespolitik ab und zu zu solchen Gesprächen die Möglichkeit haben.

Meine Damen und Herren! Wer sich allerdings erwartet, daß die Vereinten Nationen und daß der Europarat längst schon, wenn sie etwas taugten, den Frieden in der Welt beziehungsweise die Einigung Europas hätten herbeiführen müssen, der ist kein Realist, sondern ein unverbesserlicher Illusionist.

Ein Integrationsprozeß ist wesentlich schwieriger und dauert länger als ein Desintegrationsprozeß. Ein Betrieb wird ja auch nicht von heute auf morgen aufgebaut; dazu bedarf es oft der Arbeit von Generationen. Aber verjubelt ist ein Betrieb oft in einem einzigen Jahr, jedenfalls in kurzer Zeit.

So gibt es immer wieder Krisen und Schwierigkeiten, auch bei internationalen Institutionen. Daher hört man auch immer wieder die Frage nach der Existenzberechtigung dieser oder jener internationalen Institution.

Gerade in jüngster Zeit, nicht zuletzt dank der Erweiterung der EWG, ist wieder die Frage nach der Existenzberechtigung des Europarates aufgeworfen worden. Wir wissen alle, daß in der erweiterten EWG eine ungeheure Dynamik steckt und daß heute schon die EWG ohne jeden Zweifel einen wirtschaftlichen Giganten darstellt.

Trotzdem, meine Damen und Herren, ist die EWG mit Europa nicht gleichzusetzen. Die EWG ist nicht ident mit Europa. Das war sie weder früher, wo sie aus sechs Mitgliedern bestand, noch ist sie es heute, wo sie aus neun Mitgliedern besteht.

Und auch die 17 Mitgliedstaaten des Europarates sind nicht gleich Europa. Wir haben immer — das sagte ich erst vor kurzem in Straßburg — an das größere, an das ganze Europa zu denken. Und wir haben alles zu tun, damit die Wege dorthin offengehalten werden bzw. daß sie eines schönen Tages freigemacht werden. Das ist unser aller Aufgabe, natürlich in erster Linie Aufgabe des Europarates.

Die Zielsetzung des Europarates hat sich nicht geändert. Das, was ein Churchill und andere große Europäer in den Gründungstagen des Europarates gesagt haben und was sie als Aufgabe des Europarates dargestellt haben, gilt heute genauso, wie es zu Zeiten der Gründung des Europarates gegolten hat. Der Europarat wurde als politisches Gremium konzipiert, und ein politisches Gremium ist er und ein politisches Gremium muß er bleiben.

Gerade jetzt nach der Erweiterung der EWG halte ich den Europarat für ganz besonders notwendig und wichtig. Die Spaltung Europas

in die Sechs der EWG und in die Sieben der EFTA hat uns, glaube ich, viel zu schaffen gemacht. Das war eine schwere Belastungsprobe für das freie Europa, und mühsam genug war der Prozeß, bis es so weit war, daß zwischen der EWG und einzelnen EFTA-Staaten dann doch vertretbare Übereinkommen zustandegekommen sind.

Eine Aufspaltung der 17 Mitglieder des Europarates in solche, die der EWG als Mitglieder angehören, und in solche, die außerhalb der EWG bleiben wollen beziehungsweise bleiben müssen, dadurch nämlich, daß womöglich der Europarat faktisch abgeschrieben wird, meine Damen und Herren, wäre unverantwortlich. Das wäre geradezu eine herostatische Tat, die das freie Europa zerteilen würde in die Arrivierten in der EWG und in die Habenichtse außerhalb der EWG, in Europäer erster und in Europäer zweiter Güte.

Daraus ergibt sich die absolute Notwendigkeit nicht nur der Erhaltung des Europarates als politisches Gremium, sondern auch seiner Stärkung und seiner Festigung. Dieses Forum von derzeit 17 gleichberechtigten Mitgliedstaaten des Europarates, zu denen hoffentlich in absehbarer Zeit weitere Staaten, sobald ihrerseits die notwendigen Voraussetzungen gegeben sein werden, hinzukommen werden, darf nicht angetastet werden.

Und für die neutralen Staaten, somit auch für Österreich, ist der Europarat als Stätte des politischen Meinungsaustausches und der Koordinierung geradezu eine Lebensnotwendigkeit. Meine Damen und Herren! Das ist das einzige uns verbleibende Gremium, in dem wir mit anderen Staaten gleichberechtigt sind, also politisch miteinander reden können.

Deshalb sind wir Österreicher anlässlich der letzten Session mit Überzeugung für die Erhaltung des Europarates und dafür eingetreten, daß er mit Leben erfüllt werde, vom Außenminister, der derzeit der Vorsitzende des Ministerrates des Europarates ist, angefangen, wobei es zwischen uns keine wie immer gearteten Differenzen, was die Parteischranken angeht, gegeben hat.

Diese Erkenntnisse dürfen sich allerdings nicht auf die wenigen Abgeordneten beschränken, die ihr Land in Straßburg vertreten. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Das muß allgemeine Auffassung des ganzen Hohen Hauses sein. Wenn das nicht der Fall sein sollte, dann muß es das ganze Hohen Haus werden. (*Allgemeiner Beifall.*) Meine Damen und Herren! Es muß aber letzten Endes auch Überzeugung des ganzen österreichischen Volkes sein!

Dr. Withalm

In diesem Zusammenhang möchte ich ein sehr offenes und ein sehr ehrliches Wort an die Massenmedien richten. Bisher haben die Massenmedien überhaupt keine Notiz von der Tätigkeit des Europarates genommen. Es gab keine wie immer geartete Unterstützung durch Presse und Rundfunk, sehr zum Unterschied gegenüber anderen Ländern.

Ich habe hier die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 18. Mai 1973. Meine Damen und Herren! In dieser Ausgabe beschäftigt sich die „Neue Zürcher Zeitung“ — immerhin die „Neue Zürcher Zeitung“! — in einem Dreispalter mit der Sitzung des Europarates vom 17. Mai 1973 und schildert ausführlich die Ansprache, die der italienische Ministerpräsident Andreotti vor der Konsultativversammlung des Europarates gehalten hat.

Wenn ich die österreichischen Zeitungen ansehe, so finde ich kaum eine Erwähnung, in den meisten Zeitungen nicht einmal eine einzige Zeile über die Frühjahrsession des Europarates in Straßburg. Ich frage mich: Wie soll wirklich der Europagedanke und der Europarat der Bevölkerung nähergebracht werden, wenn diesbezüglich in den Zeitungen beziehungsweise auch im Rundfunk nicht ein einziger Satz gebracht wird?

Deshalb mein Appell an die Massenmedien: Unterstützen Sie, meine Damen und Herren von der Presse und vom Rundfunk, den Europagedanken unter anderem auch dadurch, daß Sie der Arbeit des Europarates jenes Interesse zuwenden; mehr verlangen wir gar nicht, aber auch nicht weniger; also jenes Interesse, das er auch in anderen Ländern findet.

An uns, den Abgeordneten, die das Hohe Haus in Straßburg vertreten, soll es nicht fehlen. Wir werden auch in Zukunft aus Überzeugung und mit Fleiß — ich glaube, diesen Fleiß sagt man uns, den Österreichern, in Straßburg nach — in Straßburg für Europa arbeiten. *(Allgemeiner Beifall.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Czernetz. Er hat das Wort.

Abgeordneter Czernetz (SPO): Hohes Haus! Darf ich zuerst an die Worte meines Vorredners, des Herrn Vizekanzlers Withalm, anschließen. Ich möchte seinen Appell an die Massenmedien und an die Presse noch in eine ganz besondere Form kleiden und möchte dazu sagen: Die österreichische Delegation zum Europarat, also die 12 Abgeordneten — Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates, 6 Mitglieder und 6 Stellvertreter —, sind, wie auch mein Vorredner sagte, sehr aktiv, sind sehr engagiert und unabhängig von

der Parteeinstellung. Vielleicht darf ich sagen, ohne der Unbescheidenheit geziehen zu werden, daß diese Abgeordneten im Europarat mit ihren Kräften dem Ansehen Österreichs dienen.

Es ist nach dem zweiten Weltkrieg so etwas wie eine Semi-Diplomatie der Parlamentarier entstanden; sie ist wirksam. Hohes Haus! Ich möchte das besonders an die Herren der Presse und der Massenmedien richten, denn die anderen Abgeordneten oder die Minister werden von der Tätigkeit der österreichischen Vertretung im Europarat in anderen Ländern, in die sie kommen, hören, jedoch aus der österreichischen Presse werden sie nichts erfahren. Warum? Gibt es darauf eine Antwort? Vielleicht darf ich das jetzt erweitern.

Wenn es hier in diesem Hause scharfe innenpolitische Debatten gibt, so wie wir sie heute vormittag hatten, dann wird das mit Recht berichtet. Wenn es Zusammenstöße und Tumulte gibt — auch das kommt gelegentlich in Österreich vor; in anderen Parlamenten ist es schlimmer —, dann wird das besonders berichtet. Damit wird sogar Kritik an der „Niveaulosigkeit“ der Abgeordneten und des Parlaments, wenn den Kollegen die Nerven durchgehen, verbunden. Ich glaube, ich darf das sagen, denn mir gehen die Nerven am wenigsten durch.

Wenn es sachliche Debatten zum Beispiel in außenpolitischen Fragen gibt, dann wird darüber überhaupt nichts berichtet. Warum? Ist das Zufall? Wird nicht in Wirklichkeit dadurch — ich nehme in Freundlichkeit zu den Redakteuren des Rundfunks, des Fernsehens und der Presse an, es geschieht unwissentlich und unabsichtlich —, daß man von sachlichen Debatten in diesem Hause nicht berichtet, über Tumulte aber schon, eher der Demokratie geschadet als genützt? Sollte man sich das nicht ernsthaft überlegen?

Ich würde also hier um Sachlichkeit und um die oft gepriesene unabhängige und wahrheitsgetreue Berichterstattung bitten. *(Allgemeiner Beifall.)*

Hohes Haus! Die Debatten über die Europaratsberichte, also über die Berichte der parlamentarischen Delegation der beiden Häuser dieses Parlaments, haben eigentlich einen merkwürdigen Charakter. Ich freue mich, daß nach mir der Kollege Peter zu Wort kommt, der nicht der Delegation angehört, und ich sage auch, warum: Eigentlich debattieren hier die, die delegiert sind, und die anderen Kollegen hören zu — wenn sie zuhören. Das ist eigentlich nicht das Richtige.

Czernetz

Es gibt in unseren Parteien Kollegen, die kritisch zum Europarat und zu unserer Tätigkeit stehen. Warum reden sie nicht? Wenn sie sich in den Klubs melden, wird man ihnen vielleicht sagen: Macht die Debatte nicht zu groß, es ist nicht so wichtig! — Das allein ist schon ein Grund für eine Debatte.

Ich glaube, wir sollten mehr im Parlament über das reden, was wir tun, auch kritisieren und auch ablehnen. Vor allem sollten wir uns zur Wehr setzen. Mit allem Respekt zu unserem Berichtsteller, aber es ist grotesk, daß ein lieber Kollege, der nicht dem Europarat angehört, Berichtsteller ist und daß die Delegierten debattieren. Somit ist auch die Konstruktion unserer Debatten nicht richtig. Vielleicht überlegen wir uns das für die Zukunft.

Ich schließe mich jetzt wieder an meinen Vorredner zustimmend an, denn vielleicht darf ich eines hier sagen: In den einzelnen Sachfragen im Europarat stimmen wir vielfach verschieden, manchmal aus der eigenen Partei verschieden. Das ist eine konkrete Sachfrage, das kann vorkommen. Reinhart, du weißt, was ich meine. Das ist das letzte Mal geschehen, in aller Freundschaft. Warum denn nicht?

Es gibt aber manchmal Fraktionsentscheidungen, denn wir haben ja internationale Fraktionen im Europarat und wir binden uns freiwillig an die Fraktionsdisziplin, die Christlichdemokraten genauso wie die Sozialisten. Aber wir sind in den Fragen der Organisation des Europarates und der Arbeit über die Grenzen der Parteien hinaus auf einer gemeinsamen Linie.

Vielleicht ist es manchen Kollegen in diesem Haus hier neu, wenn ich sage, daß in den Zeiten der OVP-Regierung mit einem parlamentarischen Übergewicht der OVP an der paritätischen Zusammensetzung der Delegation von 3:3 und bei deren Stellvertretern — ein Kollege der Freiheitlichen Partei hat einmal bei der und dann bei der anderen Fraktion einen Sitz bekommen — nichts geändert worden ist.

Wir haben nach 1971 bei dem sozialistischen Übergewicht selbstverständlich auch nichts daran geändert. Man kann diese internationale Arbeit, auch wenn man hier in Sachfragen oder politischen Fragen verschiedener Meinung ist, nur dann leisten, wenn man als Delegation gemeinsam aufzutreten und die Dinge zu organisieren imstande ist.

Nun sind wir, wie gesagt wurde, jetzt vor der Schicksalsfrage des Europarates. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist von Sechs auf Neun erweitert, und es ist jetzt die

Frage: Was soll mit dem Europarat geschehen? Der frühere Präsident, der Schweizer Reverdin hat eine Arbeitsgruppe geleitet, er hat Missionen in die Hauptstädte der Mitgliedstaaten des Europarates geführt und einen umfangreichen Bericht vorgelegt, man hat mit den Regierungen gesprochen, man hatte mit den parlamentarischen Delegationen gesprochen, und es ist eine ungeheure Fülle von Details der praktischen Arbeit wiedergegeben worden, die man leisten kann.

Und ich glaube, wichtig bleibt dabei, daß wir die vielen Details jetzt gar nicht behandeln, sondern was Withalm vorhin sagte und ich völlig unterstütze, das entscheidende ist: Der Europarat muß ein politisches Gremium bleiben, sonst kann man ihn einfach nicht brauchen, sonst ist er zu nichts nütze! Er ist die Verbindung zwischen den Neun und den anderen Acht, auch wenn sie kleiner sind, aber sie existieren. Und der Europarat war und ist das größte parlamentarische Forum Europas.

Wir haben es im Europarat gesagt, und es hat von den Vertretern der Neun keinen Widerspruch gegeben. Ich sage es auch hier: Das sogenannte Europäische Parlament der Neun ist kein europäisches Parlament. Leider. Ich sage dazu: Leider! Das merkwürdige ist ja: im Vertrag von Rom kommt das Wort „Europäisches Parlament“ gar nicht vor. Komisch ist nur, wie man dort so sehr auf jeden Buchstaben des Vertrages schaut, nur dabei nicht.

Da ist im Fünften Teil im Artikel 137 bis zum Artikel 144 im einzelnen „Die Versammlung“ der EWG behandelt, aber nicht das Europäische Parlament. Der Name „Europäisches Parlament“ ist ein angenehmer oder angemaßter Name. Leider, denn wenn es hier heißt, die Versammlung „übt die Beratungs- und Kontrollbefugnisse aus, die ihr nach diesem Vertrag zustehen“, dann sind die zustehenden leider ungenügend, für ein Europäisches Parlament. Sie haben keine Kontrolle über die Finanzen, keine Kontrolle über die Fonds, keine Kontrolle über die Gebarung des Rates — also die Minister —, lediglich über die Kommission, die aber in Wahrheit nicht entscheiden kann. Die Entscheidung liegt bei den Ministern.

Da gibt es also Probleme. Sie haben keine legislative Gewalt, sie haben keine Direktwahl, und leider ist in nächster Zeit auch keine Aussicht auf eine Änderung des Vertrages von Rom, weil es Regierungen gibt, die dies nicht machen und Parlamentsmehrheiten der Mitgliedstaaten der EWG dies nicht machen werden.

Czernetz

Ich sage nochmals: Ich bedaure das. Die EWG ist eine wirtschaftliche Großmacht erster Ordnung geworden. Sie ringt schwer darum, auch nur kleine Schritte zu einer politischen Union wirklich durchführen zu können. Das ist ungemein schwierig, und es wird dieses größte parlamentarische Forum Europas gebraucht werden.

Ich freue mich besonders auch über die Worte des Kollegen Withalm. Er sagte, er hofft, daß es bald mehr als Siebzehn sein können, wenn die Bedingungen verwirklicht sind, und ich nehme an, wir meinen dasselbe: wenn europäische Staaten demokratisch werden.

Manche können vielleicht diesen Zustand in absehbarer Zeit erreichen; wir hoffen es und wir werden alle mit offenen Armen empfangen, wenn es so weit ist.

Und wenn man von der Wirkungsmöglichkeit des Europarates spricht, dann hat diese Frühjahrssession vor ein paar Wochen in Straßburg unter Beweis gestellt, wie groß eigentlich die Wirkungsmöglichkeiten sind. Ich werde nicht auf die Einzelfragen eingehen, ich möchte nur ein paar hervorheben.

Es hat bei der Beratung des Gegenstandes „Bericht über die Vereinten Nationen“ eine Debatte über Terrorismus gegeben. Und es hat auch der Herr Bundesminister erwähnt, daß das ja im Europarat schon vorher im Ministerkomitee behandelt worden ist. Ja, wir haben auf eine Initiative des Kollegen Blumenfeld voriges Jahr im Oktober schon einen Beschluß in der Versammlung gefaßt mit der Bitte an das Ministerkomitee, Maßnahmen zu setzen. Die Antwort war unbefriedigend, und ich habe dem Herrn Bundesminister in Straßburg gedankt, als er freimütig, freimütiger als jemals ein anderer Vorsitzender des Ministerkomitees, sagte: Ich gebe zu, ja, leider bin auch ich nicht mit dem Beschluß zufrieden. — Denn das Ministerkomitee hat voriges Jahr lediglich beschlossen, eine Kommission von höheren Beamten einzusetzen, die die rechtlichen Aspekte des Terrorismus prüfen sollen.

Sehr gut, sehr recht und sehr schön. Ich bin kein Jurist, aber ich glaube, jeder Jurist wird mir zugeben, daß das eine langwierige Arbeit ist. Das dauert sehr lang, und wenn sie sich sogar geeinigt haben, dann wird man nichts gegen den Terrorismus getan haben. Man wird keinen einzigen Terrorakt unmittelbar vermieden haben.

Wir haben daher in der Versammlung gefunden, daß uns das nicht genügt. Wir haben einen neuen Entwurf vorgelegt, der einstim-

mig — ich glaube, bei zwei Stimmenthaltungen — angenommen worden ist, und wir haben sehr deutlich ausgesprochen, um was es uns dabei geht.

Hier möchte ich aus den vielen Dingen zunächst eines herausheben. Wir treffen doch international, besonders bei den Vereinten Nationen, auf die Haltung einer ganzen Reihe von Staaten, die sagen: Was heißt „Terroristen“? Das sind ja Freiheitskämpfer! Die Menschen kämpfen gegen eine Besatzungsmacht, die sind ja im Recht, das sind ja Widerstandskämpfer!

Als Berichterstatter über diese Frage habe ich mir die Dinge näher angesehen. Und da ist es sehr interessant festzustellen, daß es nach dem zweiten Weltkrieg eine völkerrechtliche Definition dessen gibt, was als „Widerstandskämpfer“ im militärischen Sinne angesehen werden kann und was nicht.

Es ist merkwürdig, daß die Genfer Konvention vom August 1949 zum Schutz der Kriegsgesangenen bereits so stark in Vergessenheit geraten ist. In dieser Genfer Konvention, die schon nach zwei Jahren von 120 Staaten ratifiziert worden ist, praktisch allen Staaten des Ostblocks, fast allen arabischen Staaten und natürlich von allen Europarats-Staaten, in dieser Konvention ist festgelegt: der „Kriegsgefangene“, der zu dieser Kategorie gehört, und das wird interessant, weil es eine Ausdehnung über die Mitglieder der Streitkräfte einer am Konflikt beteiligten Partei hinaus ist. Denn es gehören dazu:

„Mitglieder von Milizen und Freiwilligenkorps, die in diese Streitkräfte eingegliedert sind“.

Und dann heißt es weiter:

„Mitglieder anderer Milizen und Freiwilligenkorps, einschließlich solcher von organisierten Widerstandsbewegungen, die zu einer am Konflikt beteiligten Partei gehören und außerhalb oder innerhalb ihres eigenen Gebietes, auch wenn dasselbe besetzt ist, tätig sind, sofern diese Milizen oder Freiwilligenkorps einschließlich der organisierten Widerstandsbewegungen ...“ — und jetzt kommt die Aufzählung.

Hohes Haus! Ich möchte aufmerksam machen: Im ersten Weltkrieg waren die Personengruppen, die da als „Widerstandskämpfer“ genannt und legalisiert sind, die Kombattanten sind und das Recht haben, als Kriegsgefangene behandelt zu werden, *Franktireure*, die ohne Prozeß sofort erschossen worden sind.

Jetzt heißt es: Anerkannt sind sie als Kriegsführende, die das Recht haben, wenn

Czernetz

sie gefangengenommen sind, als Kriegsgefangene behandelt zu werden, wenn sie

- „a) eine für ihre Untergebenen verantwortliche Person an ihrer Spitze haben;
- b) ein bleibendes und von weitem erkennbares Unterscheidungszeichen führen;
- c) die Waffen offen tragen;
- d) bei ihren Kampfhandlungen die Gesetze und Gebräuche des Krieges einhalten.“

Nun, abgesehen davon, ob die Bräuche des Krieges schön sind. Aber was ist das? Der Artikel 3 der Konvention sagt das. Er spricht davon:

„1. Personen, die nicht unmittelbar an den Feindseligkeiten teilnehmen, einschließlich der Mitglieder der Streitkräfte, welche die Waffen gestreckt haben, und der Personen, die durch Krankheit, Verwundung, Gefangennahme oder irgendeine andere Ursache außer Kampf gesetzt wurden, werden unter allen Umständen mit Menschlichkeit behandelt, ohne jede auf Rasse, Farbe, Religion oder Glauben, Geschlecht, Geburt oder Vermögen oder auf irgendeinem anderen ähnlichen Unterscheidungsmerkmal beruhende Benachteiligung.

Zu diesem Zweck sind und bleiben in bezug auf die oben erwähnten Personen jederzeit und überall verboten:

- a) Angriffe auf das Leben und die Person, namentlich Tötung jeder Art, Verstümmelung, grausame Behandlung und Folterung;
- b) das Festnehmen von Geiseln;
- c) Beeinträchtigung der persönlichen Würde, namentlich erniedrigende und entwürdigende Behandlung;
- d) Verurteilungen und Hinrichtungen ohne vorhergehendes Urteil eines ordentlich bestellten Gerichtes, das die von den zivilisierten Völkern als unerläßlich anerkannten Rechtsgarantien bietet.“

Hohes Haus! Das ist eindeutig. Wenn man von diesem Gesichtspunkt aus die Terroristen von Lodz oder von München oder von Karthoum betrachtet, dann waren das nicht Widerstandskämpfer, sondern waren das gemeine Verbrecher. Das muß klar und deutlich ausgesprochen werden. Klar und deutlich! Wenn wir auch neutral sind in militärischen Auseinandersetzungen: hier handelt es sich, wenn es uns betrifft, um einen Schutz der auf unserem Gebiet lebenden Menschen vor Angriffen gemeiner Verbrecher.

Das müssen wir klar aussprechen. Und auch da, Hohes Haus, muß ich fragen: Ist es nicht eigenartig, daß wir das im Europarat sagen

und es in keinem österreichischen Presseorgan Erwähnung gefunden hat? Man sollte doch glauben, daß sich die eigene Presse darum kümmert, was unsere Abgeordneten in Straßburg machen! Wie sagt man? Die Gebühren-Europäer! Tun sie auch wirklich etwas? — Wenn sie etwas tun, berichtet man es nicht. Man übersieht es. Man weiß es nicht.

Hohes Haus! Wir haben natürlich gesagt: Wir werden bei unseren Regierungen darauf drängen, die Konventionen gegen die Luftpiraterie, die Konventionen von Tokio, Montreal und Den Haag zu ratifizieren. Auch wir werden uns darum bemühen müssen, daß das möglichst bald geschieht. Ich will nicht weiter über die Probleme in diesem Zusammenhang reden. Das wird eine Aufgabe sein, die wir zu erfüllen haben.

Darüber hinaus haben wir nach reiflicher Überlegung und Rücksprache mit den maßgebenden Personen gesagt: Die Außenminister oder die Stellvertreter der Außenminister, die im Ministerkomitee das ganze Jahr sitzen müssen, weil die Minister höchstens zweimal auf Ministerebene zusammenkommen können — das ist kein Vorwurf —, sind überfordert und sagen uns: Was geht das uns an! Beauftragen wir Juristen mit der Prüfung der Frage! — Nein, wir haben als Versammlung einstimmig verlangt, daß das Ministerkomitee eine Sonderkonferenz der Innenminister oder der für das Polizei- und Sicherheitswesen verantwortlichen Minister und bevollmächtigten Persönlichkeiten einberuft, die sich mit der Koordinierung der Vorbeugungsmaßnahmen gegen Terrorfälle zu befassen hat.

Wir haben im Europarat keine Details ausgesprochen. Ich brauche das auch hier nicht zu tun. Es genügt, wenn ich sage: Man bekommt genügend Hinweise, wo Terrorgruppen abreisen und wohin sie reisen; wir haben ja in Österreich Gelegenheit gehabt, Terroristen festzunehmen, bevor sie noch ihre Unglückstat vollbringen konnten.

Dazu brauchen wir eine Verbindung der Sicherheitsminister, also der Innenminister, und wir hoffen, daß sich der gute Wille und die Bereitschaft des Vorsitzenden des Ministerkomitees durchsetzen wird.

Wir haben unsere parlamentarischen Beziehungen zu den Kollegen anderer Länder bereits in Bewegung gesetzt und Ihnen nahegelegt: Sprecht mit euren Außenministern, daß sie den Auftrag geben, daß die Konferenz bald zustande kommt!

Wir hoffen, daß hier praktisch etwas möglich sein wird, was bei den Vereinten Nationen leider nicht möglich ist, weil dort eine

Czernetz

Mehrheit von Staaten auch nur eine Verurteilung der Terroristen ablehnt. Das ist leider der gegenwärtige Zustand.

Wir haben einen zweiten sehr wichtigen politischen Punkt in dieser Session behandelt, den Bericht des britischen Berichterstatters Sir John Rodgers über die Stellung Europas zu den Vereinigten Staaten und ausführlich auch über die Europäische Sicherheitskonferenz. Lassen Sie mich dazu einiges sagen.

Der Kollege Fiedler — er ist leider nicht da — hat von Neutralismus gesprochen. Ich glaube, die Kollegen von der ÖVP werden mir zustimmen, wenn ich sage: Wenn er unsere Debatten und die Meinungsäußerungen aller österreichischen Abgeordneten im Europarat hätte hören können, würde er nicht auf die Idee kommen, uns Neutralismus vorzuwerfen.

Ich habe als Berichterstatter und als Debatte-redner, auch als Angehöriger eines Neutralen Landes, seit Jahren immer wieder gesagt: Fordern wir die Amerikaner auf, ja nicht mit dem Gedanken einer einseitigen Zurückziehung aus Europa zu spielen! Es darf keine einseitige Reduktion in Europa geben, weil das ein Ungleichgewicht mit außerordentlichen Gefahren bedeuten würde. Und man hat uns gesagt: Schlagt euch doch das aus dem Kopf, die Amerikaner gehen weg! — Wir haben mit unserem Optimismus recht behalten. Dieser Unilateralismus wird nicht erfolgen, wie immer die amerikanische Regierung ist, ob sie uns gefallen mag oder nicht. Es ist eine welt-politische und für uns eine Lebensfrage.

Bei der Europäischen Sicherheitskonferenz hat es jahrelange Debatten, Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten gegeben. Die Konferenz ist in Vorbereitung, und wir hoffen, daß sie zustande kommt. Wir sind nicht sehr glücklich über die Trennung der Aufgabe, die besonders von der österreichischen Bundesregierung verlangt wurde, nämlich die Behandlung einer ausbalancierten Herabsetzung des Militärpotentials in einer Sonderkonferenz, auch wenn wir froh sind, Gastgeber sein zu können. Wir wissen, daß das lange dauern kann, auch wenn sie in Gang kommt.

Aber eines möchte ich sehr deutlich sagen: Es gibt Leute, die meinen, jetzt, wo man Helsinki vorwärtstreibt, einen Gewaltverzicht und andere Verträge macht, gebe es die Beratungen über das MBFR, die ausbalancierte Herabsetzung des Militärpotentials kann ja wohl nachkommen. Das ist nicht nur unsere Meinung. Man kann es auch aus dem Ostblock hören: Gewaltverzichtsverträge ohne eine ausbalancierte Herabsetzung des Rüstungspotentials haben wohl eine „sehr geringe Bedeutung“ — um es harmlos zu sagen.

Aber in Helsinki selbst ist ja das Problem der Sicherheit in den Verhandlungen da, und wir haben in vielen Besprechungen mit den Kollegen aus den Ostblockländern gesagt: Wir Neutralen finden unser Sicherheitsbedürfnis gewährleistet durch das Gleichgewicht der Supermächte und ein Gleichgewicht militärischer Art in Europa. Viel schlimmer sind die kleinen Staaten, die Angehörige eines Militärblocks sind, dran. Wer schützt diese? Geschützt sind sie gegen einen Angriff, gegen eine Verletzung ihrer Unabhängigkeit durch die Supermacht des anderen Lagers. Da schützt sie die eigene Supermacht. Aber wer schützt sie vor der eigenen Hegemonialmacht?

Die Tschechen haben diesen Schutz nicht gehabt. Auch andere wissen, daß sie diesen Schutz nicht haben, und sie suchen daher irgendeine Formel. Keiner kennt diese Formel, und es taucht der Gedanke auf: Auflösung aller Militärblocks! Vielleicht kann das der Ausweg sein.

Auch da sagen wir als Neutrale immer wieder — vielleicht kann man das dem Kollegen Fiedler mitteilen —: Wir lieben das Militär nicht, gehören keinem Militärblock an, wollen und werden keinem angehören, aber wir warnen vor der Illusion, den Frieden zu retten oder Friedenschancen zu verstärken durch eine Auflösung der Militärblocks! Eine solche Auflösung der Militärblocks würde nur die Unsicherheit vergrößern, die graue Zone der Unsicherheit mit der Einladung zu Aggressionen und Invasionen verstärken. Daher können wir vor einer solchen Fehlorientierung nur warnen.

Immer mehr scheint sich aber schon in den Vorbereitungen in Helsinki eine Frage als eine der zentralen Schwierigkeiten herauszubilden, wie es ja auch eine der zentralen Schwierigkeiten zwischen den beiden deutschen Staaten wird: Kultureller Austausch, geistige Verbindung! — Ja wie soll man denn zusammenarbeiten, wenn es die Verbindung nicht gibt?

Aber darf ich die bereits abgebrauchte Münze wieder in die Hand nehmen: Ein kultureller Austausch kann sich nicht erschöpfen im Austausch von Balletten und Symphonieorchestern. Es kommt auf die Freizügigkeit der Menschen und Ideen an, und da hören wir jetzt von Ostblockstaaten: Wir müssen unseren Staat schützen vor der Vergiftung durch fremde Ideen, insbesondere vor der Vergiftung der Volksseele durch die Pornographie. Bitte, das soll jedes Volk halten, wie es will. Wir halten es auch so, daß bei uns Pornographie nicht erlaubt ist. Ich will mich nicht auf diese Details einlassen. Mich interessiert nur

Czernetz

die Frage, ob man die großen Zeitungen aus dem Westen, aus Amerika, aus England, aus Deutschland und aus Frankreich in der Sowjetunion, in Polen und in der Tschechoslowakei so frei kaufen kann wie in Wien, in Paris oder in London.

Das möchte ich wissen, und es wird auch die Frage sein, ob man Bücher verkaufen kann von Autoren, die nicht in dem Land sind und die auch der Regierung nicht genehm sind. Wir sind ja überflutet nicht nur von russischer Literatur, sondern von russischer Literatur in deutscher Sprache. Das gleiche ist in England und in Frankreich der Fall. Kann es einen geistigen Austausch geben ohne einen Austausch der Literatur? Das ist ja nicht möglich. Hier stehen wir — das soll man erkennen — vor einer ungeheuren Schwierigkeit. Diktaturen sind dazu „nicht gut in der Lage“, um das vorsichtig zu sagen.

Man wird drängen müssen. Man soll Kompromisse und Scheinresultate nicht in den Himmel loben. Aber man darf nicht locker lassen. Man wird mit dem gedämpften Optimismus, den wir haben, weiter drängen müssen, um auf der Linie die Zusammenarbeit Schritt für Schritt zu verstärken, weil das eine Voraussetzung für das Zusammenleben ist.

Ich darf noch auf eine Frage aufmerksam machen, die schon vor Straßburg und in den Debatten in Straßburg eine gewisse Rolle gespielt hat. Auf dem alljährlich stattfindenden Kolloquium des Ministerkomitees und einer Gruppe von zirka 40 Abgeordneten aus allen Ländern, das in Paris jedes Jahr Mitte Dezember stattfindet — das sind die Vorsitzenden der Kommissionen und Stellvertreter, das sind Berichterstatter, ungefähr 40 —, haben wir im letzten Jahr eine Äußerung von einem Ministervertreter eines EWG-Landes gehört, der sagte: Wir haben die Mittel, den Umweltschutz zu betreiben, der Europarat soll sich mit dem Naturschutz befassen! Und dann gab es die Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der Ministerkonferenz über den Umweltschutz in Wien.

Es schien unmittelbar zuvor, daß der Europarat ausgeschaltet werden soll: Wir können uns mit Naturschutzparks befassen, aber nicht mit der Lebensfrage des Umweltschutzes. Wir haben den bitteren Scherz gemacht: Das heißt, die Schweizer können ruhig schmutziges Wasser in den Rhein gießen, die EWG-Staaten säubern das schon allein für sich. Und wir können das mit dem Bodensee machen. — Das ist Wahnsinn! Hier muß man zusammenarbeiten.

Mit Genugtuung konnten wir feststellen, daß auf der Wiener Ministerkonferenz für den

Umweltschutz vor zwei Monaten der deutsche Innenminister Genscher das Steuer herumgerissen hat. Ihm sind die Engländer und die Italiener und andere gefolgt, und das Ende war, daß man sich darauf festgelegt hat: Umweltschutz in dem größtmöglichen Rahmen, das ist für uns jetzt der Europarat! Wir wissen genau, daß wir über den Europarat hinaus Umweltschutz auch mit der Tschechoslowakei, mit Ungarn und mit Jugoslawien machen müssen; das geht über die Grenzen der Staaten und der Systeme hinaus.

Das gleiche gilt für eine andere Frage, nämlich für die Frage der Wissenschaft. Wir stehen jetzt vor dem Problem nach der dritten Konferenz über Parlament und Wissenschaft, die voriges Jahr im April in Lausanne stattfand und die die Forderung erhoben hat, wir sollen in Europa einen Wissenschaftsfonds bilden, eine Stiftung, die imstande ist, die wissenschaftliche Forschung zu fördern. Antwort von manchen EWG-Seiten: Das machen wir unter uns, wir haben die Mittel, das geht euch nichts an! Wir Österreicher haben bescheiden gesagt: Ihr wollt wissenschaftliche Forschung und Technologie ohne die Schweizer und ohne die Schweden machen? Ist das nicht Wahnsinn? Darauf wollt ihr verzichten? Oder das wollt ihr alles duplizieren?

Wir sind jetzt bei der Vorbereitung eines Kolloquiums, das Mitte September in Straßburg stattfinden wird, die Hälfte Wissenschaftler, die andere Hälfte Parlamentarier, und wir haben die Hoffnung, daß ein Mitglied der Europäischen Kommission der EWG hinkommen wird, das im Sinne der wissenschaftlichen Forschung im Rahmen der Siebzehn sprechen wird. Das ist ein Durchbruch, der wichtig ist. Wir werden mit den Wissenschaftlern zu reden haben über den Entscheidungsprozeß in der Gesellschaft — das englische Wort decision making process ist klarer als die deutsche Übersetzung „Entscheidungsprozeß“ —, über die Entwicklung der Wissenschaft und der Technologie im Verhältnis zur Gesellschaft und über die Notwendigkeit entsprechender Entwicklungen und Fortschritte der Entscheidungsmechanismen in unserer Gesellschaft und in unseren Staaten.

Wir werden die vierte Konferenz über Parlament und Wissenschaft vielleicht für das nächste Jahr oder für das übernächste Jahr vorzubereiten haben. Wir wollen hier einen möglichst weiten Rahmen haben und hoffen, daß das gelingen wird.

Hohes Haus! Das sind ein paar Ergänzungen und Erwägungen, die über den vorliegenden Bericht hinausgehen müssen, der ja immer schon veraltet ist, der einer Kritik dienen

Czernetz

kann, wenn sie kommt, aber mündlich berichten müssen wir darüber, wie es jetzt weitergeht.

Die parlamentarische Delegation leistet ihren Beitrag, und ich glaube, wir können sagen, wir tun unsere Pflicht. Es ist erwähnt worden, daß vom Beginn dieses Monats an bis zum Jahresende unser Bundesminister für Äußeres Dr. Kirchschlager der Vorsitzende des Ministerkomitees ist. Wir haben mit Genugtuung und Freude das große Interesse und das Engagement des Herrn Bundesministers in Straßburg festgestellt; ich glaube sagen zu dürfen über Parteigrenzen hinweg, denn das ist keine Frage von Parteiunterschieden. Ich kann dem Hohen Hause sagen: Es war das erste Mal und eine kleine Sensation, daß der Vorsitzende des Ministerkomitees nicht nur seinen Routinebericht gebracht und Routineantworten gegeben hat, sondern daß er sich auch die Zeit genommen hat und einen ganzen Tag bei den folgenden Berichten und Debatten dabei war. Die anderen haben gesagt: Es ist seit 1949 noch nie vorgekommen, daß das ein Vorsitzender des Ministerkomitees gemacht hat.

Wir danken dem Herrn Bundesminister, wir sind froh darüber, daß wir hier einen starken Verbündeten haben, und wir hoffen, daß der Beitrag, den wir zur Einigung des freien Europas und für eine friedliche und freiheitliche Entwicklung Europas leisten können, in Zukunft noch verstärkt auch mit der Hilfe der Bundesregierung und des Bundesministers geschehen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Peter. Er hat das Wort.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die innenpolitische Kontroverse zwischen dem Herrn Abgeordneten Dr. Kohlmaier und dem Herrn Abgeordneten Dr. Fischer, die mit dem Tagesordnungspunkt Aufhebung eines Artikels der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages sicher nichts zu tun hatte, wird aller Voraussicht nach in der morgigen Berichterstattung der österreichischen Massenmedien weiten Platz und Raum einnehmen.

Die gegenständliche Debatte wird diesen Raum in der Berichterstattung der österreichischen Massenmedien voraussichtlich nicht zugestanden erhalten. Gerade deswegen möchte ich mir erlauben, namens der freiheitlichen Fraktion einen Aspekt aufzuzeigen, der mir vom gesamtstaatlichen Interesse her überaus wertvoll erscheint, der aber in der Verdeutlichung gegenüber der österreichischen Öffentlichkeit durch die Massenmedien bis heute kaum einen Niederschlag gefunden hat.

Ich meine, daß es in diesem Nationalrat nicht nur Trennendes zwischen den Parteien und Fraktionen gibt, sondern ich bin auf Grund der allgemeinen Entwicklung zutiefst davon überzeugt, daß es in diesem Hause zwischen den drei Fraktionen auch außerordentlich viel Verbindendes und Gemeinsames gibt. Gerade das kommt auf dem Gebiet der Außenpolitik immer wieder zum Ausdruck trotz der differenzierten Auffassungen der drei Fraktionen zu den einzelnen Themen, die zur Diskussion stehen und die zu behandeln sind. Ich glaube, das ist gerade eine Stärke dieses kleinen Staates, eine Stärke, an der man auch in der Betrachtung im eigenen Land nicht achtlos vorübergehen sollte.

Der Herr Abgeordnete Czernetz hat heute den Ausdruck Semi-Diplomatie gebraucht, den man auch gebührend berücksichtigen sollte. In all den internationalen Institutionen, in denen Parlamentarier wirken, hat sich eine Gesprächsebene vielfältigster Art ergeben, die ich persönlich auf Grund meiner Erfahrungen als außerordentlich nützlich bezeichnen möchte.

Es ist vielleicht von seiten derer, die nicht aktive Europäer in Straßburg sind, in diesem Hause auch ein Wort zum Ausdruck zu bringen, ein Wort der Bestätigung, das eigentlich ein Wort des Selbstverständnisses ist, wenn wir darauf verweisen, daß wir sehr davon überzeugt sind, daß die Abgeordneten aller drei Fraktionen, die Österreich in Straßburg vertreten, eine verantwortungsbewußte und beachtliche Arbeit im Interesse unseres Landes leisten.

Aber dieser Europarat droht vom Mittelpunkt des Interesses leicht in die peripheren Randbereiche Europas zu geraten, wenn wir nicht selbst, wenn nicht alle Beteiligten dieser Institution das erforderliche Augenmerk zuwenden. Wie lange schon, Herr Abgeordneter Czernetz — Sie gehören ihm schon jahrelang an — wartet der Europarat auf die Aufwertung, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müßte? Nicht auf eine Aufwertung um der Aufwertung willen, sondern auf eine Aufwertung, an der wir selbst das größte Interesse haben müßten.

Vielleicht ist es darin begründet, wie Sie heute sagten, Herr Abgeordneter Czernetz, daß zuwenig berichtet wird, nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Ländern, daß zuwenig berichtet wird über die Qualität der Arbeit des Europarates. Dadurch entstand manchmal der Eindruck, daß die Qualität der Arbeit des Europarates nicht die wäre, die man erstreben würde. Ich betrachte den Europarat im Gegenteil als einen Ausgangspunkt

Peter

für eine ausgezeichnete politische Arbeit, darüber hinaus als eine Kontaktbasis und eine geistige Brücke gerade nach der Seite jener Staaten hin, die derzeit auf Grund der Entscheidungen von Jalta in westeuropäischen Institutionen nicht verankert sind und dort ihr Wort nicht erheben können.

Aber ich glaube, wir sollten, gerade auf Österreich bezogen, im Zusammenhang mit dem Europarat auch etwas außerordentlich Positives festhalten. Trotz der mangelhaften Berichterstattung und Information über die Arbeit des Europarates in Österreich registriere ich persönlich in meiner politischen Arbeit ein außerordentliches Interesse der österreichischen Jugend an der Tätigkeit des Europarates, und ich erlebe auch immer wieder, wie relativ große Teile der österreichischen Jugend nach Straßburg fahren, um die Institution selbst kennenzulernen.

Wir sollten gerade in der Phase, in der der österreichische Außenminister der Vorsitzende des Ministerkomitees ist, die Frage der Aufwertung des Europarates und die Frage, was wir als Österreicher dazu beitragen können, nicht nur sehr ernst nehmen, sondern zum gegebenen Zeitpunkt auch im zuständigen Ausschuß einer sehr eingehenden Erörterung unterziehen. Wegen der Sache an und für sich, wegen der derzeit bestehenden Konstellation und vielleicht auch deswegen, weil zum Beispiel Nixon das Jahr 1973 zum „Jahr Europas“ erklärt hat und weil nicht zuletzt auch von seiten Englands und des derzeitigen Premierministers in Richtung Europa entscheidende Initiativen ausgegangen sind. Es gilt nun, durch die berufenen Fachleute die Frage zu prüfen: Inwieweit kann unter dem Vorsitz des österreichischen Außenministers im Ministerkomitee ein entscheidender Impuls in Richtung Aufwertung des Europarates gesetzt werden?

Ich möchte Ihnen, Herr Bundesminister Kirchschräger, alles andere als einen Neutralismus unterstellen. Ich glaube, ein derartiger Vorwurf an Ihre Adresse würde vollkommen ins Leere gehen. Im Gegenteil: Die Ansätze, die zur Zeit Ihrer Amtsführung auf dem Gebiet einer aktiven Neutralitätspolitik Österreichs getätigt worden sind, sind beachtlich, und sie sind auch von seiten der freiheitlichen Abgeordneten registriert worden. Aber ich glaube, daß nicht nur vom Ressort her, sondern vielmehr von der gesamten derzeitigen Bundesregierung her dem Problem der Europareife, der Politik der Europareife die gebührende Aufmerksamkeit zugewendet werden müßte. Eine Politik der Europareife, die etwa beim Konzept für die Agrarverhandlungen

mit den Europäischen Gemeinschaften ihren Anfang nehmen könnte, müßte eben bis zum Problem der aktiven Europapolitik im aufgezeigten Sinne reichen.

Sie, Herr Bundesminister Dr. Kirchschräger, haben ja auch bereits zum Ausdruck gebracht, daß Sie sich die Aktivierung des Europarates als Ziel gesetzt haben. Das stellen wir mit Genugtuung fest, weil im Augenblick eher der Eindruck vorherrscht, daß auf Grund der Entwicklung im Bereich der Neunergemeinschaft der Europarat zu einem Aschenbrödel der Europäischen Gemeinschaften werden könnte, weil immer mehr eine Schwerpunktverlagerung in Richtung des Europäischen Parlaments in Luxemburg registriert werden muß und weil gerade diese Entwicklung dem neutralen Österreich besonderes Kopfzerbrechen bereitet. Umso notwendiger ist es, auf die Bedeutung und auf die Kostbarkeit jener Basis zu verweisen, die Österreich im Europarat besitzt, und es erscheint mir berechtigt, alle Mühen und Anstrengungen aufzuwenden, um von Österreich aus die Basis des Europarates durch einen entsprechenden Beitrag unseres Landes zu stärken.

Mir ist aber das, Herr Bundesminister, was Sie bisher zur Aktivierung des Europarates in Interviews und in anderer Form in der Öffentlichkeit gesagt haben, zuwenig. Lassen Sie mich bitte bei Ihrem Interview in der Züricher „Weltwoche“ vom 18. April dieses Jahres anknüpfen. Da sagten Sie unter anderem: „Der Europarat ist seit zwei Jahren viel zuviel damit beschäftigt, über sich selbst nachzudenken.“

Hier würde mich auch interessieren, wie der Herr Abgeordnete Czernetz diese Meinung des Herrn Bundesministers interpretiert. Weiter führte der Herr Bundesminister Dr. Kirchschräger gegenüber Frau Sandner aus:

Das schadet einer Institution genauso wie einem einzelnen Menschen. Zugegeben, sagte Dr. Kirchschräger weiter, der Europarat habe seine Aufgabe nicht erfüllt. — Ein hartes Urteil! — „Er ist eine lose, vielleicht zu lose Integrationsform geblieben. Trotzdem bin ich entschieden gegen seine Auflösung. Ich halte ihn ganz und gar nicht für überflüssig. Im Gegenteil, Europa braucht ihn mehr denn je.“

Man darf diese Meinung des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten dahin gehend ergänzen, daß man feststellt: Auch Österreich braucht den Europarat notwendiger denn je, weil uns gerade bei der letzten Konferenz der Interparlamentarischen Union in Helsinki Tendenzen begegnet sind, die vor allem von seiten des Ostblocks ausgegangen sind, eine neue Gesprächsbasis im

Peter

Bereiche Europas anzupeilen. Es waren sehr tastende Versuche, sehr eingekleidete Versuche, die vor allem die Finnen vorgetragen haben, die aber gerade den für die österreichische Außenpolitik Verantwortlichen äußerst hellhörig machen müssen.

Und gerade da hinein erscheint mir, Herr Bundesminister, die Frage von uns Freiheitlichen gerechtfertigt: Wie sieht Dr. Kirchschlägers Konzept für die Aufwertung und für die Aktivierung des Europarates aus? Ich bestehe dabei gar nicht darauf, daß Sie diese Frage heute beantworten, sondern in angemessener Frist in einer Ihnen geeignet erscheinenden Form.

Ich unterstreiche und bejahe ein Wort, das Sie, Herr Abgeordneter Dr. Withalm, im Jänner dieses Jahres in Straßburg prägten, als Sie meinten, daß die große Zeit des Europarates noch bevorstehe. Ich wünsche sehr, daß Sie mit dieser Auffassung recht behalten und daß der Europarat eine große Phase der Entwicklung und eine Phase der Bedeutung seiner Arbeit vor sich hat.

Straßburg und Luxemburg, meine Damen und Herren, sind Europapositionen von besonderer Bedeutung, denen wir Österreicher auch die besondere Beachtung zuzuwenden haben. Wir sollten aber auch der in Luxemburg immer stärker erkennbar werdenden Entwicklung das gebührende Augenmerk zuwenden. Luxemburg ist auf Grund unserer Neutralitätspolitischen Haltung ein Fall sui generis, an den man von seiten Österreichs mit besonderem Bedacht herangehen muß. Ich glaube, daß die Diskussionsform von diesem Pult aus nicht geeignet wäre, diese Frage einer Überlegung zu unterziehen, aber ich persönlich würde gerne Ihre Auffassung kennenlernen, wie Sie, Herr Bundesminister, gerade auf der Grundlage einer aktiven Neutralitätspolitik glauben, eine Beobachterposition Österreichs in Luxemburg errichten und aufbauen zu können, eingebettet und eingefügt in den neutralen Status unserer Republik. Denn hier sollte man mit besonderer Aufmerksamkeit die dort einsetzende und ablaufende Entwicklung von Seite Österreichs beobachten und registrieren, um zum gegebenen Zeitpunkt auch die für uns nützlichen Folgerungen und Entschlüsse daraus ableiten zu können.

Ich wollte mich nicht bei zwei aufeinander folgenden Tagesordnungspunkten melden und will daher die Genehmigung des Herrn Präsidenten erbitten, den vorangegangenen Tagesordnungspunkt jetzt kurz einbinden und auf das zurückkommen zu dürfen, was der Herr Abgeordnete Dr. Karasek angerissen hat.

Vor einigen Wochen schrieb „Die Presse“ Wien sinngemäß: Nach 28 Jahren des Bestandes der Zweiten Republik, nach 28 Jahren, in denen wir Erfahrungen mit drei Regierungsformen gesammelt haben, der großen Koalition, einer Mehrheitsregierung und einer Minderheitsregierung, und nach Jahrzehnten umfassender, verbaler Bekenntnisse zur Auslandskulturpolitik Österreichs weiß eigentlich in Wahrheit heute niemand, wie das Konzept der Auslandskulturpolitik Österreichs beschaffen ist, weiß niemand Verantwortlicher, was er recht will und was er recht soll.

Ich brauche von Herrn Dr. Karasek schon Gesagtes nicht wiederholen, unterstreiche daher nur die Aufteilung in drei Kompetenzbereiche und glaube, daß das gerade das Schlechteste ist, was man der österreichischen Auslandskulturpolitik antun kann.

Nach dem Höhenflug des Herrn Dr. Karasek mit seiner Sektion VII — diese Sektion VII wird auch von seiten des politischen Gegners als beachtliche Leistung gepriesen, Sie brauchen nicht mich zum Zeugen anrufen, ich rufe den derzeitigen Unterrichtsminister Sinowatz als Kronzeugen für dieses Urteil auf — zeigt sich aber doch die Situation so, daß die Kompetenzen für den Abschluß kultureller Verträge und Kulturabkommen nach den kleinen Kompetenzgesetz dem Außenministerium überantwortet sind und daß andererseits das, was noch übriggeblieben ist, auf das Bundesministerium für Unterricht und Kunst einerseits und auf das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung andererseits aufgeteilt ist.

Nun gibt es einen Entwurf für ein Ministeriengesetz, liegt im Hause eine Regierungsvorlage für das große Kompetenzgesetz. Es beabsichtigt nun die derzeitige Bundesregierung im Rahmen des Ministeriengesetzes, so will mir scheinen, eine Klärung des Kompetenzbereiches und der Kompetenzfragen in Richtung und zugunsten des Außenministeriums.

Aber wenn man hellhörig liest, was von verschiedenen Seiten der Bundesregierung zur Thematik der Auslandskulturpolitik gesagt wird und gesagt wurde, dann wird man eigentlich von seinem berechtigten Mißtrauen, Herr Bundesminister, nicht befreit, ein Mißtrauen, das man gar nicht haben möchte, aber das einfach durch die ungeklärte Situation aufgezungen und aufgenötigt wird.

An ein und demselben Tag haben Sie sich zum gleichen Thema geäußert wie der Bundesminister für Unterricht Dr. Sinowatz: Herr Sinowatz sagte in der „Presse“ am 8./9. April — in der Wochenendausgabe — dieses Jahres:

6866

Nationalrat XIII. GP — 74. Sitzung — 30. Mai 1973

Peter

„Zuerst brauchen wir eine exakte Bestandsaufnahme. Ich denke da an ein ähnliches Vorgehen wie unter Karasek.“ Das war sehr erfolgreich. — Er ist leider nicht da, der Herr Bundesminister für Unterricht, aber die Frage wäre auch an den Bundeskanzler zu richten. Wenn das, was Dr. Karasek als Chef der Sektion VII im damaligen Unterrichtsministerium an Bestandsaufnahme erarbeitet hat, gut ist, und das behauptet Bundesminister Doktor Sinowatz, dann frage ich ihn, warum er jetzt eine neue Bestandsaufnahme in die Wege leiten will, die nicht nur Zeit kostet, sondern die auch kostenaufwendig ist und die eine Inangriffnahme eines Konzepts höchstens verzögert und erschwert.

Auf Grund dieses Interviews — ich bitte nicht ungehalten zu sein, Herr Bundesminister — war ich mit Ihnen außerordentlich unzufrieden, unzufrieden deswegen, weil Ihren Ausführungen eine eher nachgiebige Haltung zu entnehmen ist und weil die auf der gleichen Seite stehenden Versuche des Bundesministers Sinowatz, doch noch die Auslandskulturpolitik zu behalten, von Ihnen meines Erachtens nicht energisch genug abgewehrt und zurückgewiesen worden sind.

Gestatten Sie mir das bekannte Wort vom Landgrafen, der hart bleiben soll, in den Raum zu stellen und unter keinen Umständen bei den jetzt laufenden Beratungen über das Ministerengesetz hier eine Konzession an das Bundesministerium für Unterricht und Kunst zu machen.

Ich hoffe auch, daß die Beratungen über diese Regierungsvorlage zügig vonstatten gehen und daß diese leidige Frage hinsichtlich der Kompetenzen der Auslandskultur möglichst noch in der Frühjahrssession des Nationalrates eine endgültige Klärung erfahre.

Nun habe ich noch eine Bitte, auf die ich schon heute und zeitgerecht verweisen möchte. Im Jahre 1976 begehen die USA ihren 200jährigen Bestand, und im Jahre 1976 feiern wir auch „200 Jahre österreichisches Burgtheater“. Aus dieser Überlegung heraus, glaube ich, wären zeitgerecht Gedanken anzustellen, wie man hier, eingeordnet und eingebettet in ein Gesamtkonzept der Auslandskulturpolitik, auch diesem Ereignis Rechnung tragen könnte.

Da Sie aller Voraussicht nach doch in absehbarer Zeit für die Auslandskulturpolitik endgültig zuständig sein werden, bitte ich Sie und Ihre Mitarbeiter in New York, dem Problem des dortigen Kulturinstitutes auch das gebührende Augenmerk zuzuwenden.

Man hört sehr viel Gutes und sehr viel Beachtliches über die wenigen österreichischen Kulturinstitutionen im Ausland. Aber über das jetzt Genannte hört man nicht nur Gutes. Ich bitte die derzeit verantwortlichen Regierungsmitglieder, auch das Negative einer Begutachtung und möglichst raschen Prüfung zu unterziehen, das man derzeit neben dem Guten über das Kulturinstitut in New York hört.

Ein letzter Gedanke — ich glaube, er paßt so richtig in den Zeitablauf hinein; wir stehen ja noch vor Beginn aller Arbeiten am Budget 1974 — muß auch dem „Landgraf „bleibe hart“ zugeordnet werden. Herr Bundesminister! Bitte seien Sie heuer in den Gesprächen mit dem Bundesfinanzminister härter, was Ihr Budget anlangt, als Sie es im letzten und im vorletzten Jahr gewesen sind.

Wir haben heute einen Bundeskanzler, der jahrelang Außenminister dieser Republik war. Ich glaube, wenn wir nicht unter Dr. Kreisky einen entscheidenden Durchbruch für eine bessere Budgetierung des Außenministeriums erreichen, dann wird es überhaupt keinen Finanzminister in dieser Republik mehr geben, der ein wirklich notwendiges Verständnis für die vielfältigen, umfassenden und äußerst verantwortungsvollen Aufgaben der österreichischen Außenpolitik aufbringt.

Herr Abgeordneter Czernetz! Ich möchte jetzt noch einmal auf Sie zurückkommen und bei Ihnen anknüpfen und eines festhalten: Ich glaube, nicht nur die österreichischen Massenmedien müssen mehr über Außenpolitik berichten, ich glaube auch, daß dieser Nationalrat, daß dieses Parlament endlich die Außenpolitik entdecken soll und daß nicht nur immer wieder von diesem Pulte aus lediglich die Abgeordneten, die in internationalen Institutionen tätig sind, sich mit den Problemen der Außenpolitik auseinandersetzen, sondern daß wir das künftig auf breiter Grundlage tun müssen.

Helfen Sie der freiheitlichen Opposition, künftig auch beim Finanzminister und beim Regierungschef mehr Verständnis für mehr Mittel und mehr Geld für dieses Ministerium, und zwar schon konkret im Budget 1974 zu erhalten.

Die freiheitlichen Abgeordneten werden dem Bericht über die XXIV. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarates die Zustimmung erteilen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Karasek.

Abgeordneter Dr. **Karasek** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Zufall schickt es, daß ich jetzt nach dem Abgeordneten Peter neuer-

Dr. Karasek

lich an diesem Pult bin. Man wird glauben, daß ich befangen bin, wenn über die Periode in der Auslandskulturpolitik die Rede ist, in der ich selbst eine Verantwortung trage. Ich nehme gerne das Positive, das über diese Zeit gesagt wird, zur Kenntnis.

Vielleicht mögen die kritischen Anmerkungen, die heute von mir zu diesem Thema gemacht wurden, und die Unterstützung, die Abgeordneter Peter in diesem Zusammenhang zugesagt hat, als Artikulierung eines gewissen Unbehagens in der Auslandskulturpolitik empfunden werden, das sich schließlich zum Guten wendet, weil es Ihren Rücken stärkt, Herr Bundesminister, Ihren Rücken vielleicht gegenüber den Begehrlichkeiten Ihrer Ministerkollegen in diesem Zusammenhang, aber auch Ihren Rücken — das wird sehr, sehr wichtig sein — gegenüber dem Finanzminister, wenn es darum geht, daß das Außenministerium einen gerechten Anteil des Außenministeriums am Budget für die kulturelle Außenpolitik bekommt. Insofern, Herr Abgeordneter Peter, war es sehr, sehr nützlich, daß Sie auch dazu ein Wort gesagt haben, ein Wort, das in die gleiche Richtung zielt wie meine vorherigen Ausführungen.

Nun zum Europaratsbericht. Heute ist von allen Seiten des Hauses äußerst viel und erfreulicherweise äußerst Positives über den Europarat gesagt worden. Nach den vormittägigen Auseinandersetzungen ist jetzt eine gewisse Ruhe eingetreten, und zwar mit Recht, weil wir uns hier in einem wichtigen Punkt gefunden haben.

Ich will nicht sagen, daß es eine gemeinsame und überparteiliche Außenpolitik gibt. Wir haben oft gesagt, daß wir uns in gewissen Methodenfragen unterscheiden, und wir haben oft erklärt, daß die Voraussetzungen für eine solche gemeinsame Außenpolitik derzeit nicht gegeben sind. Wir haben uns allerdings immer zur Kontinuität in der Außenpolitik bekannt und dem Minister nie Schwierigkeiten gemacht, wenn er auf einer Linie die Außenpolitik fortgeführt hat, für die der Grund in früheren Zeiten gelegt wurde.

Aber man kann, wie ich glaube, auf Grund der heutigen Debatte und auf Grund unserer konkreten Erfahrungen aus Straßburg sagen: In der Europapolitik sind sich doch alle drei Fraktionen dieses Hauses weitgehend einig, und es soll uns eigentlich nicht unglücklich machen, daß es in diesem Hause, wie es an diesem Pult heute von verschiedenen Rednern gesagt wurde, doch gewisse Punkte gibt, bei denen wir uns finden.

Der Bericht, der vorliegt, behandelt eine abgelaufene Periode. Eine solche Debatte wie

die heutige sollte eigentlich zukunftsorientiert sein. Man müßte fragen: Wie sehen wir jetzt, wie sehen wir die nächsten Wochen, wie sehen wir die nächsten Monate in Europa?

Ich will mich ganz kurz fassen und dazu nur einige Punkte setzen, um anzudeuten, wie wir von der Österreichischen Volkspartei die Entwicklung sehen.

Europa ist für uns wichtig in einem Augenblick, wo in Helsinki die Vorbereitungen für eine europäische Konferenz, die sich mit der Sicherheit und der Zusammenarbeit der europäischen Staaten und Völker befaßt, vor sich gehen, wobei man mit einem ersten Zusammentreffen der Außenminister doch, glaube ich, Ende Juni Anfang Juli, aber spätestens im Herbst wird rechnen können.

Für uns ist Europa aktuell in einem Augenblick — das haben wir heute wiederholt gehört —, wo der Straßburger Europarat den Bericht des Herrn Reverdin diskutiert hat. Europa ist für uns aktuell in einem Augenblick, wo in Washington Nixon erklärt, 1973 werde für die Amerikaner das Europajahr sein, und wo Kissinger dann konkret den Europäern den Köder zuwirft und in einer programmatischen Rede die amerikanischen Auffassungen zu Europa dargelegt hat.

Daher müßte man ganz kurz, wie ich glaube, zu diesen drei Problembereichen ein Wort sagen.

Was die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa anlangt, so sind die Auffassungen der Österreichischen Volkspartei dem Herrn Bundesminister für Äußeres nicht unbekannt; wir haben sie wiederholt bei früheren Gelegenheiten dargelegt. Es hat sich, Herr Minister, auf unserer Seite an der Einstellung zu dieser Konferenz, an der Einstellung, die an sich im Prinzip positiv war, nichts geändert. Allerdings hat sich freilich auch an unserer Skepsis und unserer gewissen Reserve nichts geändert.

Was wir mit einer gewissen Genugtuung feststellen, war die Kohärenz des Westens. Ich habe das unlängst beim Gespräch mit Außenminister Graber gesagt. Zu unserem Erstaunen hat sich die Kohärenz des Westens als viel stärker erwiesen, als wir ursprünglich, als die Konferenzvorbereitungen begonnen haben, geglaubt hatten.

Ich bin vollkommen einverstanden mit dem Urteil des schweizerischen Außenministers, das er bei diesem Gespräch ausgesprochen hat: daß die Rolle der Neutralen und die Zusammenarbeit, die die Neutralen in Helsinki in der Konferenzvorbereitungsphase geleistet haben, sehr positiv zu werten sind.

Dr. Karasek

Ich möchte nur in Erinnerung bringen, Herr Bundesminister, daß für uns von der Volkspartei — ich glaube doch, daß das weitgehend eine einige Auffassung in diesem Hause ist; ich weiß, daß Kollege Czernetz in Straßburg in einem ähnlichen Sinne plädiert hat, daher wird uns auch das nicht trennen — die Frage der Gedanken-, Informations- und Personenfreiheit das Um und Auf einer wirklich qualitativen Änderung der europäischen Verhältnisse darstellt. Wenn es auf diesem Gebiet keine Fortschritte, keine Konzessionen von der östlichen Seite gibt, dann wird die Konferenz unseres Erachtens nicht zu jenem Erfolg führen, den sich heute die europäischen Völker besonders im Westen erwarten.

Bedenklich erscheint uns — auch das muß ich jetzt wieder außenpolitisch darlegen — die leider eingetretene Lockerung des Zusammenhanges zwischen der Europäischen Sicherheitskonferenz einerseits und MBFR andererseits. Ich sage dieses kritische Wort umso offener, als ich den Eindruck habe, daß sich die Amerikaner sehr wohl damit abgefunden haben, ja daß diese Lockerung nachgerade offenbar in die Zielrichtung der amerikanischen Außenpolitik paßt, zumal auch die russische Seite dieser Lockerung stattgeben will.

Ich muß sagen: Ich habe von allem Anfang an die Meinung vertreten, es sollten auf der Europäischen Sicherheitskonferenz die Fortschritte zur anderen Konferenz parallel geschaltet sein. Sicher wird man sagen: Ja die Sicherheitskonferenz wird dann viel schneller die Tagesordnungspunkte erledigen können, MBFR ist eine große Verhandlungsrunde, ähnlich wie SALT, da wird es Jahre dauern, so lange soll man nicht warten.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß die europäische Sicherheit wächst, wenn nicht gleichzeitig der Rüstungsstand in Europa vermindert wird. Ich kann mir nicht vorstellen, daß nicht weiterhin darauf achtgegeben wird, daß diese Verminderung des Rüstungsstandes in einem ausgewogenen Ausmaß erfolgt. Ich möchte hoffen, daß meine pessimistischen Einschätzungen hinsichtlich MBFR unbegründet sind und daß wir doch zu einem guten Ende in dieser Frage kommen.

Ich möchte noch ein drittes im Zusammenhang mit dieser Sicherheitskonferenz sagen — Abgeordneter Peter hat ja das auch bereits angedeutet —: Dem Gedanken der Schaffung permanenter Institutionen auf Regierungsebene, aber, wie ich glaube, auch auf der Ebene der parlamentarischen Einrichtungen müssen wir mit einiger Reserve gegenüberreten.

Das zur Sicherheitskonferenz noch einmal aus aktuellem Anlaß kurz als unsere Stellungnahme zusammengefaßt.

Was nun den Reverdin-Bericht anlangt, kann ich mich auch sehr kurz fassen, weil ja das Wesentliche schon gesagt wurde. Ich knüpfe da an die Bemerkungen meines Vorredners an, der sich darauf beruft, daß Sie, Herr Bundesminister, gesagt haben, dieser Europarat solle sich doch nicht permanent in Frage stellen. Ich glaube, da haben Sie völlig recht: Das soll er nicht. Nur dieses Mal war meiner Meinung nach die Diskussion äußerst nützlich, weil es keine bloß akademische Debatte war. Ich halte die Prozedur, daß vorher Reverdin mit einer Kommission zu allen 17 Außenministern gefahren ist und ihnen die Meinung der Beratenden Versammlung zur Frage des Europarates verdolmetscht und die Minister aufgefordert hat, dazu Stellung zu nehmen, für einen äußerst wichtigen „Paukenschlag“, der den Ministern und den Regierungen vielleicht doch in Erinnerung gebracht hat, welch ein wertvolles Instrument, teilweise von diesen Regierungen leider unbenutzt, für die europäische Entwicklung zur Verfügung steht. Ich hoffe, daß dieser Paukenschlag nicht nur von den Acht, die ein besonderes Interesse daran haben, sondern insbesondere von den Neun gehört wurde, denn dort liegt ja die Wurzel einer gewissen Fehlentwicklung des Europarates, weil diese Neun ihn nicht in dem Maße ernst nehmen, wie wir es wünschen.

Wie wichtig ist dieser Europarat? So wichtig wie er sich selbst nimmt. Darüber sind wir uns einig.

Aber man darf den Doppelcharakter der Institution nicht übersehen: Der Europarat ist ja nicht nur die Beratende Versammlung, der Parlamentarier dieses Hauses angehören, der Europarat umfaßt auf der anderen Seite der Institution die 17 Regierungen; ich meine also das Ministerkomitee. Da haben wir — Herr Bundesminister, das wissen Sie; da erzähle ich Ihnen ja gar nichts Neues — viele unerfüllte Wünsche an die Adresse dieser Minister. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Es ist mir heute durch meine Vorredner zum Thema Europarat schon viel weggenommen worden. Das macht nichts, ich überspringe gerne Dinge, die in meinem Manuskript, in meinem Stichwortzettel waren, wenn es andere gesagt haben. Hauptsache, es ist in diesem Haus gesagt worden. Es ist etwas Interessantes: Als bei einer der letzten Sitzungen im Europarat der Abgeordnete Czernetz nach mir gesprochen hat, hat er das Redemanuskript geschwungen und gesagt: Jetzt hat gerade

Dr. Karasek

der Kollege Karasek vor mir genau den Ausdruck verwendet, den auch ich in meinem Manuskript habe. — Jetzt, lieber Kollege Czernetz, muß ich Ihnen das zurückgeben. Auch ich hätte vorgehabt, über das starke österreichische Engagement mit den gleichen Worten, mit denen Sie das gesagt haben, zu sprechen, und auch ich habe in meinem Manuskript stehen „vom Außenminister bis zu den Abgeordneten aller Fraktionen“.

Der 15. Mai dieses Jahres war, ich glaube, das können wir ohne Überheblichkeit sagen, im Europarat ein österreichischer Tag. Es haben dort alle gesprochen, die sich vorher schon in der Kommissionsdebatte engagiert haben. Und das Interessante war, daß man es eigentlich dem österreichischen Eingreifen verdankt, daß der Reverdin-Bericht auf Grund unseres Antrages und auf Grund unserer Anregung noch stärker als in der ursprünglichen Form das, was Kollege Withalm hier schon gesagt hat, hervorgehoben und herausgeholt hat: der Europarat muß auch für die Neutralen ein wichtiges politisches Koordinations- und Konsultationsinstrument bleiben. Diese Worte haben wir in den Bericht hineinreklamiert, es sollen keine leeren Worte bleiben. Es wird, glaube ich, mit in der Entwicklung der nächsten Monate unter dem Vorsitz des österreichischen Außenministers liegen, daß der Ministerrat des Europarates sich dieser Funktion bewußt wird.

Nun auch ein Wort zum Europäischen Parlament, weil es der Kollege Peter angeschnitten hat. Ich will nicht zur Frage Stellung nehmen, ob man dort als Beobachter teilnehmen kann oder teilnehmen soll, die Frage ist nicht an mich gerichtet, die Frage war an den Herrn Außenminister gerichtet. Aber ich glaube — das ist meine persönliche Ansicht —, daß das nicht einmal der beste und richtige Weg wäre. Der Reverdin-Bericht sagt — und da bin ich einer Auffassung —, das Europäische Parlament und der Europarat sollten häufiger zu gemeinsamen Tagungen und zu gemeinsamen Sitzungen zusammentreten, als das in der Vergangenheit der Fall war. Und ich meine, es müßte manches an der Prozedur dieser gemeinsamen Tagungen verbessert werden. Das wäre ein Weg, wo man die gewissen Reibereien, wo man die gewissen Eifersüchteleien, wo man das gewisse Auseinanderleben der europäischen Institutionen vermeiden könnte. Das nur ganz kurz zu dieser Frage.

Auch die Frage, ob der Europarat eine besondere Rolle in den Ost-West-Beziehungen spielen könnte, ist wiederholt im Europarat selbst diskutiert worden. Ich glaube, gerade unter dem Eindruck der Entwicklung in Hel-

sinki — und jene Kollegen, die im Jänner im Rahmen der IPU-Tagung in Helsinki gewesen sind, werden das bestätigen — muß man hier zu einer nüchterneren und skeptischeren Einschätzung kommen. Die bisherigen Resolutionen des Europarates, die an die Oststaaten und an die Ostregierungen gerichtet sind, sind meines Erachtens einseitige Liebeserklärungen. Ich meine nicht, daß das schädlich ist, wenn man seine Liebe einseitig erklärt, aber man soll, damit man nicht lächerlich wird, es nicht so oft wiederholen, und man soll sich vielleicht daher in Hinkunft bei diesen Werbeversuchen eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Der Tag wird schon kommen, wenn der Westen und die 17 Staaten und die 17 Regierungen nur fest genug sind bei all diesen Projekten mit permanenten Organisationen und bei diesem Projekt der Schaffung eines Euro-Forums. Wenn sich hier eine gewisse Kohärenz des Westens zeigt, wird man dazu kommen, daß man den Europarat von der östlichen Seite so ernst nimmt, wie man die EWG ernst nimmt, wenn man den Europarat als einen Gesprächspartner braucht.

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, noch ein ganz kurzes Wort zu den Beziehungen Europa—Vereinigte Staaten. In dem vom Kollegen Czernetz erwähnten Bericht von Sir John Rodgers, der sich ausführlich mit diesen Dingen beschäftigt hat, wird darauf hingewiesen — und hier decken sich, glaube ich, die Auffassungen auch von uns —, daß der Begriff der atlantischen Partnerschaft, der die letzten 25 Jahre das NATO-Bündnis geprägt hat, neu überdacht werden muß, daß dieser Begriff der atlantischen Partnerschaft mit einem neuen Inhalt erfüllt werden muß. Heute, in einem Zeitpunkt, wo alles auf Entspannung gerichtet ist, ob in richtiger oder in nicht richtiger Einschätzung der Entwicklung, kann sich doch die atlantische Partnerschaft nicht nur auf sozusagen die gemeinsame Konzeption der Verteidigung, der Abwehr richten, sondern es muß die Interdependenz des Westens auf einem neuen Konsensus aufgebaut werden. Diese alte atlantische Partnerschaft gründet sich ja auf die Struktur einer bipolaren Welt — auch das ist heute hier schon gesagt worden —, und wir haben heute neue Strukturen in eine multipolare Entwicklung.

Ich habe vor eineinhalb Jahren darauf hingewiesen, als wir die Beziehungen zu China diskutiert haben. Es sind natürlich wichtige neue Erscheinungen in der Weltpolitik, es ist das Auftreten Chinas als außenpolitischer Faktor, nachdem China während der Kulturrevolution auf der politischen Bühne sozusagen nicht existent war.

Dr. Karasek

Man kann auch nicht den Aspekt übersehen, daß China heute als eine sehr starke schismatische Kraft im Weltkommunismus nach wie vor da ist, präsent ist, agiert. Man muß heute in Rechnung stellen — und das tue nicht nur ich, das tun gescheiterte Leute, wenn man die Kissinger-Rede genau studiert und liest, sieht man, daß auch er darauf hinweist —, daß das Auftreten Japans als bedeutender wirtschaftspolitischer und auch politischer Faktor aus dieser neuen atlantischen Partnerschaft nicht weggedacht werden kann, und schließlich und endlich geht niemand daran vorbei, daß sich die Sechsergemeinschaft zu einer Neunergemeinschaft erweitert hat und damit ja nur zum Ausdruck kommt, daß eine größere wirtschaftliche und auch eine größere politische Erstarkeung dieser Gemeinschaft in Brüssel zu erwarten ist.

Natürlich bleibt da die Frage, ob die politische Entwicklung, die Entwicklung auf eine Währungsunion, auf eine politische Union, nicht dieser wirtschaftlichen Union nachhinkt. Aber auf alle Fälle sind Ansätze seit dem letzten EWG-Gipfel da, über die man nicht hinwegblicken kann.

Nun hat heute hier schon Kollege Czernetz — hier decken sich ja vielfach die Analysen — mit Recht darauf hingewiesen: Wo liegen die Interessen des neutralen Österreich? Und so wie Sie formulieren auch wir: Selbstverständlich ist es notwendig, daß die Präsenz der Vereinigten Staaten von Amerika in Europa erhalten bleibt, die politische Präsenz in einem gewissen Sinn und die militärische erst recht. Selbstverständlich knüpft sich das — das kann ein neutraler Staat — an das große Interesse, das die Neutralen an einer Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichtes haben, denn jede Veränderung und jede Verschiebung dieses Kräftegleichgewichtes stellt auch unsere Neutralität in eine neue gefährliche Spannungssituation. Und das, was ich hier jetzt von diesem Pult aus formuliere, ist tatsächlich die Meinung der Österreichischen Volkspartei. Wir haben uns mit diesen Fragen beschäftigt. Auch unser Bundesparteiohmann hat in einer Rede in Innsbruck im März dieses Jahres sehr deutlich diese zwingende Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes auch für die Neutralen dargelegt und, folgerichtig fortgedacht, das Interesse der Neutralen an der Präsenz der USA in Europa.

Wir dürfen in diesem Zusammenhang natürlich nicht übersehen, meine Damen und Herren, daß die europäische Kritik an der Politik der USA zu großen Irritationen in der amerikanischen öffentlichen Meinung geführt hat, im Repräsentantenhaus, im Senat, in der

Presse und in weiten Schichten der Bevölkerung. Man muß ein gewisses psychologisches Verständnis für die Tatsache haben, daß sich die Amerikaner nicht permanent zum Prügelknaben der Weltpolitik machen lassen wollen und man gleichzeitig ihre Präsenz in Europa reklamiert als unerlässlich und als wichtig für die eigene Sicherheit.

Ich glaube, man sieht die Dinge weltpolitisch falsch, wenn man den Amerikanern nahelegen will, sie dürften aus Europa nicht weggehen, sie müßten hierblieben, sie müßten hier präsent sein, wenn es darum geht, ihnen das nur zu beweisen, weil die eigenen Interessen, ob es die österreichischen oder die Interessen der übrigen europäischen Staaten sind, es so wollen.

Hier gilt das Wort an die Amerikaner: Tua res agitur. Sie müssen das Bewußtsein bekommen, daß sie ihre eigene Sicherheit verteidigen, indem sie in Europa sind und von hier die Verteidigung kommt. Aus dieser Perspektive, glaube ich, muß man mit den Amerikanern über diese Aspekte der Frage, ob sie dableiben oder gehen sollen, reden. Aber wenn es richtig ist, daß es ihre Interessen sind und daß es auch unsere Interessen sind, daß eine Koexistenz, möchte ich sagen, der beiderseitigen Interessen da ist, dann muß ich natürlich dazusagen, daß sich die Europäer auch in Erinnerung rufen müssen, daß es nicht angeht, daß die Amerikaner allein die Lasten dieser Verteidigung tragen, daß die Amerikaner allein die Lasten dieser Anwesenheit tragen.

Das muß man doch klipp und klar den eigenen Leuten verständlich machen können. Das muß man aber auch den Amerikanern verständlich machen können, und die begreifen das schon. Aber diejenigen, die es oft nicht verstehen, sind jene, die bereits heute darangehen, die Kissinger-Rede zu zerpfücken, und diese Bedenken und jene Bedenken dartun und die so tun, als wären die Amerikaner sozusagen verpflichtet, für die Europäer den Kopf hinzuhalten.

Ich habe es für richtig befunden, daß wir von der Österreichischen Volkspartei heute bei dieser Gelegenheit einmal klipp und klar sagen, wie wir das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten sehen. Ich habe es deshalb für richtig gehalten, weil auch in den eigenen Reihen, besonders bei jüngeren Menschen, ein Unmaß an Kritik an diesen Amerikanern heute gang und gäbe und Mode ist. Ich denke nur an unsere Vietnam-Demonstranten. Aber das sind jene Leute, die in einer etwas kurzsichtigen, vielleicht machmal auch zu idealistischen Beurteilung der Dinge glauben, man könnte sich heute sozusagen an den Amerikanern die Füße abstreifen.

Dr. Karasek

Ein zweites gehört auch an die Adresse der Europäer in diesem Zusammenhang gesagt: Angesichts der wachsenden Wirtschaftskraft dieser erstarkten Europäischen Gemeinschaft muß man auch Verständnis für die Wünsche der USA in der Nixon-Runde haben. Daß das manchen weh tun wird, daß das manchen nicht paßt, daß manche finden, daß ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen darunter zu sehr leiden können, das will ich aus einer rein wirtschaftspolitischen Sicht nicht leugnen, aber aus einer außenpolitischen Sicht muß ich sagen, daß man ein gewisses Verständnis für eine angemessene Verteilung der Lasten in diesem Gesamtkonzept einer europäischen Verteidigung haben muß.

Amerika ist heute — und damit schließe ich — krisengeschüttelt, es ist geschwächt. Es ist geschwächt nach außen durch seine Engagements, wenn ich das so sagen kann, in einer gewissen Rolle als Weltgendarm, in der man sich in manchen Perioden der letzten amerikanischen Entwicklung gefühlt hat. Amerika ist durch dieses zu starke Engagement geschwächt worden, das nicht immer ein erfolgreiches Engagement gewesen ist.

Es ist leider etwas geschwächt, wie man sieht, wenn man die Zeitungen über die Watergate-Affäre liest, nach innen. Man hat kein sehr gutes Gefühl, meine Damen und Herren, wenn man nun daran denkt, daß dieser amerikanische Präsident in Kürze mit Herrn Breschnew verhandelt, und wenn man also weiß, daß er sich mit den Europäern konfrontieren wird, um amerikanische Wünsche zu verdolmetschen. (*Abg. Czernetz: Aber in der russischen Presse ...!*) Weil man in der russischen Presse auch genug hellhörig dafür ist, was für ein wichtiger Partner für die Russen der Herr Nixon in diesem gesamten Zusammenhang ist und daß es für sie wahrscheinlich nicht besser, sondern nur schlechter werden kann, wenn der Verhandlungsleiter auf der amerikanischen Seite in naher Zukunft wechseln würde.

Aber das ist nicht meine Sorge, wie sich die Amerikaner aus dieser Affäre ziehen. Für uns ist es wichtig und notwendig, daß wir in dieser Situation den Amerikanern trotz der inneren und der äußeren Schwierigkeiten, in denen sie sind, unsere Sympathie zeigen, daß wir bei diesem Sympathiebezeugen dieses Bekenntnis zum größeren Europa nicht verleugnen, daß wir das Bekenntnis zum System der Demokratie und der Freiheit ablegen.

Ich habe auch im allgemeinen die Meinung, daß wir bisher den richtigen Weg gegangen sind, ohne uns in ideologische Neutralitätseskapaden einzulassen. Wenn man im Europa-

rat die Reden österreichischer Vertreter hört, können sich alle überzeugen, daß wir in dieser Hinsicht nicht anfällig sind und daß Österreich weiterhin ein Faktor der Entspannung in Europa bleibt.

Das sind unsere Gedanken zur Europapolitik in diesem Augenblick der Entwicklung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schieder.

Abgeordneter Schieder (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Abgeordnete Karasek hat am Beginn seiner Rede gesagt, daß ihm die Vorredner vieles weggenommen haben. Er hat auch noch Dinge gebracht. Was soll dann jemand sagen, der nach ihm spricht?

Fast, möchte ich aber sagen, hätte er mir auch etwas gegeben. Ich könnte es aufgreifen, ich tue es nicht: nämlich Ansatzpunkte, ein anderes Gebiet in diese Debatte zu bringen, nämlich die Frage der Einstellung der Bevölkerung und vor allem vieler junger Leute zu den Vereinigten Staaten.

Ich möchte mich nicht verbreiten, ich möchte nur sagen: Wenn ein Land, wenn ein Staat einen besonderen Anspruch auf den Gebieten Freiheit und Demokratie in der Welt erhebt, dann muß man auch zur Kenntnis nehmen, daß dieser Staat mit besonderen Maßstäben in dieser Welt gemessen wird, und das ist eben in der Einschätzung der Vereinigten Staaten bei sehr vielen Leuten auch der Fall.

Ich wollte auch noch anschließen, daß dann, wenn junge Leute hier demonstrieren, das nicht immer von Haß oder Abneigung gegen Amerika getragen sein muß, sondern daß es in sehr vielen Fällen eben ein Auftreten in Sorge um den Frieden in dieser Welt ist. Und daß sich Menschen über den Frieden in der Welt Gedanken machen, daß sie sich dazu bekennen, das halte ich schon für sehr bedeutsam. (*Beifall bei der SPO.*)

Ich möchte aber jetzt nicht über unsere Haltung zu Amerika diskutieren, sondern nur mehr ein paar Anmerkungen zum Europarat machen, da ich mit allem, was hier gesagt wurde, übereinstimme und es nicht wiederholen möchte.

Da möchte ich erstens einmal — ich kann nicht im Namen aller meiner Kollegen sprechen, die beim Europarat sind, aber ich glaube, ich drücke auch ihre Ansichten aus — einen Dank anderer Art abstaten, nämlich auch einen Dank an diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die uns oft in den Ausschüssen zu vertreten haben, wenn wir in Straßburg oder wenn wir bei einer Sitzung sind, die für uns einspringen müssen, wenn wir weg sind, die

6872

Nationalrat XIII. GP — 74. Sitzung — 30. Mai 1973

Schieder

oft darüber nicht sehr erfreut sind; ich möchte sagen: die Minister, denen wir in den Ausschüssen fehlen. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Diesen Dank möchte ich schon auch einmal abstaten. (*Abg. Dr. Broda: Diesen Dank haben wir uns verdient! Das möchte ich bemerken!*) Darum sage ich es ja auch.

Ich möchte den Kollegen aber auch sagen: Wenn hier ein eindeutiges Bekenntnis von so vielen Rednern zu Europa und zum Europarat abgegeben worden ist, dann ist das nicht geschehen, weil wir für die Probleme vielleicht blind sind. Wir bekennen uns zum Europarat, weil wir ihn für notwendig und für richtig halten. Ich möchte den Kollegen aber auch versichern, daß wir die Probleme, die es im Europarat gibt, sehr wohl sehen und auch sehr wohl von österreichischer Seite aufgreifen.

Wenn man sich zu einer Sitzung des Europarates nach Straßburg begibt, so möchte ich, um auf einige dieser Probleme nun einzugehen, fast sagen, daß es für den einen eine Reise nach Liliput und für den anderen eine Reise nach Brobdingnag ist, je nachdem, ob man Abgeordneter ist und zur Beratenden Versammlung fährt, oder ob man Minister ist, der sich zum Ministerkomitee begibt.

Die Beratende Versammlung ist leider eben nur eine beratende Versammlung und keine beschließende Versammlung, und auf diesem Gebiet ist im Europarat sicherlich noch einiges zu machen.

Wenn ich von Leuten, die viel länger drinnen sind, die von Anfang an drinnen waren, gehört habe, daß es der erste Kampf sein mußte, daß es die Beratende Versammlung überhaupt gibt, daß diese Versammlung überhaupt gegründet wurde, daß sie überhaupt vorgesehen wurde und zusammentreten konnte, so wird doch schön langsam ein zweiter Kampf zu führen sein, daß nämlich diese Versammlung mehr Rechte bekommt und eines Tages über das bloß Beratende hinausgeht.

Sicherlich gibt es noch andere Probleme im Europarat. Es gibt das Problem — ich spreche es auch ganz offen aus —, daß manche Staaten ein doppeltes Verhalten zeigen.

Man spricht mit den Kollegen von einem Land im Europarat, und sie sind Feuer und Flamme für den Europarat. Man spricht mit Parlamentariern vom selben Staat, die im Europäischen Parlament sind, und sie sind Feuer und Flamme für das Europäische Parlament.

Das ist zu einfach für diese Staaten. Man kann es nicht einfach so machen, daß man beim Europarat sagt: Ja zum Europarat!, und

daß man im Europäischen Parlament sagt: Ja zur Vorherrschaft des Europäischen Parlaments!

Man muß unseren Kollegen aus den anderen Parlamenten ganz offen auch sagen, daß wir von ihnen eine klare Stellungnahme erwarten.

Ich habe es an einem ganz kleinen Beispiel gesehen, an einem Beispiel, das ich hier schon einige Male erwähnt habe, nämlich das Europäische Jugendwerk. Als zur Debatte gestanden ist, das Europäische Jugendwerk innerhalb der Europäischen Gemeinschaften, also im kleineren Rahmen, zu gründen, waren die großen Staaten bereit, bis zur achtfachen Summe des Geldes für das Europäische Jugendwerk auszugeben.

Als das in den größeren Rahmen des Europarates gekommen ist, waren sie nur mehr bereit, ein Achtel der Summe, die sie in der EWG ausgegeben hätten, dafür auszugeben. Es ist also doch unsere Rolle, auch den Kollegen aus den anderen Parlamenten zu sagen, sie müßte hier doch Farbe bekennen.

Ich möchte aber noch etwas hier ganz offen sagen, was ich auch in der Beratenden Versammlung im Europarat gesagt habe. Dort stand nämlich ein Redner auf und sagte: Wenn es derzeit schwierig ist für den Europarat, dann sei es Aufgabe des Europarates, für Ruhe im Inneren zu sorgen, ja keine Streitigkeiten nach außen zu zeigen, weil das dem Europarat schaden würde.

Ich glaube, daß es dem Europarat nicht schadet, wenn man sieht, daß es darin demokratische Auseinandersetzungen gibt. Denn diese Auseinandersetzungen sind ja ein Zeichen für das Leben des Europarates. Ich glaube, daß es ihm nicht schadet, wenn offen gesprochen wird: Wie verhält es sich nun mit der Türkei, wenn nicht ein Urteil gesprochen wird, sondern die Frage offen ausdiskutiert wird. Paßt die Türkei in den Europarat oder stellt sie sich durch das innenpolitische Verhalten schön langsam außerhalb des Europarates? Wenn darüber debattiert wird — offen, sachlich —, dann ist das nicht schlecht für den Europarat, dann zeigt das die Stärke des Europarates, nämlich auch im Inneren Grundsätze zu haben.

Ich glaube, der Europarat — ich möchte das nur andeuten; es wurde ja heute schon gesagt — hat auch eine Rolle in der Frage Ost-West, der Europarat hat auch eine gewisse Verpflichtung gegenüber den Entwicklungsländern. Ich bin nicht der Meinung, daß der Europarat alles, was in der Weltpolitik geschieht, an sich ziehen soll. Ich glaube, es ist

Schieder

falsch, wenn man nun im Europarat, weil man dort gerade beisammensitzt, über alles debattiert und beschließt und eine Meinung dazu äußert, was irgendwo in der Welt geschieht. Das ist nicht seine Aufgabe. Aber die Haltung Europas gegenüber der Dritten Welt, die Haltung Europas zu den anderen Kontinenten zu diskutieren, das gehört sehr wohl zu den Aufgaben des Europarates.

Es ist heute hier davon gesprochen worden, daß mehr getan werden soll, um den Europarat auch in unser Bewußtsein, in das österreichische Bewußtsein stärker zu bringen. Ich möchte sagen: Wenn wir manchmal in Ausschüssen internationale Verträge haben, dann gibt es am Schluß diese stereotype Formel, daß eine Überführung in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht notwendig erscheint. Ich möchte sagen: Beim Europarat, beim Europagedanken ist eine Überführung in das innerstaatliche Bewußtsein aber sehr, sehr dringend notwendig! (*Zustimmung bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*) Und es gilt für den 5. Mai das, was auch für den Muttertag gilt: Das Bekenntnis zu Europa soll eben nicht eine Ausnahmesituation an einem Tag mit der Beruhigung des Gewissens für das normale Leben im ganzen Jahr sein, sondern das Bekenntnis zu Europa und zum Europarat soll eben in das normale politische Leben unseres Lebens Eingang finden.

Wenn hier gesagt wurde, daß die Presse mehr über den Europarat berichten soll, dann unterstreiche ich das voll und ganz. Ich möchte nur noch hinzufügen: Nicht über uns. Es soll ja nicht so ausgelegt werden, daß wir wollen, daß mehr über das geschrieben wird, was wir gesagt haben, oder daß geschrieben wird, daß wir uns dazu zu Wort gemeldet haben. Es geht uns hier nicht um uns, nicht um unsere Tätigkeit. Es geht uns darum, daß mehr über Europa selbst und den Europarat berichtet wird. Vielleicht sollten wir uns auch einmal die Lehrpläne, die Schulbücher anschauen, ob das, was darin über den Europarat und Europa steht, eigentlich ausreicht, ob hier in den Schulen nicht vielleicht auch noch einzusetzen wäre. Vielleicht sollten wir uns hier überlegen, auf welchen Gebieten wir alle gemeinsam ein bißchen mehr für Europa machen könnten.

Der Abgeordnete Peter hat dem Herrn Bundesminister die Frage gestellt — nein; er hat gesagt, er stellt sie auch den anderen Kollegen —, wie es eigentlich mit der Äußerung des Herrn Bundesministers sei, daß der Europarat jetzt schon ein bißchen viel über sich selbst debattiert und daß das für keine Institution gut ist.

Ich bin in einem großen Ausmaß auch dieser Meinung. Allein daß der Europarat behauptet, er habe eine Bedeutung und habe eine Rolle und allein damit, daß sich alle Mitglieder der Beratenden Versammlung darin einig sind, dadurch hat der Europarat diese Rolle noch nicht bekommen. Der Europarat soll Maßnahmen setzen — so wichtig es ist, die Funktion zu debattieren, so wichtig dieser Reverdin-Bericht war, so wichtig die Gespräche mit den einzelnen Staaten, mit den einzelnen Regierungen sind. Allein das kann auch nicht genügen. Denn allein einen breiten Konsens in Straßburg zu finden, der Europarat ist wichtig, dadurch ist er noch nicht wichtig geworden.

Auch wir sagen: Darum soll auf den verschiedensten Gebieten angefangen werden, Dinge zu setzen, Dinge zu machen, deshalb sollen Aktivitäten, Handlungen gesetzt werden, die wir eben für richtig halten. In der Politik wird man nie gebeten, weder als einzelner noch als Partei noch als Staat und auch nicht der Europarat in der europäischen Politik. Der Europarat muß sich das in Europa nehmen, was wir glauben, daß er haben soll. Es bedarf dazu einer Ehrlichkeit seiner Mitgliedsländer, einer Änderung des Bewußtseins in vielen Staaten und der echten Bereitschaft aller Parlamente, auf dem Gebiet mehr zu tun.

Der Europarat hat sicher eine Zukunft, wenn es ihm gelingt, das, was er begonnen hat, steigend fortzusetzen, wenn es ihm gelingt, weit stärker in das Bewußtsein der Menschen seiner Mitgliedsländer einzudringen, und wenn es der Versammlung gelingt, weit stärker Dinge zu beschließen, die die Menschen in Europa betreffen und die die Lebensbedingungen dieser Menschen verbessern. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner Herr Dr. Ermacora.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es bliebe natürlich noch für zehn Redner Stoff, zu diesem Gegenstand zu sprechen. Ich möchte nur vielleicht herausstellen, daß ich mich etwas präziser fassen will. Es geht mir bei meinem Beitrag nicht um den Europarat als solchen, sondern um die Konsultativversammlung auf der einen Seite und um das Ministerkomitee auf der anderen Seite.

Ich habe natürlich den Herren Vorrednern keine Kritik entgegenzuhalten, sie haben alle nach meiner festen Überzeugung das Richtige getroffen, und wir sind alle auf einer Linie. Ich möchte nur hinzufügen, daß ich zu der facettenreichen Rede des Herrn Abgeordneten Czernetz schon einige Zusatzfacetten zu bringen hätte, mir das aber im Augenblick erspare.

Dr. Ermacora

Ich möchte als Nichtmitglied der Konsultativversammlung ganz offen den Dank all den Kollegen aussprechen, die im Europarat mitarbeiten, Dank für ihren Fleiß, für ihre Energie, für ihre Beredsamkeit, für ihren Einsatz. Ich glaube, das muß einmal ganz offen ausgesprochen werden von jemandem, der nicht Mitglied des Europarates ist. Man kann an den Dokumenten des Europarates nachlesen, was diese österreichischen Delegierten, gleichgültig von welcher Fraktion sie kommen, in der Konsultativversammlung geleistet haben (*Beifall bei der ÖVP*), geleistet haben für ein Europa, das sich leider zu viel Zeit läßt, wie es Spinelli ausgesprochen hat.

Das ist nicht die Schuld der österreichischen Vertreter oder überhaupt der Vertreter in der Konsultativversammlung des Europarates. Ich möchte ganz offen sagen: Es ist mit eine Schuld der Regierungen, daß sich dieses Europa so viel und zu viel Zeit läßt, und zwar die Schuld der Regierungen insofern, als sie die Politik, die in der Konsultativversammlung des Europarates geleistet wird, nicht in ihre Außenpolitik übertragen, aber auch daß sie die Politik, die in der Konsultativversammlung des Europarates geleistet wird, nicht immer in ihre Innenpolitik übertragen.

Es geht um welche Fragen? — Diese Frage stelle ich. Es geht nicht um die Währungsprobleme, es geht nicht um die Verteidigungsprobleme, es geht nicht um die Wirtschaftsprobleme. Es geht hauptsächlich um die Schwerpunkte, die dem gesamten Europa durch die Institution des Europarates eigen sind: es geht um die Problematik des Umweltschutzes, es geht um die Frage der Bildung, es geht um das Problem der Rechtsvereinheitlichung und der Stärkung des Rechtsstaates, und es geht auch um den die Grenzen überschreitenden Regionalismus. Ich denke hier insbesondere an die zahlreichen Bemühungen bezüglich dieses grenzüberschreitenden Regionalismus und an die Bemühungen, die vor allem auch im Alpenraum durch die Bildung einer Alpenregion zu entstehen scheinen, an der die Tiroler Landesregierung, vor allem der Landeshauptmann Wallnöfer, soviel initiativen Anteil hat.

Herr Außenminister! Ich glaube, daß es Ihre Pflicht als Vorsitzender des Ministerkomitees wäre, daß die Ideen, die in der Konsultativversammlung beredt, mündlich und schriftlich herausgestellt werden, auch verwirklicht werden. Ich möchte nicht sagen: verwirklicht werden — denn das wäre zu hoch gestochen —, aber daß doch der Versuch einer Verwirklichung unternommen wird. Es handelt sich um Ideen, die in der Konsultativversammlung in zahlreichen Dokumenten niedergelegt sind.

Zum zweiten, Herr Bundesminister, sollten Sie versuchen, diese Ideen auch auf den innerstaatlichen Bereich zu übertragen.

Nehmen wir nur ein Beispiel, und zwar ein Beispiel, das in dem Bericht der Mitglieder der Konsultativversammlung angeführt ist, Seite 6: den Umweltschutz. Nehmen wir weiters als Beispiel den Cravatte-Report, Dokument 3080.

Was setzt sich in Österreich in bezug auf die Empfehlungen durch, die in diesem wichtigen Dokument über den Umweltschutz enthalten sind? Wie steht es mit der Frage der europäischen Koordination hinsichtlich der Problematik der Errichtung von Atomkraftwerken in Grenznähe? Ich habe der gestrigen vorarlbergischen Presse entnehmen können, daß Sie, Herr Bundesminister, ein Gespräch mit dem Außenminister der Schweiz geführt haben. In der „Neuen Vorarlberger Tageszeitung“ wird von den politischen Weichenstellungen im Rüthi-Fall gesprochen, und in den „Vorarlberger Nachrichten“ sprechen Sie in einem Interview über die Grundsätze des Nachbarrechtes.

Ich möchte doch dazu etwas sagen. Und das ist eine Bemerkung, die ich auch der Presse gegenüber zu machen habe, die sich in Ostösterreich für dieses Problem überhaupt nicht interessiert, obwohl die Errichtung des Atomkraftwerkes in der Schweiz an der vorarlbergischen Grenze geradezu ein Modellfall für die Problematik der Errichtung von Atomkraftwerken in Grenznähe ist.

Wenn man die Weltpolitik etwas weiter verfolgt, so hängt diese Frage ganz eng mit der Problematik zusammen, die sich in diesen Tagen vor dem Internationalen Gerichtshof abspielt und die dort abrollt, wo man vor dem Atomversuch im Nordostpazifik verlangt, daß der Internationale Gerichtshof eine Vorläufige Entscheidung für die Nichtdurchführung der Versuche trifft. Das scheint mir eine Entscheidung zu sein, die in ihrer Bedeutung — falls sie getroffen würde oder gleichgültig, wie sie ausgeht — eminent auf das Problem der vorarlbergisch-schweizerischen Region in bezug auf das Atomkraftwerk herüberreicht.

Herr Bundesminister! Ich habe in den Vorarlberger Zeitungen gelesen, welche Auffassung man von Ihren Beratungen mit dem Schweizer Außenminister hat. Ich möchte nur meine eigene Meinung dazu sagen. Ich glaube, daß es im Sinne der vorarlbergischen Bevölkerung, aber auch im Sinne einer Modelllösung absolut notwendig wäre, daß Sie dann, wenn der Europarat nicht imstande ist, dieses Problem des Umweltschutzes durch eine gemeinsame europäische Regelung zu lösen, daran

Dr. Ermacora

gehen sollten — wie im sogenannten Trail-Smelter-Case —, einen Vertrag zwischen der Schweizer Eidgenossenschaft und Österreich anzustreben, in dem Sie die möglichen Schädigungen vorwegnehmen, sodaß das schon im vorhinein geklärt erscheint.

Das wäre meine Empfehlung. Ich glaube, diese Empfehlung würde in der vorarlbergischen Bevölkerung sicherlich gutgeheißen werden. Ich hatte das Vergnügen, vor der Juristischen Gesellschaft am letzten Freitag einen Vortrag zu halten, und hatte diese Idee auch dort vertreten.

Herr Bundesminister! Was ist aus diesen Empfehlungen im Cravatte-Report über den Umweltschutz übernommen? Was gedenkt man aus den Empfehlungen von der Umweltschutzkonferenz zu übernehmen? Hat man sich darüber Gedanken gemacht?

Herr Bundesminister! Sie hatten sich im Ausschuß etwa so ausgedrückt, daß Sie für die Übersetzung dieser Fragen in das innerstaatliche Geschehen keine Kompetenz haben. Aber ich glaube doch, daß Sie eine gewisse Koordinationsfunktion hätten.

Wenn ich jetzt ins Polemische komme, möchte ich sagen: Es mangelt manchmal in Ihren außenpolitischen Entscheidungen — das liegt vielleicht nicht an Ihnen, sondern an anderen Kräften — an der Koordination — so scheint es mir — zwischen allen jenen, die Außenpolitik betreiben oder die zumindest offiziöse außenpolitische Aussagen treffen.

Heute hatte ich das Vergnügen, von Ihnen, Herr Bundesminister, die Bestätigung zu erhalten, daß der Herr Minister Lütgendorf sich auf Zypern irgendwie nicht ganz so benommen hat, wie es die Diplomatie von ihm erwartet. Herr Bundesminister! Das ist natürlich ein Problem der Koordination, die vorher angestellt sein muß. Man muß den Herrn Bundesminister Lütgendorf eben davon abhalten, daß er die türkische Ehrengarde abschreitet. Wenn das nicht gelingt, so ist das ein Mangel an Koordination.

Aber eine noch gravierendere Angelegenheit in puncto Koordination ist der berühmte Vortrag des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky vor der ungarischen Akademie der Wissenschaften. Ich darf einen Satz zitieren.

Er sagte: „Wie wäre es aber, wenn wir uns dazu entschließen könnten, entlang der Demarkationslinie, die immer noch durch Europa geht, auf beiden Seiten einen breiten Gürtel der militärischen Verdünnung zu schaffen, der in einer Weise kontrolliert wird, wie das seinerzeit bei der Vier-Mächte-Besatzung in Österreich der Fall war, wo ja jeder in seiner

Zone die Kontrollfunktionen ausübte, aber die anderen drei dabei waren, um sich zu überzeugen, daß das auch der Fall ist?“

Meine Damen und Herren! Das sind die „Vier in einem Jeep“! Ist das mit Ihrer Außenpolitik koordiniert?

Ich möchte weiter fragen: Wie steht es denn mit der Erklärung des Herrn Abgeordneten Fiedler über „neutralistische Außenpolitik“? Gewiß, ich teile Ihre Meinung — ich persönlich, ich möchte mich nicht für den Klub verpflichten —, daß Ihre Außenpolitik nicht neutralistisch ist. Aber der Herr Parlamentspräsident Benya hat nicht einmal widersprochen, als in einer Erklärung in der Zeitung geschrieben stand, daß Österreich eine neutralistische Außenpolitik betreibt.

Herr Bundesminister! Ich muß Sie nun hier fragen: Wie steht es mit dieser Koordination der Außenpolitik?

Nun komme ich zu dem bereits vorher angeschnittenen Thema zurück: Wie wird es mit der Koordination der Außenpolitik in Umweltschutzfragen stehen? Ich möchte diese Frage nur in den Raum stellen und hoffe, daß auf diesem Sachgebiet die Politik des Europarates mit der Außenpolitik und der Innenpolitik zu einer effektiven Politik koordiniert wird.

Herr Bundesminister! Ich spreche den Wunsch aus, daß Sie sich als gewiegter Außenpolitiker, als gewiegter Diplomat in diesem Ministerratsgremium des Europarates so durchsetzen, daß Sie die Arbeit, und zwar die harte Arbeit der Vertreter Österreichs in der Konsultativversammlung zu realisieren imstande sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Heinz.

Abgeordneter Heinz (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bin der letzte, der unser Bekenntnis zu Europa zerreden will, doch gibt mir der vorliegende Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XXIV. Sitzungsperiode die Gelegenheit, an den vor zwei Wochen, und zwar vom 11. bis 13. Mai, in London stattgefundenen Europakongreß zu erinnern.

Es ist hier schon gesagt worden, daß uns die österreichische Presse in der Berichterstattung über europäische Fragen nicht allzusehr verwöhnt. Ich darf aber doch daran erinnern, daß 1000 Delegierte der europäischen Bewegung und der europäischen Parlamente das 25jährige Jubiläum des ersten Europakongresses im Jahre 1948 im Haag zum Anlaß genommen haben, in einer Reihe von Arbeitskreisen Rück-

6876

Nationalrat XIII. GP — 74. Sitzung — 30. Mai 1973

Heinz

blick auf die abgelaufenen 25 Jahre und Vorschau auf die kommenden 25 Jahre zu halten.

In einer einmütig angenommenen Erklärung wurde daran erinnert, daß infolge des Kongresses im Haag im Jahre 1948 der Europarat in Straßburg gegründet wurde, der heute 350 Millionen Menschen vertritt. Einmal mehr wurde festgestellt, daß sich die europäische Bewegung im Jahre 1948 die historische Aufgabe gestellt hat, Europa zu einigen, um einen Krieg zwischen seinen Völkern unmöglich zu machen. Nach 25 Jahren sei dieses Ziel durch die Errichtung der Europäischen Gemeinschaft, der heute 250 Millionen Menschen angehören, erreicht worden.

Gleichzeitig erinnert aber diese Londoner Erklärung auch daran, daß die Europäische Gemeinschaft heute noch nicht imstande ist, einen Beitrag zur Lösung vieler dringender Probleme zu leisten. Es werden in dieser Londoner Erklärung auch eine Reihe solcher Probleme angeführt, zum Beispiel der Ausgleich schwerwiegender regionaler Unterschiede. Hier wird verlangt die Gründung eines Regionalfonds mit ausreichenden Mitteln oder die Verwirklichung eines gesellschaftlichen Fortschrittes, der der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung Rechnung trägt. Urgiert wird in dieser Deklaration eine großzügige Haltung gegenüber den Bedürfnissen der Dritten Welt, wobei die Europäische Gemeinschaft aufgefordert wird, die Politik der Zusammenarbeit mit der Dritten Welt auf eine neue Grundlage zu stellen. Bedeutung ist auch der Verbesserung der Lebensqualität durch eine Politik des Umweltschutzes, durch eine Anpassung der Agrarpolitik und eine Förderung der Industriepolitik beigemessen worden.

Da sich aber diese Londoner Erklärung des Europakongresses nicht nur mit Tagesfragen befaßt hat, sondern auch einen Ausblick auf die nächsten 25 Jahre gibt, finden sich in ihr auch eine Reihe von Forderungen, die den einen oder anderen Politiker unter Umständen das Gruseln lehren könnten. Es wird hier verlangt die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Staatsangehörigkeit, europäischer Parteien, eines europäischen Bundesparlamentes und einer europäischen Bundesregierung sowie einer europäischen Union. Dieser europäischen Union soll eine gemeinsame Wirtschafts-, Währungs-, Außen- und Verteidigungspolitik übertragen werden, wobei im Hinblick auf die vielen Einwände, die sich bei der Abfassung der Deklaration ergeben haben, natürlich verlangt wird: unter Wahrung der von den einzelnen Staaten übernommenen internationalen Verpflichtungen einschließlich der Neutralität.

In einem Anflug von Optimismus verlangt diese Londoner Erklärung des Europakongresses auch, daß im Jahre 1975 die ersten direkten allgemeinen Wahlen zu einem europäischen Parlament stattfinden sollen. Dieses europäische Parlament sollte eine Verfassung für eine europäische Union entwerfen und den nationalen Parlamenten zur Ratifizierung vorlegen.

Die europäische Bewegung bekennt sich in ihrer Erklärung zur Weiterentwicklung der Vereinten Nationen sowie zu einer neuen Definierung des Verhältnisses Europas zu den Ländern des Westens und des Ostens.

Hohes Haus! Wenn wir diese Ziele sehen, die ich hier kurz genannt habe — ich hoffe sie damit für unser Parlament in Erinnerung gerufen zu haben —, dann wünschen wir der jungen Generation, daß sie vor der Europabürokratie, die gerade in London in diesen Arbeitskreisen immer wieder in Erinnerung gerufen wurde, nicht kapituliert, sondern daß diese junge Generation in den nächsten 25 Jahren die Kraft und den Schwung hat, die Ziele dieser Deklaration zu erfüllen und zu erreichen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister. Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten **Dr. Kirchschräger:** Hohes Haus! In Behandlung steht ein Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates. Ich habe mich zum Worte gemeldet nicht deswegen, weil ich jetzt einen Diskussionsbeitrag darüber leisten möchte, ob nach den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft tatsächlich Atomkraftwerke gleichzusetzen sind, auch nicht darüber, ob in einer Rede, über die eine schriftliche Anfrage an mich erfolgt ist, dies oder jenes gesagt wurde und ob es mit der Außenpolitik übereinstimmt; darauf werde ich gerne die in der Anfrage gewünschte Antwort geben. Ich habe mich auch nicht dazu zum Wort gemeldet, um über ein Versprechen des Herrn Präsidenten des Nationalrates zu reden, weil ich glaube, daß es allgemein bekannt sein dürfte, daß zumindest in der Frage des Neutralismus, wenn nicht auch in anderen Fragen der Herr Präsident des Nationalrates sicher nicht die Auffassung des Herrn Abgeordneten Fiedler teilt. *(Abg. Dr. Fiedler: Was hat das mit der Beratenden Versammlung zu tun?)* Das hat damit zu tun, daß hier neuerlich vom Herrn Abgeordneten Ermacora Ihre Anklage des Neutralismus, eines Mangels der Koordination in der Außenpolitik im Zusammenhang mit einer Erklärung des Herrn Präsidenten am Rathausplatz gebracht wurde. *(Abg.*

Bundesminister Dr. Kirchschräger

Dr. Fiedler: Ich möchte feststellen, daß das mit der Erklärung des Herrn Präsidenten nichts zu tun hat! Ich habe aus dem Grund ja auch gesagt, daß ich darauf nicht eingehen werde, weil ich überzeugt bin, daß der Herr Präsident nicht Ihre Auffassung vertreten hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil ich in diesem Fall nicht als jener, der den Bericht gelegt hat, mich verpflichtet sah, auch von seiten der Außenpolitik her den Damen und Herren der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung dafür besonders zu danken, daß sie ein so außerordentliches Engagement in den Beratungen und in den gesamten Aktivitäten der Konsultativversammlung gezeigt haben und zeigen.

Ohne dieses europaweit bekannte Engagement der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung wäre es auch für einen Außenminister im Rahmen des Ministerkomitees nicht möglich, irgendwelche Initiativen für eine Stärkung des Europarates zu ergreifen. Ich glaube, daß erst durch diese engagierte Mitarbeit in der Konsultativversammlung durch die Damen und Herren, die von den österreichischen gesetzgebenden Körperschaften dorthin entsandt wurden, die Möglichkeit geschaffen wurde, auch auf Ministerebene im gleichen Sinne tätig zu werden.

Ich habe zweitens um das Wort gebeten, um auch von seiten der Außenpolitik das schon mehrfach abgelegte Bekenntnis zum Europarat, zu seiner Funktion und zu seiner Aufgabe, so wie sie im Statut des Europarates dargelegt ist, zu wiederholen. Wir brauchen den Europarat als eine politische Organisation. Auch wenn man ihm den politischen Charakter gelegentlich streitig machen möchte, ist der Europarat politisch. Wir sehen dies in seiner Präambel, wir sehen dies im Artikel 1 des Statuts, und wir sehen es auch aus der Tatsache, daß diese Konsultativversammlung, über die ein Tätigkeitsbericht abgelegt wird, überhaupt existiert, daß sie überhaupt geschaffen wurde.

Es hat zu allen Zeiten seit der Existenz des Europarates immer wieder Diskussionen über seine Aufgabe in der nächsten Zeit gegeben. Ich glaube, daß der Reverdin-Bericht ein ungemein nützlicher und wertvoller Beitrag ist, um nunmehr für eine gewisse Zeit diese Diskussion über sich selbst einem befriedigenden Abschluß zuzuführen.

Ich bin sehr froh darüber, daß, auf einer österreichischen Initiative aufbauend, nunmehr auch vom Ministerkomitee des Europarates eine Art Parallelorgan zur Reverdin-Gruppe geschaffen wurde, das es ermöglichen wird,

im Zusammenwirken zwischen den Abgeordneten und den Regierungen dem Europarat wieder jene Bedeutung, jene politische Ausstrahlungskraft zu geben, die ihm zukommen soll und zukommen muß, und zwar nicht nur im Interesse von uns, den Neutralen, auch nicht nur im Interesse der Acht, sondern auch im Interesse aller Mitgliedstaaten des Europarates.

Ich teile aber auch die Auffassung, die heute der Herr Abgeordnete Vizekanzler a. D. Doktor Withalm geäußert hat, daß wir, wenn wir von Europa reden, uns nicht damit zufriedengeben können, daß es ein Europa ist, das 60 Kilometer östlich von Wien sein Ende findet. Wir müssen auch an ein großes, an ein kontinentweites Europa denken.

Mit dieser Zielrichtung der Schaffung sicherer, friedlicher Verhältnisse auf dem großen, kontinentweiten Europa soll sich jene Konferenz befassen, die in ihrer ersten Phase, also auf der Außenministerebene, voraussichtlich noch im Sommer dieses Jahres zusammentreten wird.

Die Erwartungen der österreichischen Außenpolitik für diese Konferenz sind von keinen Illusionen beeindruckt, aber ich glaube, es ist unsere absolute Pflicht, kein Mittel ungenutzt zu lassen, das uns dazu helfen könnte, daß alle Völker in Europa des Friedens und der Entspannung teilhaftig werden. Wir werden bei den Beratungen natürlich auch alle schwierigen Momente — vor allem jene, die auf der Trennung der Abrüstungsgespräche von der eigentlichen Sicherheitskonferenz beruhen, aber im ebenso großen Maße jene, die darauf beruhen, daß hier Staaten mit verschiedenen gesellschaftspolitischen Vorstellungen nach einem gemeinsamen Weg suchen — sehr sachlich und nüchtern im Auge behalten. Alles aber in der Hoffnung, daß es doch gelingen müßte, diesen Kontinent, von dem in der Vergangenheit soviel an Unheil und Unglück ausgegangen ist, auch zu einem Ausgangspunkt einer friedlichen Entwicklung zu machen. Es wird dies dann und umso leichter möglich sein, wenn sich die Staaten, die sich durch die Satzung des Europarates verbunden fühlen, auch wirklich der Zielsetzungen der Prinzipien des Europarates immer bewußt sind! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Ein Schlußwort? — Wird nicht gewünscht.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**. Ich bitte jene Damen und Herren, die den gegenständlichen Bericht, III-80 der Beilagen, zur Kenntnis nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — **E i n s t i m m i g a n g e n o m m e n**.

7. Punkt: Zweiter Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Karl Troll (784 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 7. Punkt der ergänzten Tagesordnung: Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Karl Troll.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Thalhammer. Ich bitte um seinen Bericht.

Berichterstatter **Thalhammer:** Hohes Haus! Ich erstatte den Zweiten Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen der Bundespolizeidirektion Wien um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Karl Troll.

In der 73. Sitzung des Nationalrates vom 29. Mai 1973, in welcher der Bericht des Immunitätsausschusses (723 der Beilagen) über das vorgenannte Ersuchen der Bundespolizeidirektion Wien auf der Tagesordnung stand, wurde auf Antrag der Abgeordneten Gratz, Dr. Koren, Peter und Genossen einstimmig beschlossen, die Vorlage an den Ausschuß rückzuverweisen.

Der Immunitätsausschuß hat sich demnach in seiner Sitzung am 29. Mai 1973 neuerlich mit der Vorlage befaßt. In dieser Sitzung wurde der Antrag gestellt, der Aufhebung der Immunität nicht zuzustimmen, wie es der bisher gehandhabten Praxis in Immunitätsangelegenheiten entspreche, Abgeordnete dann nicht auszuliefern, wenn ein Anlaß für die Auslieferung mit der politischen Tätigkeit des Mandatars im Zusammenhang steht. Dieser Zusammenhang sei im vorliegenden Fall gegeben.

Der Immunitätsausschuß hat beschlossen, dem Nationalrat zu empfehlen, der behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Karl Troll nicht zuzustimmen.

Ich stelle daher namens des Immunitätsausschusses den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Ersuchen der Bundespolizeidirektion Wien vom 17. April 1973, P 6378/c/73, um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Karl Troll wegen des Verdachtes der Übertretung der Ehrenkränkung im Sinne des § 1339 ABGB wird nicht stattgegeben.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor. Wir gelangen zur **A b s t i m m u n g**.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Immunitätsausschusses beitreten, dem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Karl Troll wegen des Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre nicht stattzugeben, sich von den Sitzen zu erheben. — **E i n s t i m m i g a n g e n o m m e n**.

8. Punkt: Zweiter Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen der Bundespolizeidirektion Wien um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Karl Troll (785 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 8. Punkt der ergänzten Tagesordnung: Ersuchen der Bundespolizeidirektion Wien um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Karl Troll.

Berichterstatter ist ebenfalls Herr Abgeordneter Thalhammer. Ich bitte um seinen Bericht.

Berichterstatter **Thalhammer:** Hohes Haus! Ich erstatte den Zweiten Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Karl Troll.

In der 73. Sitzung des Nationalrates vom 29. Mai 1973, in welcher der Bericht des Immunitätsausschusses (722 der Beilagen) über das vorgenannte Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien auf der Tagesordnung stand, wurde auf Antrag der Abgeordneten Gratz, Dr. Koren, Peter und Genossen einstimmig beschlossen, die Vorlage an den Ausschuß rückzuverweisen.

Der Immunitätsausschuß hat sich demnach in seiner Sitzung am 29. Mai 1973 neuerlich mit der Vorlage befaßt. In dieser Sitzung wurde der Antrag gestellt, der Aufhebung der Immunität **nicht** zuzustimmen, wie es der bisher gehandhabten Praxis in Immunitätsangelegenheiten entspreche, Abgeordnete dann nicht auszuliefern, wenn ein Anlaß für die Auslieferung mit der politischen Tätigkeit des Mandatars im Zusammenhang steht. Dieser Zusammenhang sei im vorliegenden Fall gegeben.

Der Immunitätsausschuß hat beschlossen, dem Nationalrat zu empfehlen, der strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Karl Troll nicht zuzustimmen.

Im Namen des Immunitätsausschusses stelle ich daher den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 11. April 1973, 17 U 697/73, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Karl Troll wegen des Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre wird nicht stattgegeben.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor. Wir gelangen zur **A b s t i m m u n g**.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Immunitätsausschusses beitreten, dem Ersuchen der Bundespolizeidirektion

Wien zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Karl Troll wegen des Verdachtes der Übertretung der Ehrenkränkung im Sinne des § 1339 ABGB nicht stattzugeben, sich von den Sitzen zu erheben.
— **E i n s t i m m i g a n g e n o m m e n**.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die **n ä c h s t e** Sitzung des Nationalrates, die für Montag, den 18. Juni, um 13 Uhr in Aussicht genommen ist, wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist **g e s c h l o s s e n**.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr